

FALSCHE FREUNDE

Der Staatsopernskandal
und der Berliner Filz

Wolfram Prieß (Hrsg.)

FALSCHE FREUNDE

Der Staatsopernskandal
und der Berliner Filz

Wolfram Prieß (Hrsg.)

1. Auflage 2016, Berlin

Eine Veröffentlichung der Piratenfraktion
im Abgeordnetenhaus Berlin
Herausgeber: Wolfram Prieß

post@piratenfraktion-berlin.de
www.piratenfraktion-berlin.de

Inhalt: Michael Förster
Redaktion: Diana Buhe, Joseph Ketelhut
Lektorat: Jenny Tschiltschke

Fotos: Fred Bordfeld, Annette Brunk
Satz und Layout: Fred Bordfeld
gesetzt in PoliticsHead und DejaRip

ISBN 978-3-9817262-3-7

Inhalt

Begriffe

Im Folgenden werden Sie immer wieder auf Begriffe aus dem parlamentarischen Alltag stoßen, die wir hier kurz erläutern.

Anträge an das Plenum des Abgeordnetenhauses

Ein Antrag an das Plenum muss von einer Fraktion oder mindestens sieben Abgeordneten gestellt werden. Im Prinzip kann alles beantragt werden, meist aber dreht es sich um Entwürfe neuer Gesetze, Änderungen bestehender Gesetze oder Handlungsaufforderungen an den Senat. Anträge sind für uns als Oppositionsfraktion ein wichtiges Mittel, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf wichtige Themen und Sachverhalte zu lenken. Zwar sind gemäß parlamentarischer Wirklichkeit Anträge aus der Opposition praktisch immer zum Scheitern verurteilt, da sie den politischen Interessen der Koalitionsfraktionen zuwiderlaufen – dabei können sie jedoch zumindest eine öffentliche Debatte in Plenarsitzungen und den Sitzungen der Fachausschüsse erwirken. Zudem werden Koalition und Senat gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben und sich inhaltlich mit den Anliegen auseinanderzusetzen. Als solche haben Anträge zumindest eine indirekte Wirkung und können so als Themen auf die Agenda der politischen und medialen Öffentlichkeit gelangen. Anträge an das Plenum sind als Drucksache anhand der Drucksachennummer in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses unter *pardok.parlament-berlin.de* nachzulesen.

Schriftliche Anfragen an den Senat

Alle Abgeordneten haben das Recht, dem Senat schriftliche Anfragen zu stellen. Diese Anfragen müssen innerhalb von drei Wochen beantwortet werden. Anfragen sind ein wichtiges Mittel der parlamentarischen Kontrolle. Zur Sanierung der Staatsoper stellte die Piratenfraktion bereits über 65 Anfragen (siehe Seite 115). Alle Antworten des Senat auf die Anfragen sind als Drucksache (Drs.) anhand der Drucksachennummer in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses unter *pardok.parlament-berlin.de* nachzulesen.

Anfragen gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz

Fraktionen sind berechtigt, Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zu stellen und somit das allgemeine Recht auf Informationsfreiheit von der Berliner Verwaltung einzufordern. Eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz ist oft sinnvoll, wenn gesuchte Informationen nicht bereits öffentlich sind. IFG-Anfragen beziehen sich auf vorhandene Dokumente. Weiteres zur Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes durch die Piratenfraktion ist unter *ifg.piratenfraktion-berlin.de* nachzulesen.

Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus

Mit einem Viertel der Abgeordneten kann im Berliner Landesparlament ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Nach dem Untersuchungsausschuss zum Debakel um den Flughafen BER[1] ist der Staatsoper-Untersuchungsausschuss der zweite Untersuchungsausschuss in der 17. Wahlperiode. Er soll die Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung aufklären, die für die Kosten- und Terminüberschreitungen bei der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden verantwortlich sind. Die Rechtsgrundlage für den Untersuchungsausschuss basiert in großen Teilen auf der Strafprozessordnung. Daher ist die verpflichtende Ladung und Befragung von Zeug*innen ein Kernstück der Arbeit im Untersuchungsausschuss. Auf Basis der Sichtungen der Beweismittel und Aussagen der Zeug*innen wird zum Ende des Untersuchungsausschusses, also im Mai 2016, ein Abschlussbericht veröffentlicht. Dazu kann jede im Untersuchungsausschuss vertretende Fraktion ein abweichendes Votum schreiben und so ihre Sicht auf die Sachverhalte verdeutlichen.

Dokumente zur Arbeit im Abgeordnetenhaus Berlin

Unter *parlament-berlin.de/de/Dokumente/Vorgangsuebersicht* stehen die Dokumente zu den Vorgängen der Ausschüsse des Abgeordnetenhauses Berlin zur Verfügung und können nach Auswahl der Wahlperiode und der Vorgangsnummer eingesehen werden.

Die Protokolle der Ausschüsse des Abgeordnetenhauses Berlin stehen unter *parlament-berlin.de/de/Dokumente/Sitzungsuebersicht* zur Verfügung und können nach Auswahl der Wahlperiode und des

1 Siehe dazu die Zwischenberichte der Piratenfraktion zum BER-Untersuchungsausschuss von Martin Delius und Benedict Ugarte Chacón *„Unten Bleiben“ (2013)* und *„Außer Kontrolle“ (2015)*

Ausschusses eingesehen werden. Dabei wird Wortprotokoll mit wp, Inhaltsprotokoll mit ip und Beschlussprotokoll mit bp abgekürzt.

Auf *parlament-berlin.de/de/Dokumente/Plenarmaterialien* stehen die Protokolle der Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses Berlin zur Verfügung und können dort nach Auswahl der Wahlperiode und der Sitzungsnummer eingesehen werden. Dabei wird Plenarprotokoll mit pp und Beschlussprotokoll mit bp abgekürzt.



Vorwort

von Wolfram Prieß

Es gibt wohl kaum Projekte, bei denen die Floskel „Unter dem Radar fliegen“ besser zutrifft, als die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden. Im Windschatten des Skandals um die Berliner Großstadtträume am BER mit seinen geplatzten Milliarden hat sich jedoch an der Staatsoper ebenfalls ein veritables Planungs- und Baudesaster zusammengebraut, dessen Ausmaß in vergangenen Zeiten mehr Aufmerksamkeit erzielt hätte, als es heute der Fall ist.

Seit mittlerweile 15 Jahren jedoch ist das Land Berlin bereits mehr oder weniger aktiv mit der Sanierung seiner Staatsoper befasst – wenn man so will, ist es also ein Jahrhundertprojekt, glaubt man den Worten der politischen Verantwortlichen. Bei diesem Jahrhundertprojekt ist jedoch in den vergangenen 15 Jahren so einiges aus dem Ruder gelaufen. Der Bau ist hochkomplex und kompliziert, teuer und frustrierend. Einst standen für die Sanierung mal 90 Millionen Euro im Raum – spätere offizielle Zahlen bewegten sich dann bei 239 Millionen. Inzwischen sind wir, das ist bekannt, bei 400 Millionen Euro. Auch die Bauzeit war einst kürzer, war taxiert auf dreieinhalb Jahre. Inzwischen liegen wir bei sieben Jahren.

Das alles mag skandalös erscheinen – und doch tritt der Skandal angesichts der stetigen Geräuschkulisse dieser Stadt in den Hintergrund. Das Berlin von 2001 war geplagt durch die frischen Schockwellen, die der Bankenskandal durch die Landschaft jagte.[2] Damals gab es erste zaghafte Versuche, wenigstens einen Bedarf zu taxieren. Eine Zielplanung wurde erstellt, die in verschiedenen Varianten, von reiner Instandsetzung bis hin zu umfassender Neuausstattung weit auseinanderliegende Kostenrahmen produzierte – von 90 bis 200 Millionen Euro wäre alles drin gewesen. Doch im Berlin des Jahres 2001 herrschte eine andere Prioritätensetzung – was im Rückblick verständlich erscheint. Dennoch gab es einen Sanierungsbedarf, der mit den Jahren größer wurde und notdürftig nur durch Hilfsmaßnahmen überbrückt werden konnte. Und so passierte einige Jahre lang nichts.

2 Vertiefend zum Bankenskandal sei die Studie eines Fraktionsmitarbeiters empfohlen, der auch die vorliegende Arbeit mit Hinweisen dankenswerterweise unterstützte. Ugarte Chacón, Benedict: *Berlin Bank Skandal. Eine Studie zu den Vorgängen um die Bankgesellschaft Berlin*, Münster 2012

Erst im Frühsommer 2005 meldete sich ein gewichtiger Fürsprecher der Staatsoper zu Wort. Peter Dussmann gab das Ziel aus, er wolle mithilfe des Freundeskreises der Staatsoper satte 30 Millionen Euro für eine Sanierung sammeln. Diese Ankündigung setzte das Thema wieder auf die mediale und politische Tagesordnung und löste geschäftiges Treiben in Land und Bund aus. Aber auch 2005 war es dem Land weiterhin praktisch unmöglich, wenigstens 130 Millionen Euro für die Sanierung zu stemmen. Es folgte ein Regierungswechsel im Bund im Spätherbst desselben Jahres – und die Bundeskanzlerin hieß nun Angela Merkel. Es ist kein Geheimnis, dass Peter Dussmann Angela Merkel politisch etwas näher stand als ihrem Vorgänger und auch persönliche Beziehungen zu ihr pflegte. Und prompt folgte im Jahr 2006 ein erstes Angebot des Bundes, in dem dieser 50 Millionen Euro ab dem Haushaltsjahr 2008 für die Sanierung der Staatsoper zur Verfügung stellte.

Doch auch das genügte dem Land Berlin damals so noch nicht. Immerhin befand man sich in einer Haushaltskrise, die Schulden waren ohnehin schon exorbitant hoch. Und so verstärkte der Freundeskreis der Staatsoper seinen selbstlosen Einsatz und bot dem Land die Finanzierung des Bedarfsprogramms an, die das Land dankend annahm. In schöner Gleichzeitigkeit zurrte das Land dann im Jahr 2007 ein Bedarfsprogramm über 239 Millionen Euro zusammen und verhandelte gleichzeitig den sogenannten Hauptstadtfinanzierungsvertrag, in dem sich der Bund bereit erklärte, 200 Millionen Euro für die Staatsopernsanierung zu übernehmen.

Wie schön – da stand das Angebot der Freunde der Staatsoper im Raum über 30 Millionen Euro, der Bund finanzierte kräftig mit 200 Millionen Euro und Berlin wäre nach den Zahlen des späten Herbstes 2007 relativ günstig davongekommen, mit einer neu renovierten Staatsoper und dem guten Gewissen, dem bürgerschaftlichen Engagement einen großen Raum geboten zu haben. Für das Land, das auch damals fast pleite war, ein gutes vorläufiges Ergebnis.

Doch es folgte die Detailplanung und es folgten einige Unannehmlichkeiten. Nachdem das Land Berlin als Bauherr nun endlich vorangehen konnte, lobte es 2008 ein Verfahren aus, in dem mittels eines Wettbewerbs ein Generalplaner gefunden werden sollte. Der Wettbewerb jedoch hatte es in sich – buchstäblich. Man hatte das Verfahren nämlich an einen Gestaltungswettbewerb geknüpft. Es sollte

eine Lösung gefunden werden für den Zuschauersaal der Oper – das Herzstück des Vorhabens. In einer schier unmöglichen Aufgabenstellung sollte dem Denkmalschutz genauso Rechnung getragen werden wie der Aufenthaltsqualität – immerhin war die Akustik im kleinen Saal unerträglich für große Meister wie Daniel Barenboim und war für ein gutes Viertel der Sitzplätze die Bühne nicht einsehbar. Der Gewinner des Verfahrens, der Architekt Klaus Roth, setzte daher auf eine innovative Lösung: unter Erhalt der Außenhülle des Gebäudes gestaltete er in seinem Entwurf den Zuschauersaal modern und neu. Die Jury war größtenteils begeistert.

Diese Begeisterung teilten jedoch nicht alle Jurymitglieder und schon gar nicht die kulturinteressierte und finanzstarke Stadtgesellschaft. Ihnen gefiel der „festliche" alte Saal, den der DDR-Architekt Paulick in den Fünfzigerjahren als frühsozialistischen Rokoko in Anmutung glanzvoller Zeiten wieder aufgebaut hatte. Unter Führung von Peter Dussmann erzeugten die Freunde der Staatsoper und einige politische Verantwortungsträger*innen einen medialen Wirbel, der in einigen Publikationen glatt als Saalschlacht betitelt wurde. Dussmann und die Freunde der Staatsoper gingen so weit, die angekündigten 30 Millionen Euro zurückziehen zu wollen, sollte Paulick „zerstört" werden. Der Denkmalschutz und seine Befürworter*innen bekamen recht schnell Oberwasser in der Debatte – und im Juli 2008 blies der Senat den Wettbewerb im Sinne Dussmanns und der Staatsopernfreunde ab.

Etwa zehn Monate Planungszeit waren so verloren gegangen, doch hielten der Regierende Bürgermeister Wowereit und die Verwaltungen unbeirrt am Plan fest, im Jahr 2010 mit der Sanierung zu beginnen, das Ganze in dreieinhalb Jahren über die Bühne zu bringen und dabei auch im Kostenrahmen zu halten. Und so stauchte man die Planungsphasen zusammen, plante auf einmal parallel und rannte auf das Unvermeidliche zu. Im Herbst 2012 wurden erste Kostensteigerungen ruchbar, nachdem der Senat vorher bereits zwei Bauzeitverlängerungen angekündigt hatte – angeblich damals noch innerhalb des Kostenrahmens von 239 Millionen Euro. Die Kosten schnellten hoch auf 293 Millionen Euro – und wuchsen im Herbst 2014 gleich noch einmal – auf jetzt 400 Millionen Euro.

Die Freunde der Staatsoper fuhren ihr bürgerschaftliches Engagement in den inzwischen siebeneinhalb Jahren seit dem Wett-

bewerbsverfahren jedoch merklich zurück. Schon nachdem Dussmann und der Freundeskreis ihren Willen erfüllt bekommen hatten, verschwanden die 30 Millionen Euro aus der öffentlichen und politischen Wahrnehmung. Das krankheitsbedingte Abtreten Dussmanns im Herbst 2008 half in dieser Hinsicht auch nicht gerade. Unter dem neuen Vorsitzenden Dr. Tessen von Heydebreck, einem verdienten Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, wurde dann auch im Herbst 2010 merklich nach unten korrigiert. So wollten die Freunde der Staatsoper jetzt nur noch drei Millionen Euro für die Sanierung des Festsaals beisteuern – zusätzlich zu den 500.000 Euro, die der Verein bereits für den Anschub (das Bedarfsprogramm) finanziert hatte.

Im Jahr 2014 kam es schließlich noch zu einer weiteren Vereinbarung. Die Freunde der Staatsoper erklärten sich bereit, 600.000 Euro für eine Untertitelungsanlage beizusteuern, die eigentlich im Vorhaben gar nicht mehr vorgesehen war. Inzwischen waren die einst 30 Millionen Euro auf 4,1 Millionen zusammengeschrumpft, der Verein konnte sein Versprechen nicht einmal ansatzweise erfüllen. Und jetzt wurde ruchbar, dass sogar die Untertitelungsanlage und damit wieder ein Teil der Spendensumme zur Disposition steht.

Im vorliegenden Text haben wir uns der Genese dieses großzügigen Angebots eines privaten Fördervereins einmal ausführlicher gewidmet. Die Freunde und Förderer der Staatsoper kommen nicht von ungefähr – vielmehr finden sich in Vorstand und Kuratorium sowie unter den Mitgliedern durchaus gewichtige Personen aus Politik, Medien und Wirtschaft, deren Einfluss auf gesellschaftliche Vorgänge nicht ganz unerheblich ist. Den Beweis, dass die Berliner Landespolitik vor solchen Personen „kuscht“, erbringen wir in diesem Zusammenhang nicht – denn dafür gibt es keine Beweise.

Wir wissen zwar heute, dass einige reiche und mächtige Menschen mit guten Verbindungen sich sehr dezidiert eingesetzt haben für den Erhalt der Staatsoper in „ihrem“ Sinne, aber viel mehr als eine unglückliche Gleichzeitigkeit dieses Engagements im Zusammenhang mit den Entscheidungen der Landespolitik dürfen wir gar nicht konstatieren. Es ist nicht zu beweisen, ob der Einsatz der Freunde der Staatsoper dazu geführt hat, dass Klaus Wowereit und der Senat das erste Wettbewerbsverfahren abbrachen und somit den Planungsvorlauf extrem verkürzten. Es passierte nur eben zeitgleich.

Die Berliner Sozialdemokraten, unter deren Führung alle beteiligten Verwaltungen das Sanierungsvorhaben aus der Taufe hoben, geben sich ebenso unschuldig. Alle Planungen waren sauber, niemand nahm Einfluss auf das Verfahren und alle Hindernisse, denen wir im Verlauf ausgesetzt waren und sind (inklusive Kostensteigerungen), waren entweder unvorhersehbar oder der Inkompetenz der anderen geschuldet.

Es käme auch niemand auf den Gedanken, dass hier durch Verantwortliche geschickt über Bande gespielt worden sein könnte. Das Sanierungsprojekt Staatsoper kam in seinen heutigen Dimensionen in einem chaotischen Spannungsfeld zwischen vielen verschiedenen Akteuren zusammen, die allesamt die Verantwortung weit von sich weisen – inklusive der Freunde der Staatsoper. Es ist wohl auch kein Geheimnis, dass nicht alle Entscheidungen und Entscheidungsprozesse besonders gut dokumentiert sind – weder die Entscheidungen des Bundes über die Kofinanzierung der Staatsoper noch die Entscheidung des damaligen Regierenden Klaus Wowereit zur Aufhebung des Wettbewerbsverfahrens. Dennoch wollen wir hier ein paar Aspekte genauer beleuchten.

Wir müssen feststellen, dass die Politik, die sich unter Führung von Klaus Wowereit angeblich so skeptisch gegenüber den 30 Millionen Euro gab, ein doppeltes Spiel hinsichtlich der Spendensumme spielte – eines nach außen und eines verwaltungsintern. In der Frühphase des Projekts, in den Jahren 2005 bis 2008, machte sich so eine Summe wie eine Möhre aus, die einem Esel so lange vor die Nase gehalten wird, wie dieser sich bewegen muss. Auch könnten gewichtige Querverbindungen zwischen dem Land Berlin, den Freunden der Staatsoper und dem Bund eine Rolle gespielt haben – immerhin wurde das Projekt in den Jahren 2005 bis 2007 gegen jede haushälterische Vernunft aufgesetzt. Und das Ergebnis ist, wie wir oben bereits feststellen mussten, mager. Ein so reicher Verein, der sich einst so weit aus dem Fenster lehnte und bis hin zu Sonderausgaben von Zeitschriften oder Gesprächsterminen beim Regierenden Bürgermeister alle Register zog, hat sein einstiges Versprechen nicht erfüllt. Und niemand fühlt sich öffentlich in der Verantwortung.

Im Rahmen unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss haben wir als Piratenfraktion schon mehrfach versucht, das Wirken der Freun-

de und Förderer der Staatsoper im Zusammenhang mit der Sanierung zu beleuchten. Für andere Ausschussmitglieder scheint der Sachverhalt auch deutlich, weshalb häufig nur noch mit genervtem Augenrollen reagiert wird. Es ist ja auch verständlich, da nie ein*e politische*r Verantwortungsträger*in etwas Justiziables zu den 30 Millionen Euro gesagt hat, da nie jemand eine rechtssichere Vereinbarung über die Summe erwirkt oder angeboten hat und da der Verein selbst immer sehr vorsichtig darin war, es bei einer Ankündigung über die Spendensumme zu belassen – freilich nicht ohne diese Ankündigung unter großem Getöse zu bewerben. Im Hintergrund gab es schon den einen oder anderen Versuch der beteiligten Verwaltungen, den Freundeskreis festzulegen und den einen oder anderen Finanzierungsvorschlag seitens Dussmann und Freundeskreis. Wie wir genauer ausführen werden, sind jedoch alle Versuche in ihrer Genese höchstens halbherzig zu nennen. Ein ernsthafter Wille, ein ernsthaftes Bemühen hätte anders ausgesehen.

Es ist schon merkwürdig. Da kann sich das Land Berlin, können sich seine politischen Verantwortlichen, gar nicht genug gegenseitig überbieten in der Huldigung des so selbstlosen Engagements – obwohl das immer noch nicht reiche Land Berlin einen gewaltigen finanziellen Schaden davonträgt. Immerhin sind aus einst 9 Millionen Euro Kosten für das Land nun 196,5 Millionen Euro geworden und der Freundeskreis der Staatsoper, sonst in der ersten Reihe bei Premierenfeiern und Sektempfängen, ist dabei auffällig zurückhaltend. Fast könnte man denken, das jetzt, wo der Staat ja ohnehin bezahlt, diejenigen kein Interesse mehr zeigen, die sonst immer als Erste gegen zu viel Regulierung, zu hohe Steuern, zu viele staatliche Aufgaben gewettert haben. Das eigene Engagement für das Gemeinwohl, es reicht dann vielleicht doch nur bis zur Sicherung der eigenen Interessen. Natürlich ist der Freundeskreis der Staatsoper über derlei Kritik erhaben, hat er sich stets selbstlos und tatkräftig engagiert.

Wir wollen niemandem etwas unterstellen. Alle Beteiligten sind höchst ehrenwert und haben immer nach den hehrsten Motiven gehandelt. Ob der hier vorliegende Bericht einen Teil zur Erhellung beiträgt, die Vorgänge um die Sanierung der Staatsoper in ein anderes Licht rückt oder einfach eine unterhaltsame Lektüre darstellt, soll der interessierten Leserin selbst überlassen bleiben.

Für uns gilt im Rahmen unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss: Durchhalten und weitermachen! Die zahlreichen Aktenbestände – über 600 an der Zahl – werden weiter durchgearbeitet. Wir stellen weiter schriftliche Anfragen, um den Senat auch schriftlich zu Stellungnahmen zu zwingen – egal wie sehr es die anderen stört. Ein Dutzend Zeug*innen sind dazu noch zu vernehmen, ein finaler Bericht ist zu schreiben. So wenig Beachtung die undurchsichtigen Vorgänge um die Sanierung in der Öffentlichkeit auch finden mögen, so wichtig ist es uns, am Ball zu bleiben. Der vorliegende Bericht stellt im Gesamtkomplex Sanierung lediglich einen Teilaspekt dar. Und doch zeigt sich exemplarisch, wie Verantwortung in der Stadt Berlin wahrgenommen wird. Wir können und wollen keine endgültigen Antworten geben – laden Sie aber hiermit ein, sich selbst ein Bild zu machen.

Wolfram Prieß
Mitglied im Untersuchungsausschuss Staatsoper
Bau- und Stadtentwicklungspolitischer Sprecher
der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus



„…, deshalb haben wir im Juni 2005 in der Mitgliederversammlung der Opernfreunde den Beschluss gefasst, dass wir, um einen Anstoß zu geben und guten Willen zu beweisen, 30 Mio. Euro aus privaten Mitteln geben, um die überfällige Sanierung endlich in Gang zu setzen.“

Peter Dussmann auf einer Ringvorlesung im Sommer 2005



Eine ganz kurze Baugeschichte der Staatsoper: Von Knobelsdorff bis Paulick

Die heutige Staatsoper wurde **1741–1743** nach Plänen des Architekten Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff im palladianischen Stil errichtet. Das Gebäude wurde nicht als reines Opernhaus geplant, sondern vielmehr als höfischer Mehrzweckbau.[3]

1788 erfolgte dann die umfassende Umgestaltung des Gebäudeinneren durch Carl Gotthard Langhans (d. Ä.), um es besser auf den Opernbetrieb auszurichten.[4]

1843 brannte die Oper bis auf die Grundmauern nieder. Beim Wiederaufbau durch Carl Ferdinand Langhans (d. J.) wurde das Innere neu gestaltet, womit auch einige technische Verbesserungen einhergingen. Weitere Veränderungen folgten im Laufe der Zeit. Besonders einschneidend war hier die Errichtung des Bühnenturmes 1910.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt das Opernhaus als seinen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Da aus Plänen für einen Neubau an anderer Stelle nichts wurde, kam es 1926–1928 unter Leitung von Regierungs- und Baurat Eduard Fürstenau zum nächsten größeren Umbau, der vor allem auf den Bühnenraum und die dazugehörige Technik zielte. Er hatte große Auswirkungen auf die Gebäudeform, insbesondere durch die Vergrößerung der Seitenbühnen.[5] Aus dem Knobelsdorffschen länglichen Rechteck wurde nun ein Kreuz.[6]

1941 wurde die Staatsoper durch Bomben beschädigt, und unter der Leitung von Ministerialrat Erich Meffert bis 1942 wiederhergestellt. Meffert wollte baugeschichtlich bedingten räumlichen Mängel abhelfen, und die Oper „stimmungsmäßig“ wiederherstellen.[7] Die Innenräume wurden umfassend neugestaltet, größtenteils frei historisierend durch Neuschöpfungen im Rokoko-Stil. Doch bereits Anfang 1945 erlitt das Gebäude erneut schwere Bombenschäden.[8]

Der Wiederaufbau erfolgte **1952–1955** durch den Architekten Richard Paulick der Deutschen Bauakademie, eine leitende Person bei

3 Schmitz, Frank: *Kleine Baugeschichte der Staatsoper Unter den Linden*, S. 2
4 Schmitz, S. 3
5 Schmitz, S. 4–5
6 Schmitz, S. 11
7 Meffert, Erich: Das Haus der Staatsoper und seine neue Gestaltung, Leipzig 1944, S. 11f. u. 17
8 Schmitz, S. 6

der Neugestaltung Ost-Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg.[9] Paulick ließ das Gebäude vollständig entkernen, und gestaltete das Innere völlig neu. Dabei bezog er sich historisierend auf Knobelsdorffs Entwürfe, ohne jedoch eine Rekonstruktion der Oper des 18. Jahrhunderts zu versuchen. Vielmehr war sein Anspruch ein „Weiterentwickeln Knobelsdorffscher Formgedanken" für die Gestaltung des Gebäudes nach neuen Vorstellungen.[10] Dies entsprach dem Aufbauprogramm der DDR. Die „nationalen Traditionen" sollten aufgegriffen, und in eine dem Staatsgedanken passende Form gebracht werden:[11] „dem Inhalt nach demokratisch und der Form nach national".[12]

Eine weitere Instandsetzung und Teilsanierung erfolgte schließlich – in wesentlich geringerem Umfang – in den Jahren **1983 bis 1986**. Die Maßnahmen beschränkten sich auf eine teilweise Erneuerung der Bühnentechnik, die Renovierung von Garderoben und Verwaltungsräumen sowie die Sanierung von Fassadenteilen.

Die festliche Wiedereröffnung wurde am **15. November 1986** mit der Weber-Oper Euryanthe unter Anwesenheit des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker begangen.[13]

---

9 Schmitz, S. 7

10 Schmitz, S. 8

11 Schmitz, S. 9

12 bpb.de: *Die 16 Grundsätze des Städtebaus der DDR*

13 Schmitz, S. 9

„Wir wollen durch Zusatzveranstaltungen, also Konzerte von Barenboim in großen Hallen, in der Waldbühne und dergleichen, sowie durch einen Opernball 1 Mio. Euro im Jahr aufbringen. Zudem soll durch Fundraising ein Betrag von 1 bis 2 Mio. pro Jahr erwirtschaftet, erbettelt werden.“

Peter Dussmann auf einer Ringvorlesung im Sommer 2005



Eine kurze Chronologie der Spendenzusage – Wie aus 30 Millionen etwas weniger wurde

Zur Einführung geben wir hiermit eine kleine Übersicht über das Zustandekommen der Spendensumme durch den Freundeskreis. Sämtliche hier befindlichen Daten sind öffentlich und entweder dem IFG-Blog der Piratenfraktion,[14] den Medien oder dem parlamentarischen Informationssystem des Abgeordnetenhauses entnommen.

Mai bis Juli 2005 – Die Staatsoper ist baufällig, aber noch im Spielbetrieb. Peter Dussmann verkündet, der Verein wolle 30 Millionen Euro über Spenden und Kredite beisteuern. Der Freundeskreis stellt ein Drei-Drittel-Modell vor, mit dem Bund, Land und Berlin mit insgesamt 90 Millionen Euro den Bau finanzieren. Der Kostenrahmen lag damals zwischen 130 und 160 Millionen Euro. Die Freunde sollen, laut Dussmann, zinsfreie Kredite bei Banken (Laufzeit fünf bis zehn Jahre) aufnehmen, um so eine Anstoßfinanzierung zusammenzubekommen.

Juli 2006 – Der Bund stellt 50 Millionen Euro an Haushaltsmitteln für die Sanierung der Staatsoper ein. Vom Land Berlin wird erwartet, ebenfalls einen Teil zur Sanierung beizusteuern. Der Freundeskreis will sich mit 30 Millionen Euro beteiligen.

November 2006 – Das Bedarfsprogramm zur Sanierung der Staatsoper wird in Auftrag gegeben. Der Freundeskreis verspricht, das Programm mit 500.000 Euro zu finanzieren.

5. Februar 2007 – Hans-Joachim Lorenz übernimmt als Geschäftsführer der Freunde und Förderer der Staatsoper.

15. März 2007 – Der Freundeskreis und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit unterzeichnen die erste von drei Vereinbarungen. Gegenstand ist die Finanzierung des Bedarfsprogramms zur Sanierung, die der Freundeskreis mit 500.000 Euro finanziert. Der Verein wird laut Vereinbarung regelmäßig informiert und zum planungsbegleitenden Ausschuss geladen.

April/Mai 2007 – Das Bedarfsprogramm zur Sanierung wird intern bekannt gegeben. Die Kosten liegen bei 280 Millionen Euro. Im

14 IFG-Blog der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus, *ifg.piratenfraktion-berlin.de*

Sommer wird daher noch einmal gerechnet, um die Kosten niedriger zu halten.

7. Mai 2007 – Klaus Wowereit besucht die Freunde und Förderer der Staatsoper auf deren Mitgliederversammlung und hält dort eine Rede, in der er sein Vertrauen bekräftigt, dass der Verein sein ambitioniertes Ziel von 30 Millionen Euro Spendensumme erreichen werde. Auch wird das Fundraising-Team des Vereins vorgestellt.

Oktober 2007 – Die Prüfung des Bedarfsprogramms ist abgeschlossen. Der neue Kostenrahmen mit angepasstem Bedarfsprogramm liegt jetzt bei 239 Millionen Euro.

7. November 2007 – Das neue Bedarfsprogramm, Version 2a, wird in die Prüfabteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gegeben.

13. November 2007 – Der Titel 70108 – Sanierung und Grundinstandsetzung Staatsoper – wird als Teil des Kapitels 0310 (Kulturelle Angelegenheiten) offiziell mit 239,3 Millionen Euro im Haushaltsplan des Landes Berlin veranschlagt.

30. November 2007 – Der Hauptstadtfinanzierungsvertrag wird unterzeichnet. Der Bund sichert 200 Millionen Euro für die Sanierung der Staatsoper zu. Das Land Berlin verpflichtet sich, jährlich 41 Millionen Euro in den laufenden Betrieb der Staatsoper zu investieren.

März 2008 – Das Verfahren zur Findung eines Generalplaners mit angeschlossenem Architektenwettbewerb wird ausgelobt. Der Architektenwettbewerb hat die Gestaltung des Zuschauersaals der Staatsoper zum Gegenstand. Denkmalschutz auf der einen, akustische Verbesserungen und Sichtbeziehungen zwischen Zuschauer*innen und Bühne auf der anderen Seite werden als widerstreitend benannt. Den Teilnehmenden wird aufgetragen, den widerstreitenden Interessen Rechnung zu tragen.

April 2008 – Die Prüfabteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bestätigt den Kostenrahmen von 239,3 Millionen Euro.

20. Mai 2008 – Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gibt den Wettbewerbssieger des Verfahrens bekannt. Gewinner ist der Architekt Klaus Roth mit einem Entwurf, der den Zuschauersaal weitgehend neu gestaltet, und dabei vor allem Akustik und Sichtbeziehungen verbessern will. In der Stadtgesellschaft entfacht dies eine kontroverse Debatte.

22. Mai 2008 – Der Freundeskreis der Staatsoper gibt eine Pressemitteilung heraus: **Dussmann gegen die „Totsanierung" der Lindenoper Keine Zustimmung zum Entwurf der Zuschauerraumgestaltung durch Freundeskreis**

12. Juni 2008 – Der Freundeskreis der Staatsoper gibt eine Pressemitteilung heraus: Umfrage zeigt: Freunde der Staatsoper votieren für Erhalt des historisierenden Zuschauerraums. In dieser Pressemitteilung heißt es:

> *„Das Angebot unseres Fördervereins, die Sanierung des Operngebäudes mit einer Summe von 30 Millionen Euro finanziell zu unterstützen, war immer an den Erhalt des Knobelsdorff-Baus und seiner derzeitigen historisierenden Innenraumgestaltung gebunden. Sollte sich die Politik, ungeachtet der Empörung in der Stadt, für die modernistische Raumvariante entscheiden, werden wir unser Angebot eines finanziellen Engagements nicht aufrechterhalten."*

1. Juli 2008 – Das Abgeordnetenhaus debattiert in der Aktuellen Stunde über das Wettbewerbsverfahren.

15. Juli 2008 – Der Senat beschließt den Abbruch des Wettbewerbsverfahrens. Die Vorgaben zum Baubeginn im Jahr 2010, zur Dauer der Bauarbeiten mit dreieinhalb Jahren und zum Kostenrahmen von 239,3 Millionen Euro bleiben bestehen.

30. Juli 2008 – Bei der Senatskanzlei geht ein Schreiben[15] des Vereinsvorsitzenden Peter Dussmann ein, laut dem der Verein Großplakatwerbung an der Baustelle zur Generierung privater Einnahmen nutzen möchte. Dussmann rechnet mit 750.000 Euro pro Jahr. Bei drei Jahren Bauzeit wären so 2,25 Millionen Euro zusammengekommen. Die Kulturverwaltung teilt mit, dass für derlei Werbung öffentliche Ausschreibungen nötig seien.

Oktober 2008 – Der Vereinsvorsitzende Peter Dussmann erkrankt schwer.

24. November 2008 – Steffen Ritter wird Geschäftsführer des Freundeskreises.

März 2009 – HG Merz wird neuer Objektplaner (mit künstleri-

---

15 Abgeordnetenhaus Berlin: Staatsopernskandal XXII: *Aus 30 Millionen wurden 4 – Was ist passiert bei den Freunden der Staatsoper?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Baum (PIRATEN) vom 05.02.2015 (Drs. 17/15466)

scher Oberleitung), nur neun Monate nachdem das vorherige Wettbewerbsverfahren aufgehoben worden war. Der Zuschauersaal soll jetzt denkmalgerecht und substanzerhaltend saniert werden.

24. März 2009 – Das vormalige Deutsche-Bank-Vorstandsmitglied Dr. Tessen von Heydebreck übernimmt offiziell den Vorsitz der Freunde und Förderer der Staatsoper, den er seit der Erkrankung Dussmanns im Oktober 2008 bereits kommissarisch innehatte.

16. Juli 2009 – Die Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahme „Sanierung Staatsoper Unter den Linden" wird vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Bernd Neumann sowie dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit unterzeichnet. In der Präambel heißt es, der Freundeskreis plane, zusätzlich zu den 500.000 Euro für das Bedarfsprogramm weitere 29,5 Millionen Euro für die Sanierung einzuwerben. Ein interner Vermerk der Kulturverwaltung sieht eine weitere Vereinbarung zwischen Land und Freundeskreis vor, die den Freundeskreis einbinden soll.

September 2009 – Evelyn Fischer wird Geschäftsführerin des Freundeskreises.

7. Juni 2010 – Der Freundeskreis teilt dem Senat mit, dass eine auf 30 Millionen Euro festgeschriebene Selbstverpflichtung nicht abgegeben werden könne.

22. September 2010 – Spatenstich für die Sanierung der Staatsoper. Kostenrahmen 239 Millionen Euro, Wiederinbetriebnahme im Herbst 2013.

11. Oktober 2010 – Der Freundeskreis sagt drei Millionen Euro für die Sanierung des Apollosaals zu.

26. November 2010 – Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer geben bekannt,[16] dass sich die Gesamtkosten der Sanierung um 3 Millionen auf nunmehr 242,3 Millionen Euro erhöhen werden. Zur Gegenfinanzierung der Erhöhung konnte erreicht werden, dass der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper eine schriftliche Zusage für die Kostenübernahme zur Herrichtung des Apollosaals in Höhe von 3 Millionen Euro gegeben hat. Die gesicherte Spendensumme beträgt jetzt insgesamt 3,5 Millionen Euro.

21. Februar 2011 – Der Freundeskreis und das Land Berlin unter-

---

16 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (2067 F), 16. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 26.11.2010, S. 2

zeichnen die zweite Vereinbarung. Gegenstand ist die Kostenübernahme der Freunde und Förderer über die drei Millionen Euro für den Apollosaal.

Mai 2011 – Ein Tresorraum wird unter der Staatsoper gefunden. Die Bauarbeiten verzögern sich um ein Jahr. Der Kostenrahmen verändert sich nicht.

1. Juli 2011 – Katharina Daboul wird Geschäftsführerin des Freundeskreises.

Herbst 2011 – Wahl und Teil-Regierungswechsel in Berlin. Rotrot wird abgelöst von rot-schwarz.

April/Mai 2012 – Holzpfähle werden im Grund gefunden. Die Bauarbeiten verzögern sich um ein weiteres Jahr. Der Kostenrahmen verändert sich nicht.

29. Mai 2012 – Ulrich Maas, Vorstandsmitglied bei KPMG und vormaliger Schatzmeister des Freundeskreises, übernimmt den Vereinsvorsitz.

Oktober 2012 – Der Projektsteuerer Drees & Sommer wird von seinen Aufgaben entbunden. Nachfolger ist die SPM Management GmbH.

6. Dezember 2012 – Der Senat gibt bekannt, dass sich die Kosten für das Sanierungsvorhaben auf 287,9 Millionen Euro erhöhen werden.

3. Mai 2013 – Nach abgeschlossener interner Prüfung durch die Verwaltung wird der Kostenrahmen abermals um 9 Millionen Euro nach oben korrigiert und beträgt nun 296,3 Millionen Euro.

29. Juli 2013 – Die Senatsbaudirektorin Lüscher gibt bekannt,[17] dass der Bund die zugesagten 200 Millionen Euro trotz der Kostenerhöhungen am Bau nicht erhöhen wird.

2013 – Anna Schwanhäußer wird Geschäftsführerin des Freundeskreises.

27. August 2014 – Der Freundeskreis und das Land Berlin unterzeichnen die dritte Vereinbarung. Gegenstand ist die Spendenzusage für die Untertitelungsanlage, für die der Freundeskreis zweckgebunden 600.000 Euro zur Verfügung stellt. Ausgezahlt werden soll in zwei Raten am 31. Mai 2015 und am 31. Mai 2016. Die Spendenzusage beträgt jetzt insgesamt 4,1 Millionen Euro.

6. Januar 2015 – Die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher gibt

17 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0235 E), 17. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 11.07.2013, S. 2

bekannt,[18] dass sich die Kosten abermals erhöhen. Der neue Kostenrahmen beträgt nun 389,5 Millionen Euro und wird zur Prüfung eingereicht. Die Fertigstellung wird jetzt auf Sommer 2017 verschoben.

8. Mai 2015 – Der Untersuchungsausschuss Staatsoper tritt erstmalig zusammen.

18. Mai 2015 – Der geprüfte Kostenrahmen wird dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellt und abermals erhöht – auf 400 Millionen Euro.

9. Juli 2015 – Die Staatsoper feiert Richtfest mit 450 Gästen, 7 Freunden der Staatsoper und 29.000 Euro Budget.

11. September 2015 – Der Untersuchungsausschuss vernimmt den ehemaligen Vereinsvorsitzenden des Freundeskreises, Dr. Tessen von Heydebreck. Dieser Zeuge bleibt bis heute der einzige, der dezidiert aus dem Freundeskreis kommt. Auch danach werden Zeug*innen zum Freundeskreis befragt. Diese erinnern sich in diesem Zusammenhang jedoch nur an höchst ehrenwerte Personen und blütensaubere Vorgänge.

Januar 2016 – Von den 30 Millionen Euro zugesagter Spendensumme des Freundeskreises sind offiziell bisher 3,5 Millionen realisiert worden.

---

18 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0235 G), 17. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 18.05.2015, S. 11f.



„Damit schneller mit der Sanierung begonnen wird, wollen die ‚Freunde‘ bei Banken möglichst viele zinsfreie Kredite aufnehmen, die in 5 bis 10 Jahren wieder zurückgezahlt werden sollen. Auf diese Weise kommt insgesamt eine Anstoßfinanzierung von ca. 30 Mio. zusammen.“

Peter Dussmann auf einer Ringvorlesung im Sommer 2005

Was macht eigentlich so ein Freundeskreis?

Der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden ist ein herausragendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Unter dem Motto „Kunst braucht Freunde“ stützt dieser Freundeskreis Produktionen und Sanierung in dieser Oper von Weltrang. Das ungebrochene Engagement der Freunde und Förderer ist besonders herauszuheben, wenn man die großen Widrigkeiten entgegenhält, mit denen sich die gebeutelten Staatsopernfreunde herumschlagen müssen. Nachdem über Jahre hinweg nicht genug Geld für die Sanierung der Staatsoper im Landessäckel war – da gab es ein kleines Problem mit Schulden und Bankenskandal – war das Gebäude inzwischen so schwer baufällig, dass der Betrieb immer am seidenen Faden hing. Eine erste Zielplanung des Architekten Gerhard Spangenberg im Jahr 2001 wurde mangels finanzieller Mittel nicht weiter verfolgt.

Da wo der Staat nicht hinreichen kann, füllt das bürgerschaftliche Engagement häufig und gern eine Lücke – ob im sozialen Bereich oder eben in der Kultur, siehe die Freundeskreise, die so ziemlich jede kulturelle Institution Berlins und des ganzen Landes vorweisen kann. Ob Staatsoper oder Elbphilharmonie – Kunst braucht eben Freunde. Sie braucht das selbstlose Engagement tatkräftiger Bürger*innen. Sie braucht Geld und Engagement auch über die knappen staatlichen Mittel hinaus.

Das tatkräftige Engagement der Freunde der Staatsoper war es auch, welches im Jahr 2005 die Sanierung der Staatsoper wieder ins Spiel brachte. Dem Bürgerwillen, dem selbstlosen Einsatz für das Nationaldenkmal Staatsoper, ist es überhaupt zu verdanken, dass die Sanierung in Gang gesetzt wurde. Nur fünf Jahre später, im Jahr 2010 konnte dann der Bau beginnen – großzügig unterstützt von den Freunden der Staatsoper und ihrem bürgerschaftlichen Engagement. Jetzt im frühen Jahr 2016 bleibt das Engagement ungebrochen, wenn auch die Kosten für die Sanierung nicht mehr bei 130 Millionen Euro liegen, wie 2005 einst taxiert wurde, sondern bei 400 Millionen, wenn auch das Engagement des Freundeskreises nicht bei 30 Millionen Euro liegt,

sondern bei 3,5 Millionen. Dennoch sollten wir das Engagement immer herausstreichen, großzügig, ungebrochen, selbstlos, wie es nun einmal ist.

Es ist immer so eine Sache mit dem bürgerschaftlichen Engagement. Im Abgeordnetenhaus wurde dem scheuen Reh zu Ehren gleich ein ganzer Ausschuss ins Leben gerufen. Selbst wenn dieser Ausschuss eher das Ergebnis kläglicher Ränkespiele war, um den Ausschussvorsitz für wichtigere nachfolgende Ausschüsse für die Koalition freizumachen, ist er Ausweis einer Symbolpolitik, die zumindest im Diskurs eine zentralere Rolle für das Engagement emphatisch herausstreichen möchte. Der Ausschuss berührt in seiner Arbeit dann auch immer die ganz großen Themen, wie die Wertschätzungskultur. Wo die Politik offenbar vorher nicht in der Lage war, im Rahmen ihrer Arbeit den jeweiligen Engagierten genügend Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, hat sie jetzt zumindest den Versuch gestartet, die Wertschätzung des Engagements durch Ehrenamtskarte, Ehrenamtspass und Kompensation von zumindest ein paar Ausgaben zu verbessern.

Das Engagement, an das sich die Aufmerksamkeit der Politik hier richtet, ist eines, das vor allem vom Investieren von Zeit geprägt ist – grob gesagt also das Engagement der weniger Begüterten, die nicht mit großen Spendensummen aufwarten können, aber Zeit und Liebe in etwas stecken, das ihnen wichtig ist. Gerade hier dient das Engagement auch als Gradmesser, da die Engagierten mit Kompetenz und Einsatz eben auch der Politik aufzeigen können, wo Engagement allein nicht ausreicht – zum Beispiel bei baufälligen Feuerwachen der freiwilligen Feuerwehr, beim Thema Pflegenotstand oder auch in den notorisch unterfinanzierten außerschulischen Bildungseinrichtungen für Jugendliche. Viel wichtiger als eine biedere Wertschätzungskultur mit Urkunden und Jubelfeiern ist also die Möglichkeit der Vermittlung von Bedürfnissen und Interessen, die Bündelung von Kompetenzen und ebenjene seismografische Funktion.

Etwas anders gelagert sind die Interessen von Freundeskreisen und Fördervereinen im Kulturbereich. Es ist kein Geheimnis, dass der Kulturbereich ebenfalls an konstanter Mittelknappheit leidet – vom Jugendtheater angefangen bis hoch in die großen Opernhäuser der Republik. Auch der Freundeskreis der Staatsoper widmet sich als Kulturförderer den Stellen, an denen die staatliche Finanzierung nicht

ausreicht oder an denen punktuell noch besondere Projekte gefördert werden sollen. Soweit ist das erst einmal auch legitim. Das Engagement hier ist jedoch, so viel wagen wir zu behaupten, eher finanzieller denn zeitlicher Natur. Ohne das Engagement an sich in Abrede stellen zu wollen, zeichnet sich hier aber auch eine qualitative Verschiebung der Mitgliedschaft ab. Wo im Nachbarschaftsverein in Neukölln eher der Querschnitt der Bewohner*innen repräsentiert ist, haben wir es bei einem Opernfreundeskreis, trotz abgestufter Mitgliedsbeiträge, dann eher mit einem Querschnitt durch die Besucher*innenschaft einer Oper zu tun – tendenziell also eher besser situierten Menschen in sichtbareren gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Funktionen.

Wir brauchen nicht weit zu schauen, um hierfür auch gleich einen Beweis zu finden, ist doch der Vorstand des Freundeskreises der Freunde und Förderer eben nicht gerade ein Verbund an Personen, die vom Mindestlohn oder von Hartz IV leben. Da fanden und finden sich Repräsentant*innen von Vattenfall, der Deutschen Bank, KPMG, der Agentur DDB und nicht zuletzt eine Vielzahl von Personen aus dem Umfeld der Dussmann Group.

Überhaupt, die Dussmann Group – ein weltumspannendes Imperium mit angeschlossener Stiftung und dem Herzstück Kulturkaufhaus mitten in Berlin, das jeden Oktober die „Einnahmen“,[19] respektive den „gesamten Tagesumsatz“,[20] aus einem verkaufsoffenen Sonntag an die Staatsoper spendet. Der Aufstieg in den Vorstand eines Freundeskreises gelingt, schauen wir uns in den Berliner Freundeskreisen um, tendenziell eher denen, die auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten Einfluss ausüben und tendenziell etwas mehr Geld zur Verfügung haben.

Noch deutlicher wird dies, wenn wir uns anschauen, mit welchen Koryphäen sich das Kuratorium des Freundeskreises schmückt: Neben der Dussmann-Witwe sind dort auch ehemalige Bundesminister (Clement und Genscher immerhin) und die oberste Liga des deutschen Mäzenatentums sowie Verlagswesens, Liz Mohn und Friede Springer, vertreten.[21] Ein schmuckes Kuratorium ist es, ein reiches

---

19 staatsoper-berlin.de: *Ein Sonntag für die Staatsoper*

20 *news.dussmanngroup.com: Ein Sonntag für die Staatsoper: Verkaufsoffener Sonntag bei Dussmann das KulturKaufhaus*

21 staatsoper-berlin.de: *Freunde & Förderer – Verein – Über uns*

dazu und nicht zuletzt ein mächtiges. Warum schmückt sich ein Freundeskreis mit so einem Kuratorium? Namen ziehen andere Namen – und ein Kuratorium dient immer auch als Aushängeschild, weshalb gilt: je wichtiger, desto besser. Auch ist es kein Zufall, dass die jeweiligen Kuratorien und Vorstände solcher Freundeskreise immer außerordentlich gut untereinander vernetzt sind. So ist der ehemalige Vorstand von Heydebreck auch Vorstand des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins[22] (für das Bode-Museum und die Gemäldegalerie) und Mitglied im Aufsichtsrat von Vattenfall.[23]

Auch der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Bahn AG, Rüdiger Grube, ist Kuratoriumsmitglied, wie auch der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Lufthansa AG, Carsten Spohr, und der CSU-Politiker und Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Georg Fahrenschon. Stephan Heimbach ist Leiter der Communications and Government Affairs bei Siemens. Die Kuratoriumsmitglieder Catherine Fürstenberg-Dussmann, Wolfgang Clement und Tessen von Heydebreck sind zudem auch Mitglieder im Stiftungsrat der Dussmann Group. Ebenfalls in Doppelfunktion, nämlich als Vorstandsmitglied des Freundeskreises sowie der Dussmann Group, ist Dr. Hans-Jürgen Meyer tätig, der seit 2011 CFO der Dussmann Group ist. Meyer hat laut Lebenslauf[24] früher als Richter am Verwaltungsgericht Berlin, in der Senatsverwaltung für Justiz und schließlich auch als CFO bei Vattenfall Europe gearbeitet. Prof. Dr. Michael Naumann, ehemals Kulturstaatsminister unter Gerhard Schröder, ist ebenfalls ein bekannter Name in der Liste.

Auch die Mäzene der Freunde der Staatsoper, die namentlich im Jahresbericht 2014[25] erwähnt werden, haben teils recht bekannte Namen: Jochen Wermuth mag in Deutschland nicht so bekannt sein. Dennoch scheint sein Name einen recht ausführlichen englischsprachigen Wikipedia-Artikel[26] wert zu sein. Nach seinem Engagement bei der Deutschen Bank gründete er Wermuth Asset Management, eine GmbH, die sich vornehmlich mit dem Energiemarkt beschäftigt. John Turner und Jerry Fischer sind über Recherche auch in Verbindung zu

22 kaiser-friedrich-museumsverein.de: *Impressum*

23 corporate.vattenfall.de: *Über uns – Organisation – Deutsches Management*

24 dussmanngroup.com: *Dussmann Group – Vorstand – Der Vorstand der Dussman Group*

25 Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden e.V.: *Kunst braucht Freunde – Jahresbericht 2014*,

26 en.wikipedia.org: *Jochen Wermuth*

bringen mit größeren Spendensummen an die Opern in Wien[27] sowie Houston.[28] Auch der Neffe von August von Finck senior, Wilhelm Winterstein, vormals Sprecher der Geschäftsleitung und jetziger Vorsitzender des Gesellschafterausschusses des Privatbankhauses Merck Finck & Co. gehört dazu.[29] Der FDP-Großspender Walter Wübben,[30] der hinter dem Unternehmen R&W Industriebeteiligungen steht (leider ist dazu keine Website auffindbar), bedachte den Freundeskreis der Staatsoper offenbar ebenfalls großzügig genug.

Die Liste der Großzügigen setzt sich fort bei den Firmenmitgliedern. Zu den Mäzenen gehörten im Jahresbericht 2014 immerhin der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V., dessen Präsident auch im Kuratorium vertreten ist, die Siemens AG sowie die Vattenfall GmbH. Zu den weiteren Paten gehörten hier die Berliner Sparkasse, die Bertelsmann SE & Co. KGaA, die Daimler AG, die Deutsche Bank AG, die Dussmann Group (nur als Partner übrigens, nicht als Mäzen), die Ernst & Young GmbH, die KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Schering Stiftung oder auch die Unicredit Bank AG.

Insgesamt ist das Spendenaufkommen, schauen wir im Jahresbericht 2014 nach, erquicklich, wenn auch die Mitgliederzahlen seit Jahren eher rückläufig sind. Die Einnahmeentwicklung seit 2010 (749.126 Euro) wurde allerdings nur 2011 (807.370 Euro) übertroffen, danach wurde mit Werten zwischen 673.000 und 680.000 Euro nur eine Stabilisierung auf etwas niedrigerem Niveau erzielt. Immerhin wissen wir über die Verwendung der Gelder, dass neben den großzügigen Spenden (das ist kaum genug zu betonen) an das Sanierungsvorhaben auch noch Geld für Produktionen übrigblieb. So wurde in der Spielzeit 2014/2015 Barenboims erste Puccini-Aufführung (Tosca) mit 100.000 Euro finanziert, mit 45.000 Euro die Opernbaustelle bespielt und jungen Menschen der Besuch in der Staatsoper zum Kinopreis ermöglicht.

Wie wir auf Anfrage[31] herausgefunden haben, verbindet die Dussmann Group mit dem Land Berlin eine Vielzahl von Geschäften.

---

27 wiener-staatsoper.at: *Opernhaus – Sponsoren – Förderer*

28 houston.culturemap.com: *One expensive Ring. $2 million gift for Houston Grand Opera sets a record for a single production*, Shelby Hodge, 24.01.2013

29 genios.de: Presse – Presse Deutschland – F.A.Z. Frankfurter Allgemeine Zeitung, *Wilhelm Winterstein 65 Jahre*, 28.11.1995

30 spiegel.de: *Kölner Unternehmen spendet 200.000 Euro an FDP*, 17.11.2014

31 Abgeordnetenhaus Berlin: *Aufträge an die Dussmann Group*. Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Heiko Herberg (PIRATEN) vom 03.12.2015 (Drs. 17/17524)

Die über die Berliner Hauptverwaltung erteilten Aufträge sind dabei zum größten Teil eher marginaler Natur, da aus einzelnen Verwaltungen vor allem viele Fachbücher und Notenmaterial im Kulturkaufhaus Dussmann gekauft wurden. Etwas größer ist da schon der Auftrag, den die Dussmann Service Deutschland GmbH von der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zwischen 2009 und 2015 erhielt – hier geht es mithin um 8,5 Millionen Euro für die Aufschaltung technischer Anlagen, Reinigung und Hausmeister. Über die 40 Aufträge, die im Zeitraum 2009 bis 2015 auskunftsgemäß von den landeseigenen Unternehmen BVG, Berlinovo, degewo, Grün Berlin GmbH, der Olympiastadion Berlin GmbH, Stadt und Land Wohnbauten-GmbH und Vivantes vergeben wurden, wurden leider keine Angaben gemacht – aus Rücksicht auf die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass die Dussmann Group ihr Geld nicht vorwiegend mit dem allseits bekannten Kulturkaufhaus verdient, sondern einen Großteil des Jahresumsatzes von etwa zwei Milliarden Euro mit Dienstleistungen im Bereich des Facility-Managements, aber auch im Bereich Catering oder Security verdient.

Kurzfazit

- Der Freundeskreis der Staatsoper sieht sich als tragende Kraft in der Finanzierung von Vorhaben, insbesondere dort, wo die staatliche Finanzierung nicht ausreicht.
- Das Engagement in Freundeskreisen ist häufig eher finanzieller Natur.
- Im Freundeskreis selbst versammeln und vernetzen sich Größen aus Politik und Wirtschaft, die auch in anderen Kontexten teils gewichtige Rollen spielen.
- Auch die Dussmann Group ist in enger Weise mit dem Freundeskreis der Staatsoper verbunden.



„Bei den vielleicht zukünftig Regierenden ist eine andere Meinung vorhanden. Frau Merkel ist eine Freundin der Staatsoper Unter den Linden, ihr Mann noch ein viel größerer Freund der Staatsoper. Vielleicht bahnt sich hier eine überraschende Wende an.“

Peter Dussmann auf einer Ringvorlesung im Sommer 2005 kurz vor dem Regierungswechsel

Große Versprechen und halbherzige Bemühungen – Der Freundeskreis, die Landespolitik und die 30 Millionen

Aus den Mühlen von Politik und Verwaltung dringt traditionell eher das nach außen, was unvermeidlich nach außen dringen muss oder eben nach außen dringen soll. Sogenanntes Whistleblowing hätte für die Beteiligten ernste Konsequenzen, ganz unabhängig davon, dass sich im Rahmen des Untersuchungsausschusses ohnehin ein Bild ergibt, nach dem interne Kritik an richtungsweisenden Entscheidungen oder Widerspruch – sagen wir mal zur Deckenanhebung oder zur unbedingten Einhaltung eines ambitionierten Kostenrahmens – weder goutiert noch ernst genommen wurde.

Schriftliche Anfragen werden traditionell so ausweichend beantwortet, dass der Informationsgehalt auf ein semantisches Minimum beschränkt bleibt. Ein etwas schärferes Schwert sind hier Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die uns immerhin die Vereinbarungen zwischen Land und Bund sowie zwischen Land und Freundeskreis in Reinform zur Auswertung der Quellenlage brachten. Die Materialien aus dem Untersuchungsausschuss selbst würden wir selbstverständlich an dieser Stelle nie zitieren, da dies laut Untersuchungsausschussgesetz nicht zulässig ist und das laufende Verfahren gefährden würde. Allerdings haben wir es uns erlaubt, im Rahmen der Untersuchungsausschusssitzungen immer fleißig Mitschriften anzufertigen, so wie es Journalist*innen auch gestattet ist.

In Beantwortung unserer Anfrage[32] hat der Senat einmal zum Besten gegeben, wie oft sich Vertreter*innen des Landes Berlin in den zehneinhalb Jahren, seitdem die Spendenzusage ruchbar wurde, denn bereits mit den Freunden der Staatsoper zusammengesetzt haben und wie oft sie mit ihnen über das Spendenvorhaben kommuniziert haben.[33]

---

32 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LX – Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17278)

33 Viele der folgenden Termine in diesem Abschnitt beziehen sich ebenfalls auf diese Anfrage

Nur zur Information: Bis zum April 2007 ging man von einem Gesamtkostenrahmen von etwa 130 Millionen Euro aus,[34] basierend auf der 2001 vorgenommenen Zielplanung des Architekten Spangenberg[35] und ersten Versuchen der weiteren Planung in Begleitung des Büros Klatt und Vogler. Der Bund wollte davon 50 Millionen geben, der Freundeskreis hatte ab Mai 2005 30 Millionen als Spendensumme in den Raum gestellt – so wären für das Land Berlin 50 Millionen Euro übrig geblieben. Peter Dussmann hatte in einem Vortrag an der FU Berlin ein „interessantes" Finanzierungsmodell zum Besten gegeben, um die 30 Millionen Euro zusammenzubekommen:

Die Mitgliederzahl des Freundeskreises sollte zunächst verdreifacht oder -vierfacht werden, um pro Jahr eine Million an Mitgliedsbeiträgen zu erwirtschaften. Alle Förderung sollte auf die Sanierung fokussiert werden, unter Verzicht auf andere Projekte. Zudem sollten die Freunde durch Zusatzkonzerte Barenboims sowie einen jährlichen Opernball eine Million Euro jährlich aufbringen und durch Fundraising jährlich zusätzliche ein bis zwei Millionen erwirtschaften. Zur Abrundung des Konzepts schlug er vor, dass die Freunde bei Banken möglichst viele zinsfreie Kredite aufnehmen würden, die in fünf bis zehn Jahren zurückgezahlt werden sollten.[36] Später, nach Bekanntwerden des Kostenrahmens des Bedarfsprogramms, dessen Erstellung auf das Engagement der Freunde und Förderer zurückgeht, schrumpfte die vorgebliche Beteiligung der Freunde und Förderer relativ gesehen zwar deutlich zusammen und machte jetzt nur noch 30 von 239 Millionen Euro aus, war aber immer noch substanziell.

Man sollte meinen können, dass eine so gewichtige Summe innerhalb der Landespolitik höchste Geschäftigkeit ausgelöst hätte. Wenn ein wirkmächtiger und von Größen aus Politik und Wirtschaft geprägter Verein unter Führung des ehrbaren Herrn Dussmann so ein bemerkenswertes Engagement zeigt, müssten doch alle eilen. Zwar beeilten sich alle stets darin, den herausragenden Bürgersinn des Vereins zu loben, gar endlich die Ankunft des privaten Mäzenatentums im

---

34 *Inhaltsprotokoll des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten, 3. Sitzung am 08.01.2007*, 16. Wahlperiode, S. 2, S. 3, S. 4

35 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LI: Einsturzgefahren seit 2001?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 21.04.2015 (Drs. 17/16037)

36 Siehe Dussmann, Peter: Überlegungen eines Berliner Unternehmers zur privaten Finanzierung einer Staatsoper, in: Baßeler, Heintzen, Kruschwitz (Hrsg.): *Berlin – Finanzierung und Organisation einer Metropole. Ringvorlesung der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin im Sommersemester 2005*

Stile amerikanischer Verhältnisse im Land Berlin zu feiern (ein Modell, dem Dussmann vermutlich nicht ganz abgeneigt war), die Konkretisierung der Spendenzusagen in Form schriftlicher Vereinbarungen ließ dann allerdings auf sich warten. Ganze sieben Mal kamen Land und Staatsopernfreunde in den zehneinhalb Jahren zum Thema Spenden für die Sanierung zusammen.[37] Nicht mitgezählt sind hier die informellen Zusammenkünfte am Rand von Opernpremieren, Richtfesten, Hoffesten oder Ähnlichem – aber selbstverständlich käme auch niemand auf die Idee, diesen wirklich informellen Treffen und Gesprächen irgendeine Bedeutung beizumessen.

Ein erstes Treffen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und Herrn Dussmann fand am 11. Mai 2005 statt – also vor zehneinhalb Jahren. Damals hatte Herr Dussmann den gewünschten Staub aufgewirbelt, den er mit der gewichtigen Zusage von 30 Millionen Euro im Sinne des Anschubs der Sanierung wohl aufzuwirbeln gedachte. Damals muss Peter Dussmann deutlich gemacht worden sein, dass eine konkrete Spendenzusage so lange wenig sinnvoll war, wie das Land Berlin selbst die Finanzierung nicht stemmen konnte und die Sanierung auch nicht in die Investitionsplanung einbezogen war. Darum reagierte das Land vermutlich auch bis 2006 nicht offiziell auf das Angebot Peter Dussmanns. Gleichwohl schaltete sich der Bund ab dem Jahr 2006 verstärkt dazwischen, und begann die kolportierte Spendensumme als feste Rechengröße zu betrachten.[38]

Knapp anderthalb Jahre später setzte man sich in großer Runde am 15. September 2006 wieder zusammen und Dussmann sagte die Finanzierung des Bedarfsprogramms (500.000 Euro) zu. Kurz darauf wurde die Arbeit am Bedarfsprogramm und Gutachten dann auch begonnen. Das geschah in großer Runde unter Beteiligung von Vertreter*innen der Verwaltungen sowie der Oper und der Opernstiftung. Während die Erstellung des Bedarfsprogramms bereits im Gange war, gab Dussmann am 17. November 2006 seine Zusage zur Finanzierung, die dann im Rahmen des Austausches von insgesamt vier Schriftstücken übersandt und am 15. März 2007 unterzeichnet werden konnte.[39]

37 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LX – Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17278)

38 Dies wird in einem späteren Abschnitt ausführlicher behandelt und mit Quellen unterlegt. Exemplarisch sei hier verwiesen auf: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: *Starkes Signal für die Staatsoper - nun ist Berlin am Zuge.* Pressemitteilung vom 06.07.2006

39 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LX – Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann*

Das war das Anfängerlevel, der erste Schritt war ja getan. Die Spendenzusage blieb bestehen, der Verein schien still vor sich hin Spenden einzusammeln. Merkwürdig bleibt nur, dass der Verein oder seine Vertreter*innen nicht gesondert hinzugeladen wurden zur Vorstellung des Bedarfsprogramms im Frühjahr 2007 – zumindest nicht über die Anwesenheit des damaligen Intendanten und automatischen Vorstandsmitglieds im Freundeskreis, Peter Mussbach, hinaus. Auch kam trotz der doch recht alarmierenden Meldungen nach Erstellung des Bedarfsprogramms – immerhin war ja der Kostenrahmen von vermuteten 130 Millionen Euro auf anfangs 280 Millionen[40] und später dann 239 Millionen Euro gestiegen – keine weitere Korrespondenz zwischen Land und Freundeskreis zustande. Das ist interessant, sollte man doch vermuten, dass ein stetiger und reger Informationsfluss hinsichtlich der Sanierung und sowieso hinsichtlich des vom Förderverein großzügig bezahlten Bedarfsprogramms Pflicht wäre.

Am 4. Oktober 2007 fand eine fast zehnmonatige Kommunikationspause zwischen dem Land und dem Freundeskreis ihr Ende – Kulturstaatssekretär Schmitz bekam einen Brief von Peter Dussmann, in dem er zur Unterstützung für eine Spendenaktion des Dussmann-Kulturkaufhauses aufgefordert wurde. Das Kulturkaufhaus machte in den Jahren darauf ebenfalls häufig mit dem verkaufsoffenen Sonntag im Dienste der Staatsoper auf sich aufmerksam. Hört, hört! Ein Akteur der Privatwirtschaft macht eine Spendenaktion im Rahmen seiner Handelstätigkeit und der Staat ist in der Pflicht, dieses völlig selbstlose Engagement zu unterstützen. Ein Geschmäckle bekam das einst großzügige Angebot von 30 Millionen Euro dann am 28. Juli 2008 mit Eingang eines Schreibens von Herrn Dussmann bei der Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten. Wie der Senat uns in seinen Antworten[41] mitteilte, war der Gegenstand des Schreibens von Dussmann der Wunsch des Vereins, den privaten Mitgliedern die Nutzung der Baustelle zur Großplakatwerbung zu gestatten, um so die Einnahmen zu generieren, die dann dem Landeshaushalt als Spende zufließen sollten.

---

hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht? Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17278)

40 tagesspiegel.de: *Theater um Sanierung der Staatsoper*, Frederik Hanssen, 06.09.2007

41 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopern-Skandal I: Welche Rolle spielt der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2015 (Drs. 17/15287); *Staatsopernskandal XXII: Aus 30 Millionen wurden 4 - Was ist passiert bei den Freunden der Staatsoper?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Baum (PIRATEN) vom 05.02.2015 (Drs. 17/15466)

Herr Dussmann ging, laut Antwort des Senats, von einer Größenordnung von 750.000 Euro jährlich aus – somit hätte der Verein also nach nur 19 Jahren die gesamte Spendensumme zusammengehabt – was sich allerdings dank der damals avisierten Bauzeit von 42 Monaten nicht als besonders ergiebig erwiesen hätte – das wären dann summa summarum nur 2,6 Millionen Euro geworden – nicht einmal genug zur Sanierung des Apollosaals.

Dann kam noch hinzu, dass die Kulturverwaltung dem Verein irgendwann zwischen dem 28. Juli 2008 und dem 14. Juli 2009 mitgeteilt haben muss, dass das mit der Großplakatwerbung so nicht machbar sei. Der Senat antwortete uns, dass mitgeteilt wurde,

> *„dass Leistungen, die das Land Berlin vergibt, gemäß Landeshaushaltsordnung ausgeschrieben werden müssen. Unabhängig davon schränkten bauordnungsrechtliche Gründe, nach denen Großplakate zur kommerziellen Werbung in der historischen Mitte Berlins gesonderten Bedingungen unterliegen, die Möglichkeit zur Akquise von finanziellen Mitteln ein (…)“.*[42]

Diese Informationen müssen entweder beim Treffen am 13. November 2008 unter Beteiligung des Staatssekretärs Schmitz mündlich an den Verein ergangen oder, wie der Senat in der Antwort auf unsere Anfrage offen lässt, irgendwann nach dem 30. Juli 2008 schriftlich an den Verein kommuniziert worden sein.

Das Schreiben des Vereins vom 7. Juni 2010, inzwischen unter dem neuen Vorsitzenden Tessen von Heydebreck, schien wohl die endgültige Absage des Vereins an die Spendensumme von 30 Millionen Euro gewesen zu sein, so sagt es zumindest der Senat in Antwort auf Drucksache 17/15466: Laut Antwortschreiben von Heydebrecks konnte der Verein keine auf 30 Millionen Euro festgeschriebene Selbstverpflichtung mehr abgeben.[43]

Ein zwei Jahre währender Austausch zwischen Verein und Land, der prinzipiell zum Ziel gehabt haben sollte, eine rechtsverbindliche Vereinbarung zu erwirken und dessen Grundlage durch den Hauptstadtfinanzierungsvertrag und die Veranschlagung des Titels „Sanierung und Grundinstandsetzung Staatsoper“ im Landeshaushalt

42 Ebd.

43 Ebd.

2008/2009 gegeben war, führte also dazu, dass der Verein eine Absage erteilen musste an die Spendensumme, die er fünf Jahre zuvor in den Raum gestellt hatte. Etwas pikant daran ist, dass im Rahmen des Untersuchungsausschusses bereits zutage gefördert werden konnte, dass Senatsbaudirektorin Lüscher dem Bemühen um Großplakatwerbung intern bereits im Oktober 2008 eine Absage erteilt hatte. Wie der damalige Staatssekretär André Schmitz zu verstehen gab, sei es ihm jedoch trotzdem ein Anliegen gewesen, alles zu tun, um diese Möglichkeit der Spendeneinwerbung doch noch zu ermöglichen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Geschäftssinn des Herrn Dussmann bzw. des Vereins im Allgemeinen. Da wir ja wissen, dass nicht ganz unwichtige Personen aus Wirtschaft und Politik dem Verein verbunden sind (Sparkasse, Deutsche Bank, Dussmann Group), die sich ja zumindest in Ansätzen mit den Unwägbarkeiten von öffentlich-privaten Partnerschaften auskennen müssten, wäre die Frage zu stellen, wieso niemand innerhalb des Vereins früher und wirksamer eingehakt hatte. Auch die Berliner Politik war ja mit Fragen wie öffentlichen Ausschreibungen bestens vertraut.

Zum einen war diese Möglichkeit der Spendenakquise nun an sich schon einmal nicht so ergiebig, dass mit ihr realistisch das Ziel erreicht hätte werden können und zum anderen erschließt sich auch die Logik nicht, nach der die Mitglieder eines privaten Vereins Einnahmen aus Werbung an einem öffentlichen Gebäude für ihre eigenen Firmen verbuchen würden und dann wieder dem Land Berlin als Spenden zur Verfügung stellen sollten. Das rechtliche Konstrukt dahinter erschließt sich praktisch nicht, denn dann könnte das Land dies auch gleich selbst tun. Auch wären die Ausschreibungsformalitäten bei derartigen Vorhaben, wie die Senatsbaudirektorin frühzeitig erkannt hatte, schon ein Hindernis gewesen. Denn wie hätte eine Ausschreibung gestaltet werden sollen, die nur Mitgliedern der Freunde und Förderer, bzw. ihren Firmen, zugute gekommen wäre? Es hätte im schlimmeren Fall glatt Assoziationen auslösen können von Selbstbedienungsmentalität und unglücklichen Verquickungen zwischen Staat und Wirtschaft – und so etwas kann so ein seriöser Verein nicht gewollt haben. Es wundert nur, wieso es überhaupt in Erwägung gezogen wurde.

Wir halten also fest, dass das große Bemühen des Landes Berlin und der Freunde der Staatsoper nach fünf Jahren mehr oder weniger

regen Austausches als konkretes Resultat nur 500.000 Euro gebracht hatte – das war im Jahr 2010. Erst dann ließen sich die Freunde der Staatsoper auf einen, wenn auch deutlich verringerten Betrag ein – nämlich drei Millionen Euro zur Sanierung des Apollosaals. Im Februar 2011 wurde diese Vereinbarung unterzeichnet.[44] Selbst wenn wir die zwei Jahre bis zur Erstellung und erfolgten Prüfung des Bedarfsprogramms und der Konkretisierung des Kostenrahmens abziehen, blieben immer noch drei Jahre, in denen das redliche Bemühen nicht gefruchtet hat. Das ist besonders bitter angesichts der Tatsache, dass der Verein noch im Juli 2009 lobend für seine Bemühungen erwähnt wurde, in der Präambel der Verwaltungsvereinbarung.[45] Was für eine Schmach muss die armen Vorstands- und Vereinsmitglieder nächtlich gequält haben, konnte man gegenüber der Stadtöffentlichkeit das Versprechen nun nicht einlösen, was man zum Wohle des nationalen Kulturdenkmals einmal abgegeben hatte.

In einen pikanteren Zusammenhang wird die Spendensumme und die Skepsis der politisch Verantwortlichen auch noch da gestellt, wo wir inzwischen mehr über ihre angebliche Genese zutage gefördert haben. So wissen wir aus dem Jahr 2006, dass der damalige Kultursenator Dr. Thomas Flierl durchaus versucht hat, den Freundeskreis auf die Spendensumme von 30 Millionen Euro festzulegen, mithilfe einer Bankgarantie. Dussmann lehnte damals die Bankgarantie jedoch ab, da allein die Gebühren für eine solche schon bei zwei bis drei Millionen Euro gelegen hätten. Außer einer „Selbstverpflichtung“ (oder in den Worten des damaligen Intendanten Peter Mussbach: „persönlichen Haftung“), die immer wieder öffentlichkeitswirksam in den Vordergrund gestellt worden war, hatte der Verein also zu den 29,5 Millionen Euro Fehlbetrag nichts wirklich Konkretes geboten – und das immerhin bis 2010. Das Verwerfen der Bankgarantie und damit der halbherzigen Bemühungen des damals amtierenden Senators wäre vielleicht ein Grund gewesen, an der Redlichkeit der Bemühungen des Freundeskreises zu zweifeln. Zugute halten muss man dem Freundeskreis aber, dass es damals noch keinen etatisierten Vorgang gab, in den Dussmann

---

44 ifg.piratenfraktion-berlin.de: Schwerpunkt – Staatsoper – Falsche Freunde 2 – Dokument 2015-03-25_Vereinbarungen_Freunde, *Brief des Staatssekretärs für Kulturelle Angelegenheiten vom 23.03.2015 als Antwort auf eine IFG-Anfrage zu den Vereinbarungen Berlins mit dem Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden*, S. 7f.

45 ifg.piratenfraktion-berlin.de: *Schwerpunkt – Staatsoper – Die falschen Freunde der Staatsoper. Wie aus 30 Millionen 2,5 Millionen Euro wurden*

die Spendensumme hätte einzahlen können, da im Jahr 2006 auch die Berliner Seite ihre Finanzierung noch nicht sichergestellt hatte, obwohl der Bund sie gegen alle haushaltspolitische Vernunft dazu drängte. Ein Gegenangebot seitens des Geschäftsmanns und erfolgreichen Unternehmers Dussmann bzw. des Vereins blieb aus. Das nährt schon die Zweifel daran, ob die 30 Millionen Euro als Spendensumme wirklich zusammenkommen hätten sollen. Warum blieb der Verein über so lange Zeit konkrete Schritte schuldig?

Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit, die der Verein durch seinen Vorsitzenden Dussmann der Öffentlichkeit mitteilte, waren sogenannte zinslose Kredite.[46] Auch hier bleibt die Frage, wie diese zu realisieren gewesen wären und warum 30 Millionen Euro in einem so reichen Verein überhaupt durch Kredite finanziert werden sollten. Im rhetorischen Spiel um das damalige Geschachere war es allerdings aufseiten der Politik nicht angezeigt, noch die windigsten Vorschläge wenigstens ein Mal auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen. Spannend ist auch die Frage, wer von wem überhaupt zinslose Kredite hätte empfangen sollen. Zinslose Kredite, um sie als Spenden weiterzureichen? Als Idee eines erfahrenen Geschäftsmanns? Allerdings ging es hier um die Frühphase des Projekts Staatsopernsanierung (2005), als jegliche Spendenzusagen noch Schall und Rauch waren und auch jede Finanzierungsmöglichkeit erst einmal rein fiktiv war. Der Unternehmer Dussmann musste bekanntlich wissen, wie in „seinen“ Kreisen mit solchen Summen gut zu hantieren war, da konnten zinslose Kredite auch durchaus im Bereich des Möglichen liegen.

Dass immer, wenn die Politik halbherzig versuchte, Dussmann und den Freundeskreis festzulegen, sich der Freundeskreis wie ein scheues Reh verhielt, hätte doch die Politik einmal stutzig machen können. Keine vom Freundeskreis vorgeschlagene Maßnahme – ob Außenwerbung, zinslose Kredite, Spendensammlung oder Benefizkonzerte – war durch konkrete Pläne substanziiert worden. Nirgendwo tauchte je eine Art Wirtschaftsplan auf – und das bei einem Unternehmer, der als vielfacher Millionär täglich mit solchen Plänen hantieren musste. Es ist kaum vorstellbar, dass einem äußerst beflissen agierenden Unternehmer wie Dussmann jene Unwägbarkeit nicht aufgefallen wäre.

46 Siehe Dussmann, Peter (2005): Überlegungen eines Berliner Unternehmers zur privaten Finanzierung einer Staatsoper, in: Baßeler, Heintzen, Kruschwitz (Hrsg.): *Berlin – Finanzierung und Organisation einer Metropole. Ringvorlesung der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin im Sommersemester 2005*

Kurzfazit

- Die Landespolitik hat zwischen 2005 und heute (Anfang 2016) nur in Ansätzen vermocht, den Freundeskreis auf konkrete Zusagen festzulegen.
- Weder der Freundeskreis selbst noch die Landespolitik waren in den Jahren 2005 bis 2010 in der Lage, die einst avisierte Spendensumme von 30 Millionen Euro konkret zu untersetzen.
- Der Freundeskreis erklärte sich lediglich bereit, neben der Anschubfinanzierung des Bedarfsprogramms (500.000 Euro) und der Sanierung des Apollosaals (drei Millionen Euro) noch die Untertitelungsanlage zu finanzieren.
- Die teils recht waghalsigen Finanzierungsvorschläge, die der Freundeskreis zum Aufbringen der Spendensumme vorgebracht hatte, muten für einen Großunternehmer recht ungewöhnlich an.
- In den Verwaltungen sind keine klaren Zuständigkeiten für die Spendensumme auszumachen. Niemand zeichnet verantwortlich.
- Die Rolle der ursprünglichen Spendenzusage von 30 Millionen Euro in den Verhandlungen zwischen Land und Bund zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag und zur Finanzierung des Sanierungsvorhabens ist vage, aber schlecht von der Hand zu weisen.

„Sollte sich die Politik, ungeachtet der Empörung in der Stadt, für die modernistische Raumvariante entscheiden, werden wir unser Angebot eines finanziellen Engagements nicht aufrechterhalten.“

Peter Dussmann zum Wettbewerb im Juni 2008



Der Architekturwettbewerb und die Innenraumgestaltung und die Staatsopernfreunde

Zwischen Mai und Juli des Jahres 2008 brach in Berlin eine Saalschlacht vom Zaun, deren Dimension, glaubt man einigen der Protagonist*innen, beinahe apokalyptische Ausmaße für die Kulturpolitik der Weltstadt Berlin gehabt haben muss.[47] Der Bauherr, also die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, hatte es sich erlaubt, ein recht gewagtes Konstrukt zur Findung des Generalplaners zu nutzen und sich im Minenfeld der vielfältigen Interessen nur tapsig zu bewegen. Dass das irgendwann zu Problemen führen würde, war absehbar und stellte den öffentlichen Auftakt einer in Berlin nicht beispiellosen Pannenserie dar.

An dieser Geschichte symptomatisch ist das kopflose Agieren der beteiligten politischen Ebenen, das bereits bei der Erstellung des Bedarfsprogramms unglücklich manifest wurde. Damals hatte man nämlich das Bedarfsprogramm erstellen lassen, ohne die Staatsoper explizit und nachvollziehbar einzubinden – was zur Folge hatte, dass nach Fertigstellung der ersten Version des Programms noch massive Änderungen vorgenommen wurden (der Tunnel wurde zum Unterirdischen Bauwerk, es wurde bemerkt, dass doch vernünftige Stimmprobenräume und Küchen gebraucht würden) und gleichzeitig der Kostenschock (280 Millionen Euro) mit Flächenreduzierungen wieder eingefangen werden sollte. Dabei kam am Ende, im Herbst 2007, dann ein Konstrukt heraus, das irgendwie zwar günstiger gerechnet worden war, das allerdings hinsichtlich der vorgenommenen Bedarfsänderungen – immerhin baute man jetzt viel massiver im Berliner Untergrund – jeder beflissenen Bauexpertin als äußerst „kritische" Angelegenheit hätte auffallen müssen.

Man hatte kein tragfähiges Konzept zur Einbindung der Nutzerin Staatsoper im Bedarfsprogramm bzw. bei dessen Erstellung entwickelt. Man war weder systematisiert vorgegangen noch hatte man im Vorfeld des Projekts klare Organisationsstrukturen geschaffen. So gab es zum einen die Interessen der Staatsoper selbst, die wiederum ein Konvo-

---

47 spiegel.de: *Anhaltende Saalschlacht*, Michael Sontheimer, 14.07.2008

lut an verschiedenen Interessen darstellten – Generalmusikdirektor, technischer Direktor, Intendanz – alle haben an sich schon eigene Interessen, die ihren Positionen geschuldet sind und innerhalb eines gut angelegten Verfahrens im Vorfeld mediiert hätten werden können. Dann kommt in Berlin noch das fragile Konstrukt Stiftung Oper obendrauf, das 2004 gegründet worden war, in der Hoffnung, die drei Opernhäuser der Stadt und das Staatsballett trotz knapper Kassen zu erhalten. Dazu kamen die Bedarfsträgerin in Form der Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten (mit ihrem reichen Innenleben zwischen Kultursenator, Kulturstaatssekretär und diversen Verantwortungsträger*innen) sowie der Bauherr, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.[48] Dann waren da noch die Staatsopernfreunde mit ihren vielseitigen Querverbindungen in die Wirtschaft sowie in die Landes- und Bundespolitik und die Vielzahl der politischen Akteure im Berliner Abgeordnetenhaus mit ihrem Interesse an der Sanierung der Oper.

Bei so vielen Akteuren hätte eventuell von vornherein eine klare und nachvollziehbare Aufgabenteilung gut getan – wie wir immer wieder feststellen müssen, hat sich insbesondere die Kulturverwaltung als Bedarfsträgerin immer wieder geschickt aus der Verantwortung gezogen. Im Sinne kulturpolitischer Verantwortung wäre es der Verwaltung zugefallen, vom Bedarfsprogramm an ein Prozessmanagement aufzusetzen und eine klare Regelung zu treffen, wer an welcher Stelle in welcher Form eingebunden wird. Da hätten dann die Freunde der Staatsoper als Geldgeber eine klar definierte Rolle erhalten können, genauso wie die einzelnen fachlich beteiligten Opern- und Verwaltungsmitarbeiter*innen. Zwar haben die Freunde der Staatsoper eine mehr oder weniger definierte Rolle im Projekt erhalten,[49] doch bleibt es jetzt Aufgabe des Untersuchungsausschusses herauszufinden, wer auf Berliner Seite mit welchen Aufgaben konkret betraut war. Gerade in diesem Punkt sind sich die jeweiligen im Ausschuss befragten Zeug*innen recht einig – klar umrissene Aufgabenstellungen hatte von ihnen niemand.

In dieser Gemengelage kam der neue Kostenrahmen gelegen, in den unseligen Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und dem

48 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal XXI: Nachfolgende Anpassungen des Bedarfsprogramms.* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Baum (PIRATEN) vom 05.02.2015 (Drs. 17/15465)

49 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0235), 17. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 06.03.2012

Bund zum sogenannten Hauptstadtfinanzierungsvertrag, in denen die Staatsoper eine gewichtige Rolle spielte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war schließlich auch gut vermittelbar: 200 Millionen Euro Bund, 30 Millionen – bei aller „Skepsis" der Politik – die Staatsopernfreunde, 9 Millionen das Land Berlin. Heureka, das würde für das Land ja ziemlich billig kommen, dank des überbordenden bürgerschaftlichen Engagements des Freundeskreises.

Und so lotete die Senatsbauverwaltung dann im März 2008 endlich ein Vergabeverfahren aus, in dem – und da liegt der Hund vielleicht auch begraben – mittels eines Architekturwettbewerbs, der auf die Gestaltung des Zuschauerraums fokussierte, ein Generalplaner gefunden werden sollte, also ein Planer, der für fast sämtliche Leistungsphasen des Bauvorhabens verantwortlich zeichnet. Der Ausschreibungstext deutete bereits an, dass widerstreitende Interessen durch die Wettbewerbsbeiträge aufgegriffen werden sollten: So sollte der Denkmalschutz für den 1954/55 durch Paulick in Rokoko-Anmutung wieder hergerichteten Zuschauerraum zwar erhalten werden, gleichzeitig sollten allerdings zentrale Probleme gelöst werden, die Musiker*innen und Zuschauer*innen gleichermaßen beklagten – die Akustik des alten Saals war mangels Raumvolumen nicht auf „Weltklasseniveau" und von etwa 20 Prozent der Sitzplätze aus war die Sicht auf die Bühne mangelhaft.[50]

Wie wir im Rahmen der Ausschussarbeit bereits erfahren mussten, fühlte sich die Kulturverwaltung als Bedarfsträgerin nicht ausreichend in die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen eingebunden. Anscheinend hatten sich die Bundesvertreter*innen und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an jenem Vormittag im März 2008 bereits getroffen, bevor der Kulturstaatssekretär Schmitz hinzugeladen war. Offenbar gelang es Schmitz damals nicht, über eine Zustimmungsrunde zu den bereits besprochenen Formulierungen hinaus, noch Einwürfe hinsichtlich der Ausschreibungsunterlagen zu machen. So heißt es dort eher unscharf:

> *„Für das Gebäude der Staatsoper besteht ein grundlegender Sanierungsbedarf. Im Rahmen dieser Baumaßnahme sollen*

---

50 berliner-zeitung.de: *Alt gegen Neu, Paulick gegen Roth*, Monika Grütters, 16.06.2008 und tagesspiegel.de: *Rokoko-Rolle rückwärts*, Frederik Hanssen, 04.07.2008

auch Verbesserungen insbesondere der Akustik und der Sichtverhältnisse im Zuschauerhaus erreicht werden.“[51]

Und dies schlug sich auch in der Jurysitzung des Wettbewerbsverfahrens nachhaltig nieder. Es muss innerhalb der Sitzung der Fachjury zu Auseinandersetzungen gekommen sein, in denen sich André Schmitz nicht gegen die Übermacht der anderen Fach- und Sachpreisrichter*innen durchsetzen konnte. Mit einer Zweidrittelmehrheit wurde dann dem Architekten Klaus Roth der Vorzug gegeben, was Schmitz laut Aussage des damaligen Stiftungschefs Stephan Rosinski, der ebenfalls Jurymitglied war, nicht goutierte. Laut Rosinski kam es innerhalb der Sitzung zu einem fachlichen Streit zwischen Senatsbaudirektorin Regula Lüscher und Schmitz, dessen Grundlage ebenjener Ausschreibungstext war. Frau Lüscher hatte offenbar die Rechtmäßigkeit der eingereichten Entwürfe festgestellt und auch festgestellt, dass der Bezug auf den Ausschreibungstext in allen präsentierten Entwürfen gegeben war – auch in dem des Siegers Klaus Roth, der eine weitgehende Neugestaltung und ästhetische Abkehr vom Pseudorokoko von Paulick vorsah. Schmitz wehrte sich bereits im Rahmen der Sitzung vehement dagegen, das Kulturdenkmal des Paulick-Saals nicht denkmalgerecht zu sanieren. Laut Informationen aus dem Spiegel vom 14. Juli 2008[52] hatte Schmitz den zweitplatzierten Entwurf des Düsseldorfer Büros HPP favorisiert, der Paulick zwar nicht in der Substanz (wie es der Denkmalschutz vorsieht), aber doch in der Anmutung erhalten hätte. Auch der drittplatzierte Entwurf von Gerkan, Marg und Partner bezog sich ähnlich historisierend auf den Paulick-Saal und erhielt ihn in Proportionen und Anmutung weitgehend.

Nach der Bekanntgabe des Wettbewerbssiegers Roth ließ es sich Schmitz auch nicht nehmen, bei der öffentlichen Präsentation des Wettbewerbsergebnisses mit den drei preisgekrönten Entwürfen am 11. Juni 2008 Frau Lüscher zu brüskieren[53] und somit einen handfesten Verwaltungsstreit zu provozieren. In seiner Rede machte der Kulturstaatssekretär sein entschiedenes Eintreten für den zweitplatzierten Entwurf dann auch mehr als deutlich – was ihm von Jurypräsi-

---

51 stadtentwicklung.berlin.de: Bauen – Städtebau – Baukultur – Wettbewerbe – Ergebnisse – Jahr 2008 – Zuschauerhaus. Staatsoper unter den Linden – Ausschreibung, *Ausschreibungstext im PDF-Format*, S. 7, März 2008

52 spiegel.de: *Anhaltende Saalschlacht*, Michael Sontheimer, 14.07.2008

53 tagesspiegel.de: *Ding der Unmöglichkeit*, Frederik Hanssen, 04.06.2008

dent Peter Kulka den Vorwurf einbrachte, undemokratisch, unfair und unangemessen zu handeln – so schrieb es die Frankfurter Rundschau am 12. Juni 2008.[54]

Freundeskreis natürlich unbescholten

Es soll aber an dieser Stelle nicht vorwiegend um die waghalsigen Manöver eines politisch Verantwortlichen gehen. Vielmehr wollen wir uns wieder den Manövern des Freundeskreises zuwenden, der die Bekanntgabe des Wettbewerbsergebnisses ebenfalls nicht goutierte. So ließ der Freundeskreis am 21. Mai 2008 auch die Öffentlichkeit über eine Pressemitteilung (die dem Senat übrigens per Fax aus der Pressestelle der Dussmann AG übermittelt wurde, wie wir Unterlagen entnehmen konnten) wissen:

„Dussmann gegen die „Totsanierung" der Lindenoper", „Keine Zustimmung zum Entwurf der Zuschauerraumgestaltung durch Freundeskreis", Der Unternehmer Peter Dussmann hat als Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden das Vorgehen der Berliner Bauverwaltung in Zusammenhang mit dem Gewinner-Entwurf des Architekturwettbewerbs für die Zuschauerraumgestaltung der Oper scharf kritisiert:

> *„Es ist völlig unverständlich, wie eine Senatsbaudirektorin einen Wettbewerb ausloben kann, bei dem die teilnehmenden Architekten offenbar nicht darüber informiert wurden, was von ihnen eigentlich erwartet wird, nämlich die Erneuerung einer denkmalgeschützten Architektur, insbesondere des einzigartigen Zuschauerraumes.*
>
> *Eine behutsame Sanierung ist etwas ganz anderes, als einen Neubau in historischer Hülle zu errichten. Der Entwurf des Berliner Architekten Klaus Roth zeigt die technische Umsetzung einer möglicherweise interessanten Idee. Architektonisch negiert sie gänzlich die Qualitäten des historischen Saales der Lindenoper, der über Generationen feinfühlig den jeweiligen Ansprüchen der Zeit angepasst wurde und der mit dem Wiederaufbau von Richard Paulick als Musterbeispiel einer Strategie des Weiterbauens an der Überlieferung gilt im Gegensatz zur modernistischen Tabula Rasa, die in der Regel Tristesse und*

54 fr-online.de: *In Einklang bringen*, Markus Woeller, 12.06.2008

Hoffnungslosigkeit verbreitete.
Architektonisch sagt der Entwurf von Klaus Roth wenig aus und es ist zu befürchten, dass dies auch so bleiben soll, sieht sich der Entwurf doch in der Tradition eines abstrakten Nachkriegsfunktionalismus. Bevor man das Herz dieses Hauses herausreißt, sollte erst einmal alles daran gesetzt werden, den historischen Saal zu ertüchtigen, vor allem akustisch - warum sollte das nicht gelingen!
Die Staatsoper Unter den Linden ist ein deutsches Nationaldenkmal und die Berlinerinnen und Berliner, sowie die Besucher der Stadt, lieben das Haus so, wie Professor Richard Paulick es nach dem Zweiten Weltkrieg im Geiste Friedrich des Großen wieder aufgebaut hat. So steht die Lindenoper in einer guten Tradition mit der Semperoper in Dresden, dem Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin und der Bayerischen Staatsoper in München, die nach der Kriegszerstörung wieder errichtet wurden", so Peter Dussmann.

Die Diktion dieses Textes, der übrigens im Netz auffällig schwer auffindbar ist, ist bezeichnend. Der Unternehmer und Vorsitzende des Freundeskreises, der diese Pressemitteilung von der Pressestelle seines Unternehmens verschicken lässt, geriert sich als das alleinige Sprachrohr der Freunde und Förderer. Die breite Unterstützung für seine Position innerhalb des Vereins wird nicht durch die Aussagen anderer Vereinsmitglieder unterstützt – offenbar hielt man es nicht für nötig, Dussmanns Alleinvertretungsanspruch entsprechend zu flankieren.

Dussmann macht deutlich, dass er sich eine weitere Einbindung des Vereins in die Frage der Gestaltung des Zuschauersaals angesichts seiner Spendenzusage schon gewünscht hätte. Dem abstrakten Nachkriegsfunktionalismus, den er im Roth-Entwurf verwirklicht sieht, erteilt er selbstverständlich eine Absage. Ironischerweise muss der Verein hier selbst zugeben, dass das Nationaldenkmal ja von Paulick auch nur wieder aufgebaut worden war nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg. Das Gelingen der akustischen Ertüchtigung soll laut dem Liebhaber des Nachkriegshistorismus allerdings trotzdem möglich sein. Bis dahin stand die Spendenzusage auch, zumindest laut Pressemitteilung, nicht zur Disposition.

Am 11. Juni 2008 hingegen folgte eine zweite Pressemitteilung des Vereins zur gleichen Frage, die wiederum Staub in der Stadtgesellschaft aufwirbelt, da Dussmann, pardon, der Verein, jetzt zwei Geschütze auffahren läßt, die auf den ersten Blick recht zugkräftig erscheinen:

Umfrage zeigt: „Freunde der Staatsoper votieren für Erhalt des historisierenden Zuschauerraums", Die Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden haben mit übergroßer Mehrheit gegen den erstplatzierten Wettbewerbsentwurf für den Zuschauerraum der Oper des Berliner Architekten Klaus Roth votiert. Das ergab eine Umfrage unter den über 1400 Mitgliedern des Freundeskreises, wonach sich 75 Prozent der Befragten für den Erhalt des im Jahre 1955 von Richard Paulick entworfenen Zuschauerraums, der historische Vorbilder vereint, aussprachen.

> *„Die Ergebnisse unserer Befragung, wie auch die anderer Umfragen, ergeben völlig übereinstimmend, dass die Berlinerinnen und Berliner keinen modernen Zuschauerraum in der historischen Hülle des Knobelsdorff-Baus akzeptieren. Gegen diesen mehrheitlichen Willen kann und darf nicht verstoßen werden. Sollte die Politik nicht zur Vernunft kommen und diesen Entwurf fallen lassen, werden wir eine Bürgerbewegung formieren und ein Volksbegehren initiieren"*, so der Vorsitzende des Freundeskreises, der Unternehmer Peter Dussmann.

Der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden hat in den vergangenen Wochen eine Vielzahl von Zuschriften aus dem In- und Ausland erhalten, die sich gegen ein modernes Opernhaus hinter einer historischen Fassade richten.

> *„Berlin kann stolz darauf sein, ein solches Opernhaus zu haben. Der zweitplatzierte Wettbewerbsentwurf bewart [sic!] den Geist Friedrich des Großen als Bauherrn und ermöglicht trotzdem Korrekturen in den Sichtachsen und der Akustik. Das Angebot unseres Fördervereins, die Sanierung des Operngebäudes mit einer Summe von 30 Millionen Euro finanziell zu unterstützen, war immer an den Erhalt des Knobelsdorff-Baus und seiner derzeitigen historisierenden Innenraumgestaltung gebunden. Sollte sich die Politik, ungeachtet der Empörung in der Stadt,*

für die modernistische Raumvariante entscheiden, werden wir unser Angebot eines finanziellen Engagements nicht aufrechterhalten. Unsere Vereinsmitglieder wollen nicht durch ihren Einsatz und Ihre [sic!] Spende den Umbau von einem Opernhaus [sic!], welches sie lieben, in einen Zweckbau gleich einem Multiplexkino finanzieren“, so Dussmann.

Die Geschütze, die der Freundeskreis knapp drei Wochen später auffährt, sind deutlich schärfer. Nachdem sich die Landespolitik immer noch nicht zu einer Entscheidung im Sinne Dussmanns hatte durchringen können, gab Dussmann nun eine Umfrage zum Besten, nach der innerhalb des mächtigen Vereins 75 Prozent der Befragten in seinem Sinne votieren würden. Der Verweis auf „andere Umfragen“ legitimiert den Willen Dussmanns über seinen Verein hinaus, es sind gleich Berlinerinnen und Berliner im Allgemeinen. So ist auch nicht nur der Freundeskreis empört, sondern geht die Empörung in der ganzen Stadt um, bis hin ins Ausland, von wo Briefe den Verein erreicht haben wollen. Schließlich geht es hier ja um den „Geist Friedrich des Großen“, dessen Reminiszenz in der bedrohten Innenraumgestaltung eines Berliner Opernhauses internationale Wellen schlagen muss – es drohte ein Multiplexkino! Wir können uns gut ausmalen, welche Wellen dies bei Opernliebhaber*innen in London, New York und Tokio geschlagen haben muss, selbst wenn Dussmann konkrete Beispiele schuldig bleibt.

Viel schwerer wog jedoch das Schwert des Damokles, welches der Verein nun über der Stadtgesellschaft baumeln ließ: Die 30 Millionen Euro wurden infrage gestellt, sollte Dussmann seinen, pardon, sollte die gesamte Stadt und überhaupt die Kultur ihren Willen nicht bekommen. Wo der Verein bisher noch keine verbindliche Zusage abgegeben hatte, vom großen Versprechen bis dahin lediglich 1,7 Prozent eingelöst hatte und wo die Verwaltungen bisher nicht angehalten worden waren, Verbindlichkeit und klar strukturierte Kommunikation herzustellen, da gab es im Verein trotzdem die Anspruchshaltung, die Innenraumgestaltung nach eigenem Gusto durchzusetzen. Es geht sogar noch etwas weiter, glaubte der Verein doch glatt, seinen Willen durch ein demokratisches Instrument legitimieren zu können – das Volksbegehren. Es ist schon auffällig, wie eine wenig repräsentative, jedoch umso einflussreichere Gruppe hier zumindest rhetorisch ein

eher instrumentelles Verhältnis zu demokratischer Willensbildung an den Tag legt. Es wäre sicherlich auch spannend gewesen zu sehen, wie hoch die Wahlbeteiligung bei einem solchen Volksentscheid geworden wäre – oder ob es überhaupt genügend Unterschriften für ein Volksbegehren gegeben hätte.

Und die aufgefahrenen Geschütze endeten damit nicht – wie die Berliner Morgenpost am 1. Juli 2008 berichtete,[55] hatte der Verein auch eine Forsa-Umfrage in Auftrag geben lassen, deren Ergebnisse nicht nur die Dreiviertelmehrheit im Verein in den Schatten stellten, sondern als Bezugspunkt endlich die gesamte Stadtgesellschaft vorweisen konnten. Satte 86 Prozent der Berliner*innen hätten laut Umfrage erklärt, dass der Zuschauerraum in der historischen Gestalt zu erhalten sei und das, nachdem 1.000 Personen befragt worden waren. Unabhängig davon, dass solche Mehrheiten eher Parteitagscharakter haben, war dies ein klassischer Schachzug, um Druck aufzubauen. Mit einer solch satten Mehrheit im Rücken sollte sich doch wohl niemand dem Willen des Vereins verschließen können? Immerhin drohte ja eine Schmach für die Berliner Politik, sollte Dussmann dann wirklich entsprechend mobilisieren.

Pikanter als das Ergebnis war da schon die Genese der Zahlen. Dass Ergebnisse von Forsa-Umfragen auch in anderen Zusammenhängen schon das eine oder andere Mal Erklärungsbedarf hervorgerufen hatten, war dem Verein wohl weniger wichtig – wichtig war nur, dass das Ergebnis gelegen kam. Aber da war diese andere Zahl: 20 Prozent der Befragten hatten angegeben, im Jahr 2007 mindestens einmal in der Staatsoper gewesen zu sein. Rechnet man diese angeblich so repräsentativen Zahlen ein wenig hoch, hätte das für die Staatsoper eine Besucherzahl von 600.000 im Jahr 2007 bedeutet. Laut Senatsbericht waren allerdings im Jahr 2007 „nur“ 229.000 Besucher*innen[56] in der Staatsoper. Dass die Zahlen der Umfrage ein wenig zu hoch gegriffen sein könnten, machte aber nichts – es kam ja auf die Stoßrichtung an und ein so überdeutlicher Bürgerwille, eine so große Mehrheit, braucht sich nicht um Details zu kümmern, so lange sie als Instrument demjenigen gerade recht kommt, der seinen Willen durchsetzen will.

---

55 morgenpost.de: *Umbau-Gegner sehen Mehrheit der Berliner hinter sich*, 01.07.2008

56 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0403 D), 16. Wahlperiode, Finanzielle Entwicklung der landeseigenen Theater- und Orchesterbetriebe, 2. Halbjahr 2007*, Schlussbericht vom 19.03.2008

Merkwürdige Koalitionen

Die Willensbildung im Opernstreit von 2008 – sie war ja ohnehin so eine Frage. Auf der einen Seite könnte man vermuten, dass diese Willensbildung nur einen eher kleinen Teil der Stadtgesellschaft betraf, wenn wir davon ausgehen, dass die Oper „an sich“ sich zwar redlich darum müht, breite Publikumsschichten anzusprechen, der Diskurs über sie jedoch eher in eingeschränkten Kreisen stattfindet. Kurz gesagt: Den allermeisten Berliner*innen dürfte die Operninnenraumsanierung vielleicht nicht so wichtig gewesen sein, wie beispielsweise die zeitgleich erfolgte endgültige Zerstörung des Palastes der Republik. Aber darum geht es auch nicht – das gefühlte und reale Gewicht der Diskursteilnehmer*innen lag schwerer in der Waagschale als so banale Interessen wie die einer kostengünstigen Sanierung. Doch die Koalitionen hatten es in sich.

Auf der Seite der Befürworter*innen des Roth-Entwurfs standen zum einen die Architekten-Mitglieder der Wettbewerbsjury – darunter auch Frau Lüscher –, Stiftungschef Stephan Rosinski und auch der Generalmusikdirektor der Staatsoper, Daniel Barenboim, der bei Laune gehalten werden musste und die Akustikverbesserung sowie einen verbreiterten Orchestergraben ganz besonders vehement gefordert hatte. Auch die Bundesstiftung Baukultur sprach sich für Roth aus, genau wie im Abgeordnetenhaus die Fraktion der FDP explizit, die Fraktion der Grünen mit etwas mehr Vorsicht und Wolfgang Brauer aus der Linksfraktion. Bundespolitisch unterstützt wurden die Befürworter*innen von Monika Grütters.[57]

Neutral hingegen verhielten sich in der Öffentlichkeit die Fraktion der SPD sowie der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der in einer Parlamentsdebatte zur Frage, wo er denn stehe, sagte, er stehe mitten im Schussfeld. Wieder haben wir es mit einer interessanten Rhetorik zu tun, da die zugrundeliegende Metapher den Opernstreit zu einem Krieg auswachsen lässt und der Bürgermeister damit insinuierte, dass unabhängig von seiner Entscheidung, er ohnehin nur Ärger bekäme. Also zog sich Wowereit zurück und entzog den Entscheidungsprozess wie auch die letztlich getroffene Entscheidung folgerichtig der Öffentlichkeit.

---

57 tagesspiegel.de: *Prominente kämpfen für Erhalt des Staatsopersaals*, 18.06.2008

Die Gegner*innen des Roth-Entwurfs jedoch waren stärker und lauter. Natürlich trauen wir allen diesen Menschen eine intellektuelle Eigenständigkeit zu. Letztlich sind auch alle Willensbekundungen hin zum Erhalt des Paulick-Saals ziemlich starke Geschmacksfragen. Jedoch offenbart sich in der Argumentation der Gegner*innen, dass der Erhalt des Pseudorokoko, der in der Substanz ja eben nicht von Knobelsdorff stammte, sondern nach dem Krieg wieder aufgebaut worden war, die kulturpolitischen Ziele in jeder Hinsicht ausstach. Historische Kontinuität in einer Stadt so reich an Brüchen, eine Oper sei wie ein altes, liebgewonnenes Möbelstück, der Geist der Geschichte, der Denkmalschutz. Besonders laute Gegner*innen kamen neben den oben bereits genannten aus der Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus, aber mit Ex-Kultursenator Thomas Flierl auch aus der Linksfraktion. Staatssekretär Schmitz war besonders vehement, ähnlich wie der Landeskonservator Volker Haspel oder auch der Autor Prof. Dr. Friedrich Dieckmann. Auch innerhalb der Fraktion der SPD gab es ein paar etwas leisere Gegner*innen des Roth-Entwurfs, wie sich anhand der Plenardebatte[58] im Abgeordnetenhaus und in der Debatte im Kulturausschuss[59] zeigte.

Ein schönes Bonbon fanden die Gegner*innen dann in einer fast 300-seitigen Sonderausgabe der Zeitschrift „Theater der Zeit“, die von den Herausgebern Dieckmann und Flierl mal eben zur Kampfschrift umfunktioniert wurde, mit freundlicher Unterstützung von – genau – dem Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper. Zwar kommt mit Stiftungschef Rosinski auch ein ausgewiesener Befürworter des Roth-Entwurfs im Heft zu Wort, allein der Titel „Sanieren oder demolieren?“ und die eindeutig positionierte Herausgeberschaft sowie die in der Masse doch tendenziöse Schreiberei wider Klaus Roth sind bezeichnend. An Pathos mangelte es jedenfalls nicht.

So schrieb Dieckmann über Regula Lüscher:

> *„Wenn die Senatsbaudirektorin bei der ihrem Amt aufgetragenen Sanierung der von Paulick wieder aufgebauten Knobelsdorff-Oper an den Luzerner Neubau von 2000 denkt, dann*

58 Abgeordnetenhaus Berlin: *Plenarprotokoll der 33. Sitzung am 10.07.2008*, 16. Wahlperiode, S. 2962

59 Abgeordnetenhaus Berlin: *Wortprotokoll der 28. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 16.06.2008*, 16. Wahlperiode, S. 15f.

steigt ihre Berlinische Unzuständigkeit plötzlich geysirgleich aus den Tiefen ihres Amtsbewusstseins empor.“[60]

Die gewichtigsten Gegner*innen waren jedoch andere – denn wo der Privatmann Peter Dussmann gern auf der einen Seite sein Image als einfacher Bürger bemühte, etwas, das in den Aussagen im Untersuchungsausschuss auch immer wieder zum Vorschein kommt, da hatte der Privat- und Geschäftsmann Peter Dussmann sehr wohl recht enge Kontakte, unter anderem ins Bundeskanzleramt und genauso durch den Förderkreis auch zu Friede Springer. Frau Merkel ließ sich die prämierten Entwürfe, wie wir später noch einmal ausführen werden, persönlich vorlegen und die Öffentlichkeit wissen, dass sie die „Schnecke da oben“ (die Lichtinstallation in der Decke) nicht goutiere.

Es muss sehr einsam gewesen sein um den armen Regierenden Bürgermeister im Juni und Juli 2008 – ein stets um demokratische Entscheidungsprozesse bemühter Regierungspolitiker stand mitten im Schussfeld, als die Kulturelite gerade eine Apokalypse Spengler‘schen Ausmaßes herbeigerufen hatte. Da hatte der Kultursenator nun schon 200 Millionen Euro zusammen, war 30 Millionen Euro gegenüber so brav skeptisch geblieben – und dann das.

Vielleicht hing ja ein Besuch, den der Regierende Bürgermeister und der Staatssekretär Schmitz in diesen unruhigen Tagen von Dussmann und Friede Springer bekommen hatten, mit der Entscheidungsfindung irgendwie zusammen. Der einfache, ehrbare und lediglich an der Kultur der Stadt interessierte Bürger Dussmann kannte schließlich auch die ganz wichtigen Leute in der Landes- und Bundespolitik. Stephan Rosinski, dem der Bürgermeister noch kurz zuvor in einem informellen Treffen versichert haben soll, der Roth-Entwurf würde umgesetzt, wies auf dieses Treffen hin – nicht allerdings, ohne immer hinterherzuschieben, welch hoch anständiger Mann, welch doch normaler Bürger, welch Einzelmeinung unter vielen der Unternehmenschef im Opernstreit war. Auf das Treffen mit Springer und Dussmann angesprochen, konnte auch der ehemalige Regierende Bürgermeister wenig Erhellendes beitragen, denn die Erinnerung an einen so weit zurückliegenden Termin ist ja stets etwas getrübt. Doch geht es, wenn einer der mächtigsten Unternehmer der Stadt eine der mächtigsten

60 fr-online.de: *Nicht Klotzen sondern Pinseln*, Harry Nutt, 16.07.2008 und theaterderzeit.de: *Sanieren oder demolieren?* Berlins Staatsoper am Scheideweg, Friedrich Dieckmann, Heft 07/2008

Erbinnen des Landes bemüht, sowieso nur um den „Austausch von Argumenten“. Dass zeitgleich die Springer-Presse mehrfach Dussmanns Drohung, die 30 Millionen Euro zurückzuziehen, unverhohlen an die Öffentlichkeit weitergab, wird damit selbstverständlich auch nichts zu tun haben.

Interessant ist auch, dass in der oben bereits genannten Anfrage zu den Terminen der Vertreter*innen des Landes Berlin ebenjener Austausch von Argumenten nicht auftaucht. Wohlweislich schreibt Kulturstaatssekretär Renner deshalb in der Antwort auf eine Anfrage[61] auch, der Senat könne

> *„aufgrund der kurzen Frist nicht vollständig sicherstellen, dass es über die aufgeführten Kontakte hinaus weitere Kommunikation gab.“*

Er konnte das nicht sicherstellen, ist er doch so bemüht, eine zeitige Antwort zu geben, selbst wenn diese an der einen oder anderen Stelle mal eben nicht ganz vollständig sein könnte. Solche Details wie ein Treffen des Regierenden Bürgermeisters mit Friede Springer, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung zum Wettbewerbsverfahren stehen, können da auch schon einmal durch die Lappen segeln.

Auch Treffen zwischen Berliner Senatsmitgliedern (Wowereit und Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer) und dem Kulturstaatsminister Bernd Neumann fanden im Rahmen der Debatte statt.[62] Von diesen Treffen überlieferte zumindest der Spiegel, dass alle Beteiligten fest entschlossen gewesen seien, den Roth-Entwurf zu kippen und den festlichen Innenraum doch bitte zu erhalten. Auch der Bund wird als Hauptgeldgeber gern ein Wort bei der Innenraumgestaltung mitgeredet haben wollen. Wir sollten uns allerdings vor Augen halten, dass, wie oben bereits erwähnt, durchaus Querverbindungen zwischen den Akteuren auf Landesebene und dem Bund bestanden und bestehen. Staatsopernfreundin Merkel mochte wie gesagt die Schnecke nicht und Peter Dussmann hatte schon 2005 entsprechende Kontakte zur späteren Kanzlerin Angela Merkel gepflegt,[63] um die Staatsopern-

61 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LX – Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17278)

62 fr-online.de: *Wowereit will am Zeitplan festhalten*, 01.09.2008

63 bz-berlin.de: *Dussmann will 30 Mio. für die Staatsoper sammeln*, 01.07.2005

sanierung überhaupt in Gang zu bringen. Wir haben es hier also prinzipiell mit einer Gleichung mit mehreren Unbekannten zu tun. Auf der rechten Seite wissen wir nur, dass der Senat unter Führung von Wowereit eine Entscheidung getroffen und diese immer gern als Abwägungsfrage dargestellt hat. Welche Unbekannten auf der linken Seite dieser Gleichung eine Rolle spielten bzw. wie gewichtig diese Unbekannten waren, lässt sich leider nicht mit letzter Sicherheit auflösen. Allerdings wird die Größe dieser berühmten Unbekannten (Merkel, Springer, Dussmann, halbe Kulturlandschaft der Stadt) auch ohne wirklich triftige Argumentation einen Einfluss auf die Lösung gehabt haben. Brechen wir es mathematisch herunter, können wir sagen, dass eine unglückliche Korrelation nicht das Gleiche ist wie Kausalität, dass wir eine Kausalität zwischen dem Einsatz der Staatsopernfreunde und der Entscheidung des Bürgermeisters jedoch als durchaus wahrscheinlich betrachten sollten.

Und dann erging am 15. Juli 2008[64] der berüchtigte Senatsbeschluss, der alle kulturpolitisch vertretbaren Errungenschaften des Roth-Entwurfs über Bord warf, dem Freundeskreis und seinen zahlreichen Unterstützer*innen in Land und Bund nachgab und letztendlich zum Planungschaos führte, das heute neben dem Bestand und den Hindernissen im Untergrund so gern als Kostensteigerungsgrund angeführt wird. Man hob den Wettbewerb kurzerhand auf – geschickt getimt kurz vor der Sommerpause, auf dass eine parlamentarische Befassung erst im September möglich werden sollte. Fakt ist auf der einen Seite nur, dass es eine unglückliche Gleichzeitigkeit gab zwischen dem Einsatz des Freundeskreises unter Führung von Dussmann, dem Agieren des Bundes und der Entscheidungsfindung des Senats. Es ist schwer zu glauben, dass Wowereit, wie er es gern glauben machen will, eine einsame Abwägungsentscheidung getroffen hat.

Die Befassung des Kulturausschusses mit dem aufgehobenen Wettbewerb am 1. September 2008[65] ließ dann auch gleich den Zynismus des Regierenden Bürgermeisters in hellstem Glanz erstrahlen. Nachdem Klaus Wowereit durch Senatsbeschluss den Wettbewerb aufgehoben hatte (und sogleich von zwei der acht Projektbeteiligten Rügen hinsichtlich des Verfahrens provoziert hatte), somit also verant-

---

64 spiegel.de: Berliner Staatsoper: *Saalschlacht endet unentschieden*, 15.07.2008

65 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 30. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 01.09.2008*, 16. Wahlperiode, S. 10

wortlich zeichnet dafür, dass jetzt zehn Monate Planungsvorlauf wegen der Innenraumgestaltung über Bord geworfen worden waren, hielt er im Kulturausschuss allen Ernstes eine Rede, in der er die Bedenken der Bauplanung zynisch in Abrede stellte. Wir müssen uns dabei vor Augen halten, dass das Aufheben des Wettbewerbsverfahrens ja unter Beibehaltung der Terminplanung und der Kosten stattfand. Waghalsig wäre hier euphemistisch und selbst halsbrecherisch trifft den Kern der Sache nur halb. Denn das würde ja insinuieren, hier habe jemand einfach nur fahrlässig gehandelt, habe aus zwei schwierigen Entscheidungen unter Abwägung eben eine schwierige getroffen. Das passt beim Machtmenschen Wowereit allerdings nicht ins Profil, selbst wenn er uns in späteren Aussagen anderes glauben zu machen trachtete. Im Kulturausschuss ließ Wowereit die Bemerkung fallen, es müsse ja wohl nicht die letzte Putte durchgeplant sein, bevor der Bau beginne.

Das Chaos, das die einsame Entscheidung angerichtet hat, trifft in seiner Beschreibung auch nicht ansatzweise den Sachverhalt, den der damalige Regierende so geschickt und griffig formulierte. In dem Wissen (das Wowereit sicherlich auch damals hatte), dass die finalen Planungen bei Baubeginn sowieso nur zu 80 Prozent abgeschlossen sein müssen, wären Putten im Innenraum mit großer Sicherheit bei den 20 Prozent zu verorten gewesen – und hätten aufgrund ihrer Planung auch keinen großen Furor ausgelöst. Sie wären ohnehin rein bauablauftechnisch am Schluss erst dran. Die anderen 80 Prozent allerdings waren es, deren Planung durch die Aufhebung des Wettbewerbs so stark zusammengestaucht worden waren – ob Bestandsuntersuchung, Tragwerksplanung oder Baugrundhindernisse. Der Trick der Bauverwaltung war ja, mehrere sogenannte Leistungsphasen dann nicht mehr sukzessive abzuarbeiten, sondern überlappen zu lassen. Das, was heute als bequeme Ausrede verwendet wird („Wir konnten damals nicht richtig begutachten und planen, darum haben wir so viele Dinge nicht vorhersehen können und jetzt ist alles plötzlich so teuer.“), war damals durch eine bewusste Entscheidung verursacht worden.

Wären damals zwei Jahre für die Vorplanungen aufgewendet worden, die auch so schon recht knapp bemessen sind, dann wären viele der heute als unvorhergesehen deklarierten Hindernisse vielleicht im Vorfeld schon absehbar geworden. Schlimmer ist fast noch, dass im Sinne des verengten Planungsvorlaufs Entscheidungen getroffen wur-

den, die die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Planungen, der Entscheidungen und des Bauablaufs heute erschweren. Vielleicht war es ja auch Sinn der Sache. Aber die Aufteilung der Bauplanungsunterlagen in ursprünglich acht, jetzt vier Teile, erschwert zum Beispiel in den heutigen Untersuchungen nachzuvollziehen, welche kulturpolitischen Entscheidungen welche Kostenfaktoren nach sich zogen.

Bis zum Baubeginn wurden ja diverse Umplanungen vorgenommen, wie die Aufnahme des erweiterten Unterirdischen Bauwerks (ohne Wirtschaftlichkeitsberechnungen), die Anhebung der Decke des Innenraums oder die nachträgliche Aufnahme der in einer Sparrunde herausgefallenen Untertitelungsanlage.[66] Der Senat kann immer ganz hervorragend verkaufen, dass er nicht hätte absehen können, dass diese kleinen Umplanungen dann doch so teuer werden würden. Dass so ein Unterirdisches Bauwerk[67] im Berliner Untergrund, einst geplant für 19 Millionen Euro, inzwischen also 37 Millionen kostet – das war ja nun wirklich nicht vorhersehbar, selbst wenn wir alle Warnungen in den Wind geschlagen haben.[68] Es war ja eben kaum Zeit da, es war so viel Druck von Oper und „Öffentlichkeit", Bauzeit und Baukosten einzuhalten, da kann schon einmal alles das schiefgehen, wovor diverse Stellen immer wieder gewarnt hatten.

Jetzt ist es schwierig, den Freunden der Staatsoper direkt nachzuweisen, dass sie für das Planungschaos verantwortlich waren. Darum soll es hier aber auch gar nicht gehen, da es ohnehin nicht gerade die Stärke des Freundeskreises scheint, Verantwortung zu übernehmen, es sei denn es geht um das Organisieren von Galadiners oder Auftritten von Anna Netrebko, in deren Glanz sich auch Reiche und Mächtige gern zu sonnen scheinen. Auch der Politik ist Verantwortung praktisch nicht nachweisbar, wie die befragten Zeug*innen immer wieder eindrucksvoll unter Beweis stellen. Wir können allerdings konstatieren, dass es eine ungemütliche Gleichzeitigkeit gibt von massivem Auftritt des Freundeskreises in Öffentlichkeit und Politik, dass es Treffen gab zwischen dem Freundeskreis und den Berliner und bundesseitig Ver-

66 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (2067 E), 16. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper* (Titel 70108), Vorlage vom 02.11.2010

67 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LVII – Unterirdisches Bauwerk ohne Planungsgrundlage?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 16.07.2015 (Drs. 17/16686)

68 musik-heute.de: *Staatsoper Berlin: Tunnel-Wirtschaftlichkeit nicht geprüft*, 27.11.2015 und Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LXI – Theaterferien vorbei! Nachfrage zu ein paar Parametern zur Wirtschaftlichkeit des Unterirdischen Bauwerks aus Drs. 17/16686.* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17279)

antwortlichen und dass eine legislativ nicht nachvollziehbare Exekutiventscheidung getroffen wurde, den Wettbewerb aufzuheben und sämtliche bereits erfolgte Planung und Vorlaufzeit fahrlässig über Bord zu werfen.

Ein kleiner Exkurs zur Untertitelungsanlage

Symptomatisch für das Engagement des Freundeskreises ist daneben auch die Untertitelungsanlage, deren Planung, Einpassung und Umsetzung großzügig von den Freunden der Staatsoper finanziert wird – nämlich mit 600.000 Euro. Wobei so richtig stimmt das vielleicht auch nicht mehr, hat doch der Freundeskreis seine Spende zweckgebunden gemacht. Sie darf also nur für die Untertitelungsanlage aufgewendet werden, wie es auch in der Vereinbarung zwischen dem Land und dem Freundeskreis festgehalten ist.

Es entbehrt schon nicht der Ironie, selbst wenn die Untertitelungsanlage nur einen recht kleinen Teil der immensen Kosten ausmacht, wie der Freundeskreis es auch hier geschafft hat, zumindest im Kontext des Planungschaos aufzutauchen, ohne sich jemals die Hände wirklich schmutzig gemacht zu haben.

Wir wissen aus einem sehr ausführlichen Schriftwechsel zwischen dem damaligen Staatssekretär Schmitz und dem damaligen Vereinsvorsitzenden von Heydebreck aus dem Spätsommer und Herbst 2010, dass die Untertitelungsanlage in den Sparrunden herausgefallen war. Nachdem von Heydebreck allerdings schon die 30 Millionen Euro Spenden„zusage“ zurück hatte nehmen müssen, wollte der Verein wenigstens noch Gutes tun, indem er zum einen den Apollosaal mit drei Millionen Euro bezuschusste[69] und dazu dem klammen Senat zum anderen anbot, auch noch die Untertitelungsanlage mit 600.000 Euro zu bezuschussen. Wir wissen aus den Befragungen im Untersuchungsausschuss sowie aus zwei inzwischen beantworteten Anfragen,[70] dass diese 600.000 Euro schon damals nur einen Teil der Kosten der Unter-

---

69 ifg.piratenfraktion-berlin.de: Schwerpunkt – Staatsoper – Falsche Freunde 2 – Dokument 2015-03-25_Vereinbarungen_Freunde, *Brief des Staatssekretärs für Kulturelle Angelegenheiten vom 23.03.2015 als Antwort auf eine IFG-Anfrage zu den Vereinbarungen Berlins mit dem Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden*, S. 7f.

70 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LXII: Nachfragen zur Untertitelungsanlage.* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2016 (Drs. 17/17756) Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LXIII: Wieder 600.000 Euro weniger? Was passiert mit der großzügigen Spende der Freunde der Staatsoper, wenn die Untertitelungsanlage nicht umgesetzt wird?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2016 (Drs. 17/17757)

titelungsanlage gedeckt hätten – immerhin lagen die bereits bei 1,2 Millionen Euro. Damals gab es direkt großes Bohei, man plante dann, wenigstens erst einmal die Vorrichtungen für eine derartige Anlage vorzubereiten – sprich: Kabel legen, entsprechend angepasste Sitze planen etc.

Nun begab es sich allerdings in den fast vier Jahren zwischen Spendenzusage des Freundeskreises im Herbst 2010 und Unterschrift unter die fertige Vereinbarung im Sommer 2014,[71] dass der Senat lieber wieder windige Finanzierungsmöglichkeiten eruieren wollte, als den öffentlichen Kostenrahmen in die Höhe schnellen zu lassen. Deshalb setzte man bei der Finanzierung der restlichen 624.000 Euro auf eine Finanzierung „durch Dritte" und wollte auch die zusätzlichen Kosten partout nicht in den Kostenrahmen mit aufnehmen. Wobei das auch wieder nur teilweise stimmt, da wir in den Vorlagen des Senats[72] lesen dürfen, dass die Vorrichtung der Untertitelungsanlage mit 500.000 Euro Kostenerhöhungen berechnet wurde. Laut Anfrage[73] waren die Displays für die Untertitelungsanlage dann auch im abermals erhöhten Kostenrahmen vom Dezember 2014 enthalten.[74]

Das ist durchaus interessant. So ist in den offiziell verlautbarten, ja bis Baubeginn erst einmal fiktiven, Sparrunden, die im Rahmen der Erstellung von Vorplanungs- und Bauplanungsunterlagen vorgenommen worden waren, nirgendwo die Rede davon, dass die Untertitelungsanlage herausgefallen sei. Zumindest waren derlei Überlegungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Es scheint, als sei die Untertitelungsanlage also eigentlich eine spätere Bedarfsanmeldung gewesen, die nicht durch den ursprünglichen Kostenrahmen von 239 Millionen Euro gedeckt war und deren Aufnahme in die Planung vor allem den Bemühungen der Freunde der Staatsoper geschuldet war.

Auch taktisch ist es interessant, erst einmal so eine avisierte Spendensumme in den Raum zu stellen – im Wissen darum, dass andere Finanzierungsquellen für die Anlage ja nur aus den Unterhaltsmitteln der Oper selbst (bzw. der Stiftung Oper in Berlin), direkt dem staat-

71 Ebd.

72 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0235 D), 17. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 03.05.2013, S. 4

73 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal XXI: Nachfolgende Anpassungen des Bedarfsprogramms.* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Baum (PIRATEN) vom 05.02.2015 (Drs. 17/15465)

74 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0235 G), 17. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper (Titel 70108)*, Vorlage vom 18.05.2015, S. 12

lichen Säckel oder eben Spendengeldern kommen konnten. Die ach so redlichen Bemühungen, das Geld einwerben zu können, waren von Beginn an stark eingeschränkt – selbst wenn Staatssekretär Schmitz vielleicht etwas anderes glauben machen wollte. Taktisch also bedeutet jede Sparrunde, dass die Veranschlagung der Kosten ohnehin nur verschoben wird, nicht aber aufgehoben. Dazu passt auch, dass viele ursprünglich eingesparte Teile an Bühnen- und Medientechnik „modular" vorgerichtet werden,[75] wie auch die Untertitelungsanlage. Allerdings gibt uns der Senat zu verstehen, dass die Untertitelungsanlage seit Mai 2015 nachrichtlich nicht mehr realisiert werde und dass auch keine spätere Nachrüstung geplant sei.[76]

Eine nicht völlig fiktive Finanzierung durch Dritte hätte dann ja auch bedeutet, dass sich der Staatssekretär sichtbar hätte bemühen müssen, Dritte zum Zahlen zu bewegen. Die Frage wäre in dem Zusammenhang schließlich auch, welche „Dritten" dies denn sein sollten. Immerhin war und ist ja der Platz des selbstlosen Mäzenatentums schon durch die Freunde der Staatsoper besetzt. Es wäre schon interessant zu sehen, welche Dritten es denn gewagt hätten, beispielsweise durch eine Großspende von 625.000 Euro am Freundeskreis vorbei, so eine Summe beizusteuern. In der Welt des Mäzenatentums wäre das sicherlich einem Affront gleichgekommen. Aber nun gut, wir müssen erst einmal annehmen, dass alle Beteiligten selbstverständlich ganz redlich davon ausgingen, sie bekämen die restliche Spendensumme noch woanders zusammen.

Die Untertitelungsanlage selbst ist auch im kulturpolitischen Kontext wieder so ein leicht elitäres Projekt – denn im Gegensatz zur Übertitelung, die über der Bühne angebracht ist, wäre eine Untertitelung in jedem einzelnen Sitz in den Lehnen des Vordersitzes bzw. in die Balustraden der Ränge oder an den Begrenzungen zum Orchestergraben eingepasst. Es geht hier also eher weniger um eine Notwendigkeit als mehr um einen gewissen Luxus – in so einem festlichen Umfeld wie der Staatsoper kann man sich das schon einmal gönnen, man sparte ja auch an anderen Stellen eher halbherzig. Und da dieser Luxus ja immerhin von den Freunden teilfinanziert worden war, ließ er sich ganz

75 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal XXXIX – Einsparungen bei der Bühnentechnik?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 25.03.2015 (Drs. 17/15871)

76 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LXII: Nachfragen zur Untertitelungsanlage.* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2016 (Drs. 17/17756)

legitim auch in der Diskussion halten – freilich ohne jemals komplett ausfinanziert zu werden. Das sollte dann bitte schön wieder der Staat richten. Natürlich soll aber das Land immer verpflichtet werden, auf das großzügige Engagement des Freundeskreises hinzuweisen – solch ein Passus darf nie fehlen.

Leider gestaltete sich das mit der Untertitelungsanlage im Bauverlauf jedoch schwieriger und teurer als ursprünglich gedacht. Bis zum Mai 2015 war über den Freundeskreis hinaus keine weitere Finanzierung aufgetrieben worden. Die Kosten für die Anlage aber waren inzwischen auf 2,1 Millionen Euro angestiegen. Wie viel Luxus in dieser Anlage steckte, zeigt sich auch in den zwischenzeitlichen Überlegungen, diese Anlage nur im Parkett einzubauen – also auf den „besseren" Plätzen. Für die ebenfalls guten Logenplätze hatte man noch keine Lösung gefunden, man wollte dort eben auch die Untertitelungsanlage weglassen, einfach weil die Logenplätze in der hintereinander folgenden Höhe so angelegt sind, dass die Sichtbeziehungen zum Vordersitz (und gleichzeitig zur Bühne) ungünstig sind und der Einbau einer Untertitelungsanlage sich kaum gelohnt hätte. Sprich: Eine Übertitelung wäre von Anfang an praktikabler und günstiger gewesen, alles andere ist unnötiger und kostentreibender Luxus.

Immerhin waren auch bereits 250.000 Euro Planungskosten fällig geworden. Und so musste eine schwere Entscheidung her. Mit dem Mut der Verzweiflung entschied man also auf Drängen der Senatsbaudirektorin Lüscher, die Untertitelungsanlage nicht weiterzuverfolgen. Da die Finanzierung nicht gesichert war und auch der Freundeskreis nicht bereit schien, überhaupt noch mehr beizusteuern, wurde das Projekt fallen gelassen.

Interessantes Detail: Die Untertitelungsanlage wurde im Mai 2015 aus der Planung herausgenommen, kurz bevor der Freundeskreis am 31. Mai 2015 die erste Zahlung hätte leisten sollen. Es steht zu vermuten, dass eine spätere Rückzahlung der Summe wesentlich peinlicher für beide Seiten geworden wäre, als wieder einmal etwas ganz bequem unter den Tisch fallen zu lassen.[77] Die 600.000 Euro werden wohl nicht mehr zusammenkommen und somit reduziert sich das selbstlose bürgerschaftliche Engagement von 4,1 Millionen Euro

77 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LXIII: Wieder 600.000 Euro weniger? Was passiert mit der großzügigen Spende der Freunde der Staatsoper, wenn die Untertitelungsanlage nicht umgesetzt wird?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2016 (Drs. 17/17757)

auf nur noch 3,5. Immerhin scheint der Freundeskreis wenigstens informiert worden zu sein darüber, dass „sein" Projekt nun nicht mehr realisiert würde – am 22. Mai 2015 gab es laut Anfrage[78] ein Treffen zwischen der Senatsbaudirektorin Lüscher und diversen Mitgliedern des Freundeskreises zum Baufortschritt. Auch hier allerdings unterlassen es beide Seiten wieder einmal, die Öffentlichkeit adäquat darüber zu informieren, dass das staatliche Säckel durch das großzügige Mäzenatentum nun doch nicht so deutlich entlastet werden würde, wie es einmal vorgesehen und in den Raum gestellt worden war.

Es ist in diesem Zusammenhang zu fragen, ob der Freundeskreis denn angesichts der drohenden Schmach die 600.000 Euro auch anders einzusetzen bereit gewesen wäre. Auch wäre zu fragen, was der Senat, was das Land Berlin in diesem Zusammenhang schon veranlasst hat. Da müssten doch alle Drähte heiß laufen – dem Freundeskreis sollte es ein Anliegen sein, das großzügige Mäzenatentum so flexibel zu handhaben, dass die 600.000 Euro auch andere Verwendung finden könnten. Ansonsten könnte man ja auf die Idee kommen, dass die Untertitelungsanlage und ihre Finanzierung wieder nur eine bequeme Möhre war, die dem Esel vor die Schnauze gehalten wurde, damit er sich in die gewünschte Richtung bewegt.

Im Gegensatz zur Innenraumgestaltung, die viele angebliche Eltern („Abwägungsfrage") haben soll, haben wir es hier mit einem etwas deutlicher liegenden Fall zu tun. Immerhin wäre ja die Untertitelungsanlage nur auf Betreiben des Freundeskreises überhaupt realisiert worden – denn ihre Finanzierung war ja aus dem Haushaltstitel Sanierung Staatsoper herausgefallen (auch wenn das die Öffentlichkeit nicht erfahren sollte). Dieses Engagement des Freundeskreises war dann dafür verantwortlich, dass die Untertitelungsanlage überhaupt wieder in die Planungen aufgenommen worden ist – immerhin ja auch wirklich ein relativ klarer Fall von unnötigem Luxus. Wären jetzt also wirklich 2,1 Millionen Euro Kosten entstanden und wäre der Landeshaushalt mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro belastet worden und nicht nur mit zusätzlichen 600.000 Euro – man hätte es wenigstens direkt zurückführen können auf den Freundeskreis. So wie es jetzt aussieht, hält sich der Schaden dagegen in Grenzen. Die 600.000 Euro wur-

78 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal LX – Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 27.10.2015 (Drs. 17/17278)

den nun eben nicht bezahlt und so bleibt der Landeshaushalt nur auf den 250.000 Euro Planungskosten sitzen, die für die Vorrichtung der Untertitelung bereits entstanden sind. Immerhin gibt es seit Mai 2015 aber „intensive Bemühungen", die Freunde der Staatsoper wenigstens für eine Übertitelungsanlage zu gewinnen. Nun also doch. [79]

Auch lässt sich fragen, wieso der Freundeskreis sein Engagement angesichts der immer weiter steigenden Kosten nicht einfach verstärkt hat. Immerhin wären dem Staat ja für den Luxus 1,5 Millionen Euro zusätzliche Kosten entstanden – als direkte Folge des Engagements und der Wünsche des Freundeskreises. Ein eigenständiges Bemühen des Freundeskreises, angesichts der hohen Kosten der Untertitelungsanlage zum Beispiel von der Zweckbindung der Mittel, wie sie in der Vereinbarung vorgesehen war, abzusehen, wurde vom Senat verneint. [80] Auch das ist interessant, denn es stellt sich schon die Frage, welche Qualität der Austausch zwischen Kulturverwaltung und Freundeskreis so hatte. Spätestens 2013, als die ersten Kostenerhöhungen für die Anlage bekannt wurden, hätte sich die Kulturverwaltung doch wenigstens schon einmal präventiv um eine andere Spendenmöglichkeit für die Freunde bemühen können – die Bestuhlung, Putten, Wandbehänge. Möglichkeiten hätte es genug gegeben. Der Freundeskreis hätte auch ein anderes Angebot machen können, angesichts der Kostensteigerungen. Immerhin war die Anlage ein Wunschprojekt des Freundeskreises und entstand nun eine Finanzierungslücke. Dass noch 2014 – trotz weiter bestehender Finanzierungslücke – eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, zweckgebunden für die Untertitelungsanlage, spricht hingegen Bände.

---

79 Staatsopernskandal LXIII: *Wieder 600.000 Euro weniger? Was passiert mit der großzügigen Spende der Freunde der Staatsoper, wenn die Untertitelungsanlage nicht umgesetzt wird?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 15.01.2016 (Drs. 17/17757)

80 Ebd.

Kurzfazit

- Im Mai 2008 wurde mit dem Architekten Klaus Roth ein Sieger in einem Wettbewerbsverfahren ausgelobt, das die Gestaltung des Zuschauersaals zur Aufgabe gemacht hatte, um einen Generalplaner zu gewinnen. Roth entwarf einen komplett neuen Zuschauerraum, der nicht mehr viel mit dem alten Paulick-Saal gemein hatte.
- Im Streit um die Gestaltung des Zuschauersaals zwischen Mai und Juli 2008 nahm der Freundeskreis unter Führung Peter Dussmanns eine klare Position im Sinne der Erhaltung des Paulick-Saals ein.
- Es gelang den Freunden des Paulick-Saals, eine breite Koalition von Befürworter*innen des Erhalts in ihrem Sinne zu mobilisieren.
- Dussmann drohte mit dem Zurückziehen der Spendenzusage von 30 Millionen Euro, sollte der Zuschauerraum nicht in seinem Sinne erhalten werden.
- Im Juli 2008 entschied der Senat sich im Sinne der Paulick-Befürworter*innen und brach das Wettbewerbsverfahren ab – was einen Zeitverlust von ca. zehn Monaten bedeutete – allerdings unter Beibehaltung von Zeit- und Kostenrahmen.
- Die Verkürzung der Vorlaufzeit und der Druck, der auf die Verwaltungen aufgebaut wurde, stehen im Zusammenhang mit vielen heute als unvorhersehbar benannten Bauhindernissen, die den Kostenrahmen auf inzwischen 400 Millionen Euro haben schnellen und die Bauzeit auf sieben Jahre haben wachsen lassen.
- Die Entscheidung, den Wettbewerb abzubrechen, traf Wowereit gemeinsam mit dem Senat. Die Genese dieser Entscheidung erschließt sich mangels Dokumentation jedoch nicht. Festzustellen ist nur eine unglückliche Gleichzeitigkeit des Wirkens des Freundeskreises und der Entscheidung des Senats.

- Auch bei der Untertitelungsanlage lässt sich eine eher unglückliche Zusammenarbeit zwischen dem Freundeskreis und dem Land Berlin konstatieren. Da diese Untertitelungsanlage, trotz der inzwischen ausgegebenen 250.000 Euro Planungskosten, nicht zustande kommt, ist die Spendensumme des Freundeskreises von 600.000 Euro auch weg, da sie zweckgebunden ist.
- Somit liegt die Spendensumme des Freundeskreises bei insgesamt 3,5 Millionen Euro.

„Es gab nie eine bindende Zusage.“

Dr. Tessen von Heydebreck, ehemaliger Vereinsvorsitzender,
zur Frage nach den 30 Millionen Euro



„Vorsichtshalber nicht etatisiert“ – Landespolitik spielt nach außen doppeltes Spiel mit der Spendensumme

Die Antwort auf eine Anfrage[81] hat uns bei der Durchsicht mehrfach aufhorchen lassen: So antwortete Kulturstaatssekretär Tim Renner im Namen seiner Arbeitgeber allen Ernstes, man habe im Vorfeld des Baubeginns die Spendensumme von 30 Millionen Euro „vorsichtshalber“ nicht etatisiert. Auch sah man sich, nachdem intern deutlich geworden war, dass die 30 Millionen Euro nicht zusammenkommen würden, nicht veranlasst, dies der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wo das öffentliche Lob über das beispielhafte bürgerschaftliche Engagement „einfacher Bürger“ trotz der im Vergleich zur ursprünglich kolportierten Absicht um 87 Prozent geschrumpften Spendensumme kaum abreißen wollte, traute man sich also nach Jahren der vergeblichen Versuche nicht, wenigstens vorsichtige Kritik anzubringen. Gleichzeitig habe sich der Regierende Bürgermeister Wowereit immer skeptisch gezeigt. Natürlich hat er das. Nur seine Verwaltungen, Senator*innen und Staatssekretär*innen teilten offenbar diese Skepsis des Herrn Wowereit nicht.

Nun, mag da die Leserin einwenden, wir hatten aber 2011 einen Regierungswechsel, rot-rot wurde von rot-schwarz abgelöst – auch die Oppositionsrolle vermochte bei der CDU damals nicht die gesunde Skepsis gegenüber solchen Zusagen zu erzeugen. Dass heute der Senat solcherlei Antworten auf schriftliche Anfragen geben kann, ist selbstverständlich auch dem Fakt geschuldet, dass sich die CDU weder auf politischer Ebene für einen adäquaten Umgang mit solchen Zusagen eingesetzt hat noch auf informeller Ebene eine gesunde Distanz zu derlei Honoratior*innen wahrt.

Deshalb sei hier einmal aufgeführt, an welchen Stellen die Landespolitik die „vorsichtshalber nicht etatisierte“ Spendensumme immer wieder wie eine Möhre an der Angel vor den Esel hielt. Als Beweis dafür, dass hier Strippen gezogen wurden, kann dies selbstverständlich nicht dienen – wohl aber macht es deutlich, wie verführbar

81 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal XXVII – 30 Millionen Euro von den Freunden und Förderern der Staatsoper – von Anfang an ein Luftschloss?* Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Andreas Baum (PIRATEN) vom 26.02.2015 (Drs. 17/15625)

die Landespolitik solchen Angeboten gegenüber war. Hinterfragt wurde wenig, dafür wurde eher applaudiert.

Den Auftakt machte der Antrag der CDU [82] vom 15. November 2006. Der Antrag fordert den Senat auf, angesichts der im Sommer desselben Jahres seitens des Bundes eingestellten Verpflichtungsermächtigungen für die Sanierung, selbst aktiv zu werden, und Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt einzustellen. In der Begründung zum Antrag heißt es:

> *„Unter dem Aspekt von Qualitätssicherung nationaler Repräsentation und Zukunft hat der Freundeskreis der Staatsoper, unter dem Vorsitz von Peter Dussmann, beschlossen, sich an der Sanierung mit 30 Millionen Euro zu beteiligen."*

Weiter wird auf die nationale Verantwortung der Bundesregierung bei der Einstellung der 50 Millionen Euro in den Bundeshaushalt verwiesen und werden die Staatsopernfreunde als „solidarische Bürger" gepriesen – selbstverständlich waren es damals nur Wowereit und rot-rot, die sich um die Verantwortung drückten.

Am 8. Januar 2007 war der damalige Intendant der Staatsoper – der damit automatisch Mitglied des Freundeskreises war – Peter Mussbach im Kulturausschuss zu Gast, um zum Fortschritt bei der Sanierung der Oper zu berichten. [83] Er verwies darauf, dass die Freunde und Förderer sich im Rahmen einer Mitgliederversammlung im Frühjahr 2006 zu den 30 Millionen Euro bekannt hätten und Herr Dussmann „gewissermaßen" eine persönliche Haftung über den Betrag übernommen habe. Deshalb seien die 30 Millionen Euro „Fakt". Ohne die 30 Millionen Euro wäre auch keine Zusage vom Bund erfolgt. Nun müsse die öffentliche Hand alles tun, um diese Aktivitäten nicht zu desavouieren. Auch hätten die Freunde und Förderer sich bereit erklärt, bis 2008 etwa insgesamt 1,7 Millionen Euro für die Planungen vorzufinanzieren. 500.000 Euro für das Raumbedarfsprogramm und die Substanzanalyse waren da bereits festgesetzt als fixe Summe, die durch den Freundeskreis finanziert wurde. Allerdings trieb Mussbach auch die Sorge um, dass der Freundeskreis das Geld umsonst ausgeben würde, wenn kei-

---

82 Abgeordnetenhaus Berlin: *Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowereit-Senat nicht länger kneifen*, Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2006 (Drs. 16/0057)

83 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 3. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 08.01.2007*, 16. Wahlperiode, S. 3ff.

ne politische Einigung und keine vernünftige Lösung zustande kämen. Die Grünen fragten damals bereits, ob die Bereitstellung von 30 Millionen „realistisch“ sei – woraufhin Mussbach antwortete, der Betrag sei sicher, da Herr Dussmann eine persönliche Haftung dafür übernommen habe. Des Weiteren verwiesen sie darauf, dass das private Engagement nur dann rechtsverbindlich eingefordert werden könne, wenn das Land Berlin sich überhaupt erst dazu bekenne, die Sanierung zu übernehmen. Grundsätzlich waren die Grünen jedoch, unabhängig von der Höhe des Berliner Engagements, für eine entsprechende feste Zusage des Landes zur Übernahme der Kosten der Sanierung.

Klaus Wowereit nannte das Ziel der Privaten „ambitioniert“, zeigte Herrn Dussmann gegenüber allerdings Dankbarkeit für die Erklärung, die Summe persönlich einwerben zu wollen. Die angebliche persönliche Haftung nahm er dementsprechend erst einmal zur Kenntnis, wobei zu prüfen sei, wie man dies substanziieren könne, da Berlin beim Sponsoring ein schwieriges Pflaster sei und da gleichzeitig auch das Humboldt-Forum mit 80 Millionen Euro Spendengeldern finanziert werden müsse. Man müsse eine nachprüfbare Grundlage nach Vorlage eines Finanzierungskonzepts schaffen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die Summe sei nicht belastbar gewesen. Wowereit stellte jedoch grundsätzlich das Engagement nicht in Zweifel und verwies auf bereits erbrachte Vorleistungen. Insbesondere die FDP verwies damals etwas verschnupft darauf, dass der Regierende ein solches Engagement nicht infrage zu stellen habe, zumal es sich nicht um einen ominösen Spender aus Großbritannien handele. Auch die CDU im Ausschuss verwies darauf, dass die Zweifel des Regierenden negative Auswirkungen auf die Spendenbereitschaft hätten.

Im Antrag der FDP[84] vom 2. Mai 2007 heißt es, ebenfalls in der Begründung, die – damals noch gültigen – Gesamtkosten von 130 Millionen Euro übernähmen zu je 50 Millionen das Land Berlin und der Bund und die restlichen 30 Millionen kämen vom Freundeskreis der Staatsoper. Auch in der Kulturausschusssitzung am 14. Mai 2007 stellte Wowereit die Summe 30 Millionen Euro einmal mehr in den Raum, qualifizierte diese allerdings dahingehend, dass es eine riesige Leistung sei, wenn diese tatsächlich zur Verfügung gestellt werden würde.[85]

---

84 Abgeordnetenhaus Berlin: *Verkaufserlös der GSG sinnvoll investieren (II): Die Staatsoper wieder spielfähig machen*. Antrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2007 (Drs. 16/0496)

85 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 10. Sitzung des Ausschusses*

Interessant sind die Senatsvorlagen als Antwort auf die Berichtsaufträge des Hauptausschusses zu den Beratungen des Doppelhaushalts 2008/2009. Auf Antrag der Grünen sollte damals, als bereits die Summe von 239 Millionen Euro für die Sanierung im Raum stand (das Bedarfsprogramm war inzwischen geprüft, die politischen Vorgaben hinsichtlich Bauzeit und Baukosten standen also), berichtet werden, wie die verbindliche Kostenteilung für die Sanierung aussehen würde – angelegt als Vorgang.[86] Am 31. Oktober 2007 antwortete darauf der damalige Kulturstaatssekretär Schmitz, dass ein Ergebnis der Gesamtfinanzierungssicherung noch nicht vorgelegt werden könne und die Verhandlungen mit dem Bund noch nicht abgeschlossen seien. Das war wahrheitsgemäß, da die entsprechenden Verhandlungen erst am 30. November 2007 abgeschlossen werden konnten.

Am 13. November 2007 antwortete der Senat im Rahmen der Haushaltsberatungen endlich etwas konkreter, setzte die Gesamtkosten für die Maßnahme offiziell auf 239 Millionen Euro fest,[87] lieferte allerdings keine Angaben zur Finanzierung, obwohl doch der Bund offiziell 200 Millionen Euro bereitgestellt hatte. Im Haushalt veranschlagt wurde die Maßnahme jedoch damals auch noch nicht, dies sollte noch im Rahmen einer späteren Ergänzung folgen. Die Spendensumme von 30 Millionen Euro fand in den Berichten keine weitere Erwähnung, ebenso wenig gab es Aussagen der Landespolitik dahingehend, welche Versuche zur Einwerbung in dem Zeitraum unternommen wurden.

Am 16. Juni 2008[88] folgte im Anschluss an das erste Wettbewerbsverfahren, in dem der Entwurf des Architekten Klaus Roth als Siegerentwurf ausgelobt worden war, eine Kulturausschusssitzung, in der die Innenraumgestaltung des Paulick-Saals einen sehr großen Raum einnahm. Streitpunkt war – das ist bekannt – inwieweit der Innenraum neu gestaltet werden dürfte, da sich Dussmann und seine Staatsopernfreunde vehement für eine exakt denkmalgerechte Sanierung des Innenraums ausgesprochen hatten und über Bande versuchten, massiven Druck in der Öffentlichkeit aufzubauen. Auf eine Frage

---

für Kulturelle Angelegenheiten am 14.05.2007, 16. Wahlperiode, S. 3

86 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0541), 16. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper* (Titel 33121 in Verbindung mit Titel 70108), Vorlage vom 20.09.2007

87 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (0541 C), 16. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper* (Titel 70108), Vorlage vom 13.11.2007

88 Abgeordnetenhaus Berlin: *Wortprotokoll der 28. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 16.06.2008*, 16. Wahlperiode

der Grünen hin äußerte sich der Kulturstaatssekretär André Schmitz zu der immer noch im Raum stehenden Spendensumme. Er habe in der betreffenden Sitzung zum ersten Mal davon gehört, dass es eine Vereinbarung zwischen seiner Vorgängerin Barbara Kisseler und dem Vereinsvorsitzenden Peter Dussmann gegeben habe. So habe sich der Verein frühzeitig gegen den Siegerentwurf positioniert, sollte sich aber die Politik nicht das entscheidende Argument an dieser Stelle holen. So bezeichnete Kulturstaatssekretär Schmitz den Vereinsvorsitzenden als ehrenwert und die Bemühungen um die Spendensumme als großartig.

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, damals gerade frisch im Amt, war entsprechend auch vorsichtig bei ihrer Aussage am 2. Juli 2008[89] im Bauausschuss, der sich erstmals mit dem Sanierungsvorhaben befasste. Auf eine Frage aus der CDU antwortete sie zur Finanzierungsfrage, dass 200 Millionen Euro vom Bund kämen und 30 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Der Verein der Freunde der Staatsoper wolle zusätzliche Mittel von 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

In der Plenarsitzung am 10. Juli 2008[90] verlor sich Klaus Wowereit im Rahmen der Aktuellen Stunde, die sich hauptsächlich um die Innenraumgestaltung drehte, ebenfalls im Ungefähren, würdigte aber den Freundeskreis sehr konkret, nachdem in der Rede seiner Fraktion erwähnt wurde, der Förderverein habe 30 Millionen versprochen:

> *„Selbstverständlich muss auch versucht werden, den Freundeskreis der Staatsoper mit ins Boot zu bekommen, denn sie haben gesagt, dass sie bereit wären, 30 Millionen € aus ihren Privatmitteln in das Portefeuille zu geben, damit diese Idee verwirklicht werden kann. Ich bin Herrn Dussmann und dem Freundeskreis außerordentlich dankbar, dass sie das sagen. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass diese Idee überhaupt realisiert werden konnte. Auch sie haben zu Recht einen Anspruch auf Beteiligung in diesem gesamten Prozess.“*[91]

Am 1. September 2008 gab es wieder eine Sitzung des Kulturausschusses.[92] Inzwischen war das erste Wettbewerbsverfahren auf-

---

89 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 24. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Wohnen am 02.07.2008*, 16. Wahlperiode, S. 11

90 Abgeordnetenhaus Berlin: *Plenarprotokoll der 33. Sitzung am 10.07.2008*, 16. Wahlperiode, S. 2962

91 Ebd., S. 2974

92 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 30. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 01.09.2008*, 16. Wahlperiode, S. 11f.

gehoben worden, strategisch gut positioniert in der Sommerpause. Es gab allerdings Klärungsbedarf. Wieder fragen die Grünen nach, ob es denn inzwischen eine Vereinbarung über die 30 Millionen Euro gebe. Dieses Mal musste die Nachfrage schon auf der Substanz bauen, dass der Freundeskreis ja immerhin auf der Basis seiner Einlassungen ab Mai 2008 (siehe Pressemitteilung) durchaus öffentlichen Anteil genommen hatte am Wettbewerbsverfahren und die Einwerbung der Spendensumme von der Erfüllung seines Willens abhängig gemacht hatte. Und immerhin wird nun auch Klaus Wowereit etwas klarer in seinen Ausführungen: Er verweist darauf, dass der Verein mehrfach erklärt habe, dass er die Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro bereitstellen werde. Es gebe keinen Anlass, daran zu zweifeln. Diese Mittel ständen zwar nicht auf einem Konto zur Verfügung, aber man gehe davon aus, dass dieses bürgerschaftliche Engagement gelingen werde.

Nachdem wieder ein Jahr lang nichts im Hinblick auf die Spendensumme passierte, wurde im Rahmen der Ersten Lesung des Haushalts im Kulturausschuss am 31. August 2009 nachgefragt, dieses Mal von Linken und Grünen.[93] Die damals mitregierenden Linken wollten wissen, wer im Falle des Nichtzustandekommens der 30 Millionen (es waren noch immer erst 500.000 Euro geflossen) für den Differenzbetrag aufkommen würde. Daraufhin antwortete der Kulturstaatssekretär Schmitz, er „würde sich freuen“, wenn die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Großplakatwerbung an der Baustelle zulassen würde, obwohl die Verwaltung diese Möglichkeit der Spendeneinwerbung bereits im Oktober des Vorjahres explizit stark eingeschränkt hatte. Das Land Berlin, so viel gab er zu, müsse dann jedoch für den Rest des Überschussbetrags aufkommen. Auf die Nachfrage der Grünen, warum das Land Berlin die Werbeeinnahmen nicht einfach selbst erziele, antwortete Schmitz, der Freundeskreis habe ein Angebot gemacht, über dessen Umsetzung man bilateral schon „seit längerem“ diskutiere.

Daraufhin wurde, wieder von den Grünen, ein Sachstandsbericht zu den Verhandlungen angefragt, da man bisher von einer Spende über die 30 Millionen Euro ausgegangen war. Auch sollten diese Einnahmen im Rahmen des Berichts entsprechend dargestellt werden. Der qualitative Unterschied zwischen realer Spende und vom Land gesponserter Großplakatwerbung war inzwischen aufgefallen.

93 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 45. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 31.08.2009*, 16. Wahlperiode, S. 24f.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit antwortete daraufhin ausweichend, dass er sich freue, dass der Freundeskreis sich *bemühe* diese Mittel zusammenzubringen.[94] Das ambitionierte Ziel des Freundeskreises sei angesichts der Wirtschafts- und Finanzsituation nicht weniger ambitioniert geworden. Er wies jedoch darauf hin, dass im Falle Berlin für den Differenzbetrag aufkommen müsse. Wieder gab es also keine Einigung zwischen dem Land Berlin und dem Freundeskreis, wieder gab es jedoch auch keine kommunikativen Bemühungen über die Qualifizierung des Ziels selbst hinaus. Die Summe blieb im Raum stehen, ohne dass die Politik sich erkennbar um sie bemüht hätte.

Am 16. September 2009 gab die damalige Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Maria Krautzberger, im Ausschuss Bauen und Wohnen zu Protokoll, dass „gegenwärtig" Gespräche mit den Freunden der Staatsoper über die Höhe der privaten Zuwendungen stattfänden.[95]

Am 16. November 2009 begründete die CDU im Kulturausschuss[96] einen von ihr angemeldeten Besprechungspunkt und führte zuvorderst mit an, man wolle den Sachstand zu der „quasi zugesagten" Spendensumme abfragen. Auch im späteren Verlauf der Sitzung sollte die CDU noch einmal darauf hinweisen, dass die Bemühungen des Freundeskreises auch unabhängig von ihrem Erfolg anzuerkennen seien. Die Sitzung stellte auch die Premiere der inzwischen fast legendären Serien-Apologetik der Senatsbaudirektorin Regula Lüscher im Kulturausschuss dar, die anhand einer anschaulichen Präsentation der Vorplanungsunterlagen so gewagte Manöver wie die Erweiterung des vormals vorgesehenen Tunnels auf ein Unterirdisches Bauwerk unter Beibehaltung des Kostenrahmens erklären durfte. Wieder fragen die Grünen nach den 30 Millionen Euro und dem Gerücht der Finanzierung durch Großplakatwerbung bzw. warum das Land das nicht einfach selbst ohne die Zwischeninstanz des Freundeskreises mache.

Dieses Mal antwortete Wowereit, er habe immer darauf hingewiesen, dass eine Zusage des Fördervereins nicht einklagbar sei. Man habe allerdings die Summe im Haushaltsplan nachgewiesen und somit sei die Finanzierung ohnehin gesichert. Dennoch wolle man den För-

94 Ebd., S. 25

95 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 41. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Wohnen am 16.09.2009*, 16. Wahlperiode, S. 3

96 Abgeordnetenhaus Berlin: *Inhaltsprotokoll der 50. Sitzung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten am 16.11.2009*, 16. Wahlperiode, S. 3

derverein nicht aus seiner Verantwortung entlassen, sondern gehe davon aus, dass er mit aller Kraft daran arbeite, seine Spendenzusage einzuhalten. Eintreffende Sponsorengelder kämen dann in den Landeshaushalt. Gleichzeitig erteilte Wowereit der Großplakatwerbung jedoch eine Absage, da man entsprechende Bemühungen des Fördervereins nicht aufgegriffen habe und ihr auch nicht zugestimmt habe. In so einem Fall wäre mit Recht zu fragen, warum man nicht selbst eine derartige Vermarktung durchführe. Auf Nachfrage der CDU, warum der Senat eine solche Werbung ablehne, erklärte Wowereit zudem, man müsse umliegende Flächen berücksichtigen und könne nicht über einen jahrelangen Zeitraum Werbung bei einer solchen Baumaßnahme zulassen. Auch bei der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche habe man nach einiger Zeit darauf verzichtet.

Die FDP fragte schließlich nach, wie denn Medienberichte zu verstehen seien, nach denen Herr Dussmann die Zusage für die 30 Millionen Euro zurückgezogen habe und dass offenbar keine Sammlungen von Sponsorengeldern stattfänden. Daraufhin antwortete Wowereit, Dussmann sei damals gesundheitlich nicht in der Lage gewesen, sich weiter zu engagieren. Allerdings bestehe der Förderverein fort und habe bisher nicht erklärt, das Einwerben von Spendengeldern einzustellen.

Am 19. November 2009 teilte der Regierende Bürgermeister Wowereit dem Hauptausschuss mit,[97] das Land Berlin müsse 39 Millionen der 239 Millionen selbst aufbringen und der Berliner Anteil verringere sich um den Betrag, den der Freundeskreis beisteuere. Auch hier kein Wort mehr von den 30 Millionen Euro.

An sogenannten „internen“ Informationen aus den Mühlen der Berliner Verwaltungen dringt traditionell ja nur das nach außen, was die Verwaltungen in den von ihr ungeliebten schriftlichen Anfragen beantworten müssen. Wir wissen allerdings aus den Unterlagen der drei beteiligten Senatsverwaltungen Kultur, Stadtentwicklung und Finanzen, die wir selbstverständlich hier nicht zitieren, dass die vom Regierenden Bürgermeister und Kultursenator gezeigte Skepsis nur ein Teil der Wahrheit ist. Ganz im Gegensatz zu dem, was Wowereit in den öffentlichen Sitzungen zu den 30 Millionen Euro an Skepsis aufbot, rechneten die beteiligten Verwaltungen sehr wohl fest mit den von

97 Abgeordnetenhaus Berlin: *Vorgang des Hauptausschusses (1500-3 A), 16. Wahlperiode, Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper* (Titel 70108), Vorlage vom 19.11.2009

Dussmann angekündigten Millionen – das geht bis hinein in die Erstellung von Entwürfen zu Haushaltsvorlagen und die Erstellung eines Vorschlags zu einem Einnahmetitel. Uns liegen zudem Unterlagen vor, in denen die Spendensumme als definitiver Teil des Finanzierungskonzepts behandelt wird. In der Kommunikation zwischen dem Land Berlin und dem Bund wird an mehreren Stellen, gerade auch dort, wo der Bund dies eingefordert hat, der Freundeskreis mit seinen 30 Millionen Euro als eine tragende Finanzierungssäule erwähnt – bis weit ins Jahr 2009 hinein, wie wir anhand des internen Vermerks vom 16. Juli 2009 oder der Durchführungsvereinbarung zwischen Land und Bund ablesen können.[98]

Hinzu kommt, dass wir aus Schriftwechseln zwischen den beteiligten Verwaltungen bei der Erstellung der ersten Ergänzungsunterlagen (sprich: Kostenerhöhungen) im Spätherbst 2010 wissen, dass zumindest die Finanzverwaltung noch bis etwa zum Baubeginn davon ausging, die 30 Millionen Euro kämen zustande. Entsprechend zeigten sich Beteiligte in den Schriftwechseln dann auch überrascht bis brüskiert darüber, dass die letztlich zustande gekommene Spendensumme von drei Millionen lediglich als Ausgleich der ersten Kostenerhöhung – sprich: der Kosten, die sich auch nach kreativsten Sparrunden nicht mehr wegsparen lassen konnten – fungieren sollte. Unter anderem wurde seitens der Finanzverwaltung damals beklagt, ein derartiges Unterschlagen des Fakts, dass aus 30 Millionen mithin 3,5 Millionen geworden waren, sei kein Ausweis seriösen Haushaltens.

Es ist auffällig, dass auch nach der Übernahme der Kulturverwaltung durch Wowereit und Schmitz noch über mehrere Jahre eben nicht die Skepsis der handelnden politischen Akteure adäquat hineingetragen wurde. Eine andere mögliche Erklärung wäre, dass Klaus Wowereit seine Verwaltung bis mindestens 2008 nicht im Griff hatte, die unter solchen Vorzeichen also ein entsprechendes Vorhaben vorantrieb, durch ihre Chefs jedoch nicht adäquat über deren Skepsis in Kenntnis gesetzt wurde. Beide möglichen Erklärungen, die Variante „volle Absicht“ oder die Variante „keine Ahnung“ sind hier wenig schmeichelhaft. Leider ist es uns nicht erlaubt, die entsprechenden Aktenfundstellen zu zitieren, aber es geht hier um eine Zahl, die sich in Dutzenden bewegt. Auch die oben bereits erwähnte Verwaltungs-

98 ifg.piratenfraktion-berlin.de: *Schwerpunkt – Staatsoper – Die falschen Freunde der Staatsoper. Wie aus 30 Millionen 2,5 Millionen Euro wurden*

vereinbarung zwischen Land und Bund lässt den Schluss zu, dass bis 2009 noch verwaltungsintern mit dem Zustandekommen der Summe gerechnet wurde.

Die zugesagte Spendensumme von 30 Millionen Euro wurde also, so viel wissen wir heute, über fünf Jahre hinweg im Spiel gehalten. Allerdings passierte dies immer so im Ungefähren, dass die Landespolitik heute darauf nicht mehr festgelegt werden kann. Niemand kann nachweisen, dass die 30 Millionen Euro wirklich einmal zugesagt waren – denn es wurde unterlassen, hier jemals eine schriftliche Grundlage zu schaffen. Weder unterrichtete der Senat das Abgeordnetenhaus entsprechend über seine konkreten Bemühungen, die Spendensumme einzuwerben, noch bot der Verein eine klare Handreichung für die Öffentlichkeit oder die Politik. Ein ernsthaftes Bemühen ist so auf beiden Seiten erst einmal nicht zu erkennen. Allerdings lässt sich schon erkennen, dass außer bei den Grünen, die wenigstens mehrfach nachfragten, keine allzu große Skepsis gegenüber der Spendensumme herrschte.

Kurzfazit

- Die Landespolitik hat in der Tat nach außen hin nie zugegeben, irgendwann einmal mit der Spendensumme von 30 Millionen Euro gerechnet zu haben.
- Das steht jedoch im Widerspruch zu Unterlagen, laut derer die 30 Millionen Euro sehr wohl als feste Finanzierungssäule betrachtet wurden.
- In internen Verwaltungsvermerken ist von den 30 Millionen Euro mindestens noch bis 2009 die Rede.
- Wowereit gab sich nach außen zwar vorgeblich skeptisch, wies allerdings seine Verwaltungen intern nicht entsprechend an. Geschickt wurde die vorgebliche Spendensumme über fünf Jahre immer wieder in der öffentlichen Debatte gehalten – ohne dass die Landespolitik nach außen erkennbare Bemühungen gemacht hätte, Genese und Zustandekommen durch konkrete Maßnahmen zu untersetzen.
- Auch die anderen Exekutivmitglieder blieben in der öffentlichen Debatte stets vage hinsichtlich der Spendensumme oder ihrer Bemühungen um sie.
- Von CDU, FDP und dem Ex-Intendanten der Staatsoper, Peter Mussbach, wurde die Spendensumme von 30 Millionen Euro lange als „Fakt“ in der Debatte behandelt – ohne dass die Benannten erkennbare Anstrengungen unternommen hätten, hier konkretisierend tätig zu werden.



„Ich habe nie einsame Entscheidungen getroffen.“

Klaus Wowereit im Untersuchungsausschuss Staatsoper im Dezember 2015

Querverbindungen zwischen Bund und Staatsopernfreunden

In unserer Anfrage[99] rekurrierten wir fragend auf eine Aussage des ehemaligen Intendanten Peter Mussbach, die dieser in der Sitzung des Kulturausschusses am 8. Januar 2007 getroffen hatte. Damals hatte Mussbach gesagt, dass es ohne das Wirken des Vereins keine Zusage des Bundes zur Sanierung der Staatsoper gegeben hätte. Der Kulturstaatssekretär Tim Renner antwortete darauf, dass „im Ergebnis der Prüfung durch die Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten“ diese Behauptung nicht verifiziert werden konnte.

Des Weiteren fragten wir, in welcher Art und Weise der Verein der Freunde und Förderer in Gespräche und Verhandlungen mit Stellen des Bundes bezüglich der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen eingebunden war. Auch hier antwortete Renner, der Verein sei in diese nicht eingebunden gewesen.

Um die Zeiträume in den Kontext zu bringen: Die Kulturausschusssitzung fand im Januar 2007 statt, während gerade das sogenannte Bedarfsprogramm (in frappanter Abwesenheit von Vertreter*innen der Staatsoper selbst) erstellt wurde, das im April bzw. Mai desselben Jahres fertiggestellt werden sollte und das anfänglich große Irritationen auslöste. Der vormals auf 120 bis 160 Millionen Euro taxierte Kostenrahmen lag in der ersten Version des Bedarfsprogramms bei 280 Millionen Euro. Im Sommer 2007 wurde er mit viel „Mühe“ und unter nachträglicher Einbeziehung eines erweiterten Unterirdischen Bauwerks auf einen politisch gewollten Kostenrahmen von 239 Millionen Euro heruntergerechnet.

Erst am 30. November 2007 konnte hingegen die Teilfinanzierung für das Sanierungsvorhaben durch den Bund gesichert werden. Im Hauptstadtfinanzierungsvertrag, § 2[100] heißt es:

> *„(1) Bund und Land stimmen darin überein, dass die Staatsoper Unter den Linden dringend sanierungsbedürftig ist. Das Land*

---

99 Abgeordnetenhaus Berlin: *Staatsopernskandal XXXII: Welchen Einfluss hatte der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden auf die Finanzierungszusage des Bundes?* Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Andreas Baum und Wolfram Prieß (PIRATEN) vom 12.03.2015 (Drs. 17/15761)

100 berlin.de: Politik, Verwaltung, Bürger – Der Regierende Bürgermeister – Hauptstadt – Hauptstadtverträge, *Hauptstadtfinanzierungsvertrag 2007*

Berlin stellt die Gesamtfinanzierung sicher. An den Gesamtkosten der Sanierungsmaßnahmen wird sich der Bund mit einem Festbetrag von 200 Mio. € beteiligen. Die Zuwendung wird nach Baufortschritt in jährlichen Raten gewährt. Näheres regeln die Vertragsparteien gesondert.
(2) Das Land stellt sicher, dass der Staatsoper Unter den Linden im Rahmen der Zuwendung des Landes an die Stiftung Oper in Berlin ab 2008 jährlich 41 Mio. € zur Verfügung gestellt werden."

Diese beiden Passagen sind für sich höchst interessant und verdienen eine genauere Betrachtung in dem Kontext, dass die Staatsoper in den vorherigen Vertragsverhandlungen sowohl Teil der Verhandlungsmasse war als auch ein Druckmittel des Bundes dem Land gegenüber. Wir dürfen nicht vergessen, dass die im Vertrag festgeschriebene Etaterhöhung, zu der sich das Land Berlin verpflichtete, einen Aufwuchs von satten 10 Millionen Euro für die Staatsoper bedeutete. Zudem bedeutete die gesonderte Aufführung der Staatsoper eine deutliche Bevorzugung des einen Hauses gegenüber den anderen drei Teilbetrieben, die gerade erst 2004 unter dem fragilen Dach der Stiftung Oper in Berlin zusammengefasst worden waren.

Konkretisiert wurde der Hauptstadtfinanzierungsvertrag im Hinblick auf die Staatsoper dann in der „Vereinbarung zur Durchführung der Baumaßnahme Sanierung Staatsoper Unter den Linden" vom Juli 2009.[101] Dort heißt es in der Präambel:

„Der Förderverein Freunde und Förderer der Deutschen Staatsoper (im Folgenden Freundeskreis genannt) hat mit seiner Spende von 500 T€ zur Erstellung des Bedarfsprogramms einen wesentlichen Impuls und Beitrag zur Realisierung der Sanierung geleistet. Er plant darüber hinaus, einen weiteren Spendenbetrag von 29,5 Mio. € für die Sanierung einzuwerben. (…) Berlin wird mit dem Freundeskreis eine gesonderte Vereinbarung über die Zusammenarbeit, die Beteiligung an den Planungen und Prozessen und die Konditionen zur geplanten Einbringung des Finanzierungsanteils schließen."

101 ifg.piratenfraktion-berlin.de: Schwerpunkt – Staatsoper – *Die falschen Freunde der Staatsoper. Wie aus 30 Millionen 2,5 Millionen Euro wurden*

Selbstverständlich ist diese Passage als Teil der Präambel nicht justiziabel. Der Freundeskreis und Dussmann hätten damit nicht auf die Zahlung des entsprechenden Betrags festgelegt werden können. Stattdessen wird im Duktus der Unterwürfigkeit nur von „wesentlichem Impuls und Beitrag zur Realisierung der Sanierung" schwadroniert. Dieser wesentliche Impuls beschränkte sich übrigens seit November 2006, als durch die Anschubfinanzierung des Freundeskreises das Bedarfsprogramm auf den Weg gebracht wurde, auch weiterhin auf lediglich 500.000 Euro. Allerdings sind diese Zeilen zumindest das Eingeständnis dafür, dass zwischen Land und Bund sehr wohl vorgesehen war, die Freunde der Staatsoper einzubinden. Der angeblich so skeptische Bürgermeister Klaus Wowereit ließ sich offenbar immerhin darauf ein, die Freunde und Förderer in der gegebenen Form herauszuheben.

Auch in einem internen Vermerk wird durch Berlin kein Druck auf den Freundeskreis ausgeübt, um das scheue Reh des bürgerschaftlichen Engagements nur nicht zu verjagen. Anstatt also eine Anweisung dazu zu geben, nun wirklich einmal eine Vereinbarung festzumachen, vermeldete die Kulturverwaltung mit Datum vom 16. Juli 2009[102] lediglich, dass einzuleiten sei die

> *„Aufstellung und Abstimmung einer Vereinbarung zur Einbindung des Freundeskreises der Staatsoper in Planung und Ausführung der Sanierung".*

Überhaupt hat der Bund schon im Vorfeld der Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag kräftig Anteil am Schicksal der Staatsoper genommen und spielte der Freundeskreis im Engagement des Bundes auch immer eine zwar vage, jedoch stets prominente Rolle. Ähnlich wie wir es in der Landespolitik vorher bereits gesehen haben, spielte der Bund immer wieder über Bande, um das Land Berlin in die genehmen Bahnen zu lenken. Ein paar Begleitinformationen zu den Einlassungen und der Einbindung des Bundes sind deshalb nicht unerheblich, da sie das Engagement des Freundeskreises in eine entsprechende Perspektive rücken. Die immer wieder zitierten Behauptungen, der Freundeskreis habe sich ja nicht verpflichtet, mögen zwar rein rechtlich gesehen stimmen, das nicht zustande gekommene Engagement jedoch kann nicht so hingestellt werden als sei es im luft-

102 Ebd.

leeren Raum passiert, wie uns die Berliner Landespolitik gern glauben machen will.

Der Bund stellte bereits im Juli 2006 50 Millionen Euro ab 2008 als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen (Platzhalter für zukünftig zu leistende Ausgaben) in den Haushalt ein,[103] obwohl die Finanzierung auf der Seite Berlins noch lange nicht gesichert war. Allerdings gab es damals bereits das Versprechen der Freunde und Förderer über 30 Millionen Euro[104] und gemeinsam mit der Bundeszusage über 50 Millionen Euro wären 80 Millionen der damals veranschlagten 130 Millionen Euro Kosten der Finanzierung gedeckt gewesen. In einer Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Juli 2006[105] wird neben der Verpflichtung des Landes Berlin (das in irgendeiner Form „die Backen aufgeblasen“ haben musste) auch schon einmal die Spendensumme von 30 Millionen Euro des Vereins der Freunde und Förderer der Staatsoper erwähnt. Die damalige kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und heutige Kulturstaatsministerin Monika Grütters sekundierte.[106] Auch in einer folgenden Pressemitteilung vom 7. September 2006[107] wurde das Engagement des Freundeskreises ein weiteres Mal herausgestellt. Wir halten also fest, dass es in der größten Regierungsfraktion im Bund durchaus ein hohes Interesse an einer entsprechenden Sanierung sowie Einbindung des Freundeskreises gab. An druckreifem und -reichem Pathos mangelte es in der Fraktion zudem nicht, denn so wurde nur anderthalb Monate später schon wieder eine Mitteilung veröffentlicht,[108] anlässlich des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Bundestags über die 50 Millionen Euro. In keiner der Pressemitteilungen (und einer zusätzlichen[109] vom 14. Februar 2006) darf zudem fehlen, dass das Land Berlin durch die Bundeskulturförderung ohnehin bereits reichhaltig gefördert werde, gingen doch 50 Prozent des Bundeskulturhaushalts an die zahl-

103 tagesspiegel.de: *Bund gibt 50 Millionen*, 07.07.2006

104 bz-berlin.de: *Dussmann will 30 Mio. für die Staatsoper sammeln*, 01.07.2005

105 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: *Starkes Signal für die Staatsoper - nun ist Berlin am Zuge*. Pressemitteilung vom 06.07.2006

106 monika-gruetters.de: Aktuelles – Pressemitteilungen – 2006, *Regierung greift Initiative zur Finanzierung der Staatsoper-Sanierung auf*, 06.07.2006

107 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: *Keine Nationaloper - Berlin trägt die Verantwortung für die Staatsoper - Kulturhoheit der Länder verbietet Sonderregelung*. Pressemitteilung vom 07.09.2006

108 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: *Angebot zur Sanierung der Staatsoper Berlin*. Pressemitteilung vom 25.10.2006

109 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: *Sanierung der Deutschen Staatsoper ein nationales Anliegen*. Pressemitteilung vom 14.02.2006

reichen Einrichtungen der Stadt. Dass Berlin als Hauptstadt eventuell eine Sonderstellung auch schon damals einnahm, wurde indes nicht erwähnt. Interessant ist jedoch die implizite Drohkulisse, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dort aufbaut: Wenn Berlin nicht spurt, könnten wir uns mal überlegen, ob wir die so auskömmliche Kulturfinanzierung für das Land nicht auf den Prüfstand stellen.

Dass das Kuratorium des Freundeskreises mit zwei ehemaligen Bundesministern, Hans-Dietrich Genscher (FDP) und Wolfgang Clement (SPD), besetzt ist, macht die Verbindungen nur noch enger. Nicht zuletzt ist auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel selbst eine Staatsopernfreundin und setzte sich im Jahr 2007 offen dafür ein, das Haus zur nationalen Oper zu machen. Gewichtige Fürsprecher*innen gab es also in jedem Fall – ein Schelm, wer jetzt denkt, dass dies so ganz ohne Weisungen und Einflussnahme zu haben gewesen wäre.

Die unheiligen Verstrickungen zwischen Land und Bund beim Sanierungsvorhaben enden hier jedoch nicht. Im Rahmen der Durchführungsvereinbarung wurden dem Hauptgeldgeber Bund entsprechende Informations- und Mitspracherechte eingeräumt. Im ersten (geplatzten) Wettbewerbsverfahren[110] war 2008 auch der Bund in der Jury vertreten, in Form von Ingeborg Berggreen-Merkel,[111] der Stellvertreterin des damaligen Kulturstaatsministers Bernd Neumann (CDU). Ein anderes ehemaliges Jurymitglied, der damalige Bundesbaustaatssekretär Engelbert Lütke Daldrup, ist heute auch der Berliner Baupolitik als Staatssekretär im Senat weiterhin eng verbunden. Mit dem Kulturstaatsminister Bernd Neumann hatte sich Klaus Wowereit in so ziemlich jeder Hinsicht im Vorfeld der Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag überworfen. Zum 2008 aufgeflammten Streit um den Gestaltungswettbewerb des Innenraums lässt sich mutmaßen, dass seine Vertreterin in der Wettbewerbsjury, Ingeborg Berggreen-Merkel, in seinem Sinne eines streng einzuhaltenden Denkmalschutzes abgestimmt hat. In der darauffolgenden Debatte hingegen hielt sich der Kulturstaatsminister vornehm zurück. Die Risse in seiner Partei wurden da eher zwischen Monika Grütters auf der einen und den Staatsopernfreunden sowie der Fraktion der CDU im Abgeord-

---

110 stadtentwicklung.berlin.de: Bauen – Städtebau – Baukultur – Wettbewerbe – Ergebnisse – Jahr 2008 – Zuschauerhaus. *Staatsoper unter den Linden – Übersicht*

111 stadtentwicklung.berlin.de: Bauen – Städtebau – Baukultur – Wettbewerbe – Ergebnisse – Jahr 2008 – Zuschauerhaus. *Staatsoper unter den Linden – Ergebnis, Ergebnisprotokoll* im PDF-Format, S. 8

netenhaus auf der anderen Seite deutlich. Letztere sekundierte in aller Deutlichkeit die Worte des Peter Dussmann und seiner Staatsopernfreunde von Nationaldenkmal und Einzigartigkeit des Paulick-Saals. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) soll sich zudem in ihrer bekannt lakonischen Art auch zum Roth-Entwurf geäußert haben. Der Spiegel schrieb dazu[112] am 14. Juli 2008:

> *„Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ Fotos von den prämierten Entwürfen machen und studierte diese intensiv im Kanzleramt. Irritiert zeigte sich die Opernliebhaberin, so wird kolportiert, von der Decke des Roth-Entwurfs, einer Lichtinstallation in Form von drei Ringen: ‚Was soll denn die Schnecke da oben?'."*

Dass ausgerechnet diese Aussage von Frau Merkel aus dem als höchst verschwiegen geltendem Kanzlerinnenamt an die Öffentlichkeit drang, dürfte wohl ebenfalls kein Zufall gewesen sein. Letztendlich sekundierte während des Streits um den Zuschauersaal Frau Merkel auch nur die Meinung ihres Co-Mitglieds aus dem Förderverein der Freunde der Staatsoper. Aber sie nahm Anteil an der Entscheidung, allein schon, indem sie sich die Entwürfe zeigen und ihre Meinung dazu an die Öffentlichkeit dringen ließ. Bekannt ist laut Spiegel-Artikel auch, dass sich der damalige Kulturstaatsminister Bernd Neumann gemeinsam mit der Berliner Seite, bestehend aus dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, Kulturstaatssekretär André Schmitz und der damaligen Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, zusammengesetzt hat, um den Paulick-Saal zu erhalten. Schwer vorstellbar, dass der Kulturstaatsminister Neumann damals nicht im Sinne der Bundeskanzlerin gehandelt hat. Die Folgen sind bekannt – das Wettbewerbsverfahren wurde aufgehoben, wie oben bereits beschrieben.

Auch ist vom Bund nicht bekannt, dass er sich nach der Entscheidung um den Zuschauersaal weitergehend engagiert hätte. Er war zwar entsprechend vertreten in den planungs- und baubegleitenden Gremien, hat sich allerdings über die Zusage im Hauptstadtfinanzierungsvertrag nicht bereit erklärt, sein Engagement zu verstärken. Nun sind 200 Millionen Euro ohnehin viel Geld – und das Land Berlin hatte ja dank Finanzierung durch den Freundeskreis genau den Betrag herausgeholt vom Bund, was nach der ursprünglichen Rechnung ja auch rela-

112 spiegel.de: *Anhaltende Saalschlacht*, Michael Sontheimer, 14.07.2008

tiv günstig gekommen wäre. Das Bedarfsprogramm war allerdings eine eher unzureichende Grundlage – wie wir heute erfahren müssen – da es im Sommer 2007 recht fahrlässig umgestellt worden war. Das hätte auch dem Bund auffallen müssen, der dies mindestens billigend in Kauf genommen haben muss. Dass der Bund ein klammes Land wie Berlin unter Vorgabe des Engagements des Freundeskreises von 30 Millionen Euro so auflaufen lässt, ohne nachträglich verhandlungsbereit zu sein, als dann Kostenerhöhungen auftauchten, zeugt von grober Fahrlässigkeit. Der Bund hat Berlin in die Knie gezwungen, was die Sanierung der Staatsoper anging, ließ das Land dann aber mit dem Desaster allein, als es brenzlig wurde. Das ist auch das Wirken der damaligen und teils heute noch Verantwortlichen, selbst wenn die Staatsoper ihnen heute nur noch genervtes Augenrollen entlocken mag.

Kurzfazit

- Der Bund zeigte ab 2006 deutliches und öffentliches Interesse an der Sanierung der Staatsoper – spätestens in dem er ab 2008 50 Millionen Euro in den Bundeshaushalt einstellte.
- Auch Angela Merkel pflegte gute Kontakte zu den Freunden der Staatsoper, inklusive Peter Dussmann, der sich 2005 sogar positiv im Sinne eines Regierungswechsels im Bund geäußert hatte.
- Das Engagement des Bundes, das in der 200-Millionen-Euro-Zusage für die Sanierung der Staatsoper in Form des Hauptstadtfinanzierungsvertrags mündete, stand dennoch in krassem Gegensatz zu der prekären Haushaltslage des Landes Berlin. Besonders bitter ist, dass der Bund sein finanzielles Engagement auch nach den ersten Kostenerhöhungen nicht verstärkt hat, obwohl ihm doch so sehr an der Staatsoper gelegen ist, wie die Bevorzugung der Staatsoper im Hauptstadtfinanzierungsvertrag deutlich zeigt.
- Dank guter Querverbindungen zwischen Bund und Freundeskreis und dank der umfangreichen Einbindung des Bundes ins Sanierungsvorhaben hatte das Wort des Bundes Gewicht. Allerdings ist es nicht mehr nachvollziehbar, inwieweit der Bund konkret Entscheidungen hinsichtlich der Staatsopernsanierung beeinflusst hat – auch hier fehlen leider Dokumente und Belege.



„Sie müssen nicht denken, dass ich da an meinem Schreibtisch sitze und mir was ausdenke."

Klaus Wowereit im Untersuchungsausschuss Staatsoper im Dezember 2015

Fazit

Der „einfache Bürger“ oder „Privatmann“ oder unbescholtene Kulturmäzen Dussmann, als der er in Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss oder auch in Zeitungsartikeln gern dargestellt wurde, hätte wohl kaum Termine im Bundeskanzleramt bekommen, hätte wohl kaum direkte Gespräche mit den obersten politischen Ebenen der Stadt Berlin bekommen, wenn er wirklich nur ein einfacher Privatmann gewesen wäre. Vielmehr sagt die ständige euphemistische Betonung der einzelnen Zeug*innen etwas darüber aus, in welchen Kontext Dussmann gestellt werden soll. Wenn die Bedeutung eines so reichen, mächtigen, privilegierten und vernetzten Menschen so offensichtlich heruntergespielt wird, dann kommt das nicht von ungefähr, denn moderne Machtsysteme haben immer einen sehr ausgeprägten Erhaltungstrieb und vermitteln ihre Macht vor allem viel subtiler und geschickter als beispielsweise in der Kaiserzeit mit ihrem Brachialhistorismus und ihrer Selbstglorifizierung.

Die pompöse Symbolik des Historismus und die permanente Machtdemonstration des Preußischen Staates durch das Rekurrieren auf vermeintliche historische Vorbilder sind ja mithin etwas aus der Mode gekommen, wenn man einmal vom Stadtschloss absieht oder wenn man ignoriert, dass die Innenraumgestaltung des Zuschauersaals ebenjene Symbolik bedient. Der größte Unterschied ist vielleicht, dass „Macht“ heute nicht mehr in Militärparaden und Majestätsbeleidigungsparagrafen ihren Niederschlag findet, selbst wenn man im Agieren der Politik rund um den empfindsamen Dussmann, in ihrem ständigen Bemühen, bloß das Engagement nicht öffentlich in Zweifel zu ziehen, anderes vermuten könnte. Aber vielleicht ist es ja auch genau das: Die Machtstrukturen liegen zwar im Hintergrund, aber sie sind weiterhin existent. Es treffen sich auch weiterhin die ganz reichen und mächtigen Personen der Stadt und des Landes in einem doch recht geschlossenen Kreis. Die „großen“ Mäzen*innen sind eben nicht die, die aus ihrem Mindestlohn eher keine Premierenkarte und keine Premi-

um-Mitgliedschaften in Fördervereinen finanzieren können – sondern ebenjene, die das können.

Auch die ständig wieder, mindestens implizit, formulierte Anspruchshaltung, sich des eigenen Einflusses zu versichern, sichtbar zu bleiben und vor allem innerhalb der eigenen Kreise auch hermetisch über Geschick und Ungeschick von Politik und Wirtschaft mitzureden, wird nicht hinterfragt. Wir möchten ihnen zurufen, doch endlich einmal die Karten auf den Tisch zu legen, ob ihrer Selbstgerechtigkeit. Es stellt doch niemand in Abrede, dass so ein Haus dringend renovierungsbedürftig war, selbst wenn das einige in einem rhetorischen Kniff gern glauben zu machen versuchen. Es stellt auch niemand in Abrede, dass die Kulturfinanzierung in Deutschland eine große Errungenschaft ist, die zu einer reichen und lebendigen Kulturlandschaft geführt hat, deren Erhalt und Pflege schon an sich ein nobler Zweck staatlichen Handelns ist. Sogar das bürgerschaftliche Engagement kann hier einem durchaus noblen Zweck dienen, wenn es nicht in so selbstherrlicher Weise immer wieder nur die Bedeutung seiner vorgeblichen Verantwortungsträger*innen emphatisch herausstreichen müsste. So setzt sich das vorgebliche Engagement nämlich den Vorwürfen aus, die wir oben diskutieren mussten.

Mit welcher Person man sich auf politischer Seite abgab, an dessen Wirken und an dessen Zusagen man „keinen Zweifel zu haben hatte“, war offenbar egal, als man Dussmann und dem Freundeskreis bereitwillig alle Türen aufhielt. Erhellend ist da allerdings ein Artikel im Buch „Die Drahtzieher“ (Gerhard Nowakowski),[113] dessen Einblicke aus dem Jahr 1998 auch heute noch eine gewisse Aktualität haben. Dass Dussmann ein Anhänger einer staatlichen Ordnung angelsächsischer Prägung war, dürfte auch bei den Entscheidungsträger*innen der Staatsopernsanierung kein Geheimnis gewesen sein. So hatte Dussmann schon in den Neunzigerjahren gute Beziehungen zu Wowereits Vorgänger Eberhard Diepgen, aber auch zum SPD-Granden Klaus Böger oder dem CDU-Mann Volker Hassemer, die er als „Pragmatiker“ schätzte. Hier zeigt sich schon wieder ein Gegensatz, denn in der Frage der Innenraumgestaltung ging Dussmann jeder Pragmatismus ganz offenbar ab – da zählte offenbar mehr die Liebe zum „Alten“, die sich laut Nowakowski auch in seiner eigenen Einrichtung widerspiegelte:

113 Nowakowski, Gerd (1998): Prophet der Billig-Jobs Peter Dussmann – Dienstleister (S. 55–62), in Lautenschläger, Rolf und Nowakowski, Gerd (Hg.): *Die Drahtzieher. Wer hat die Macht in Berlin?*, Berlin

das Arbeitszimmer im Rokoko-Stil, das Wohnhaus – die ehemalige Villa Mielkes am Zeuthener See – teuer umgebaut und voll mit vergoldetem Stuck.

Auch hätte es der Politik etwas unangenehm aufstoßen können, dass Dussmann sich mit so viel Chuzpe über staatliche Regulierung beklagte,[114] den Staat gar als zentrales Problem des Landes ansah. Auch das ist völlig legitim – nur zeigt sich im Credo des Dienstleistungsunternehmers Dussmann „Dienstleistung kommt von dienen", welch Geistes Kind hier an ganz vorderster Stelle mitmischte. Dussmann beklagte, dass aus falsch verstandener Gleichheit in Deutschland jeder seine Koffer schleppe und deshalb viele einfache Menschen keinen Arbeitsplatz hätten, wollte niedrigere Einstiegslöhne und eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Ebenso legendär ist auch, dass Dussmann einst einen Großteil seiner Mitarbeiter*innen im Kulturkaufhaus zu leitenden Angestellten machte, um so die damals noch geltenden Ladenschlussgesetze zu umgehen.[115] Es wäre sicherlich auch interessant, zu sehen, wie sich das auf die Gehälter und Sozialleistungen der einzelnen Mitarbeiter*innen ausgewirkt hat.

Wo man auf der einen Seite vermuten könnte, es ging Dussmann um die Amerikanisierung der Gesellschaft – mehr individuelles Risiko, mehr privates Engagement, mehr Eigenverantwortung, aber eben auch Aufstiegschancen für alle und eine Art Chancengerechtigkeit,[116] hätte sich dann allerdings Herr Dussmann auf der anderen Seite mit dem gleichen Engagement auch für höhere Erbschaftssteuern einsetzen müssen, die ebenfalls Teil des angelsächsischen Wirtschafts- und Sozialsystems sind. Davon ist nichts bekannt.

Die viel zitierten Stiftungen, die auch Dussmann im Rahmen seiner unternehmerischen Tätigkeit gegründet hat, sind eben auch ein bekanntes Mittel der angelsächsischen Mäzenat*innen, um das Erbe erfolgreich dem Zugriff des Staates zu entziehen. Derlei ist von Dussmann nicht bekannt geworden. Zu fragen wäre hier, ob denn Herr Dussmann „seiner" Staatsoper auch einen Teil des Vermögens vermacht hat, wenn sie ihm doch ein solches Herzensanliegen war. Niemand kann die Erbinnen des Dussmann-Vermögens verpflichten, das Engagement und die ach so ehrbare Verpflichtung des Patriarchen

---

114 tagesspiegel.de: *Die USA sind das Mekka der Dienstleister*, 13.06.1997

115 morgenpost.de: *Das Prinzip Dussmann: Delegation und Kontrolle*, Bernd Philipp, 09.10.2005

116 tagesspiegel.de: *Die USA sind das Mekka der Dienstleister*, 13.06.1997

einzulösen. Aber immerhin sitzt die Dussmann-Witwe ja noch im Kuratorium der Freunde und Förderer, zusammen mit zwei anderen überaus reichen Witwen mächtiger Lenker: Friede Springer und Liz Mohn. Vielleicht sind Witwe und Tochter des empfindsamen Mäzens aber auch zu sehr damit beschäftigt, sich um das Erbe zu streiten[117] – laut Berichten verkehren die Erbinnen nur vor Gericht miteinander – und können deshalb den Herzenswunsch des Verstorbenen nicht stärker in ihrem Wirken berücksichtigen. Das ist bitter, überrascht aber auch nicht sonderlich, da es eher die Unredlichkeit des ganzen Komplexes um den Freundeskreis demaskiert.

Das Teilbeispiel Untertitelungsanlage ist genauso symptomatisch wie alle anderen Schnittpunkte zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement reicher Machthaber*innen und den staatlichen Stellen. Auf der einen Seite muss jede Spendensumme große Erwähnung finden. Dem Staat, seinen Bediensteten, dem Kulturbetrieb Oper kann gar nicht genug auferlegt werden, an jeder Stelle dem Engagement und den Mäzen*innen zu huldigen. Fast schon demütig geben sich die Vertreter*innen des Staates gegenüber den Reichen und Mächtigen – selbst an den Stellen, wo das Engagement mindestens einmal zweifelhaft ist hinsichtlich Motivation und Konsequenzen. Wir müssen das auch in dem Kontext betrachten, dass diese Leute mehr Geld haben, als sie uns glauben machen wollen. Was verdient denn ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank jährlich? Wie schwer wiegt Friede Springer? Liz Mohn? Diese Darstellungen in den Boulevardmedien, die von der Politik demütig sekundiert und perpetuiert werden, als Wohltäterinnen, als Mäzeninnen, als selbstlos Engagierte müssten doch immer auch in einem Verhältnis dazu gesehen werden, wie groß das Vermögen und das Einkommen ist.

Die Frage, wie selbstlos das Engagement ist, wie stark es relativ zu Einkommen und Vermögen ist und wie wenig Konkretes nach so vielen Jahren dabei herumgekommen ist, sollte schon gestellt werden. Auch wenn wir den Schaden für den Landeshaushalt praktisch kaum beziffern können, den der Freundeskreis verursacht hat, stellt sich schon die Frage, inwieweit derlei Engagement zweckdienlich ist. Ohne das Engagement des Freundeskreises, ohne die angeblichen Abwägungen auf der Seite der Politik, die letztendlich zu immensen Kosten-

---

117 mz-web.de: *Erbitterter Kampf um 650 Millionen Euro*, Stefan Sauer, 21.04.2015

steigerungen und Fehlplanungen geführt haben, wäre der Spaß doch deutlich billiger gekommen. Vielleicht hätten die Landesvertreter*innen da auch einmal mutig sein sollen und so ein Engagement generell zur Disposition stellen müssen.

Vielleicht hätte die Politik vor allen öffentlichen Lobeshymnen oder dem vorsichtigen Herumtapern um die Spendenbereitschaft von verunsicherten Freundeskreismitgliedern auch viel deutlicher einfordern können, eine Garantie zu geben. Ihr wollt so viel spenden? Der Verein und seine Zusage sind maßgebliche Veranlassung für den Bund, das Vorhaben überhaupt in Gang zu setzen? Gut, dann liefern Sie erst einmal Konkretes. Danach sprechen wir dann über die Würdigung. Im Fall der Staatsopernfreunde war es umgekehrt – hier fehlte jegliche Kritik der Exekutive daran, dass ihr der Freundeskreis praktisch auf der Nase herumgetanzt ist. Wie viele Verwaltungsstunden dafür draufgegangen sind, den Verein bei Laune zu halten! Wie viele vergebliche Versuche, den Verein zu konkreten Aussagen hinsichtlich der Spendengenese zu bewegen! Was für eine Chuzpe des Vereins, ein Vorhaben – die Untertitelungsanlage – zu finanzieren, das eigentlich aus den Planungen herausgefallen war!

Zur Motivation haben wir eben bereits ausgeführt, dass selbstloser Altruismus eher weniger ausschlaggebend ist in einem intrinsischen Netzwerk von Geld und Macht, das sich immer wieder in Kuratorien, Stiftungen und Freundeskreisen wiederfindet. Auch die Motivation, Geld am Steuersäckel vorbei völlig legal den Zwecken zukommen zu lassen, wie es den Mäzen*innen passt, ist ja erst einmal legitim und vor allem legal. Gerade in einem System angelsächsischer Prägung erlaubt das Mäzenatentum eben größere Freiheit als das Steuerzahlen – muss es doch nicht durch den langwierigen Prozess demokratischer Willensbildung hindurch.

Auch die Politik macht sich auf diese Weise zum Helfershelfer der so perpetuierten Interessen und Machtsysteme – was besonders bitter ist, wenn wir uns die Lücke anschauen, die immer wieder zwischen dem gesellschaftspolitischen Anspruch der SPD und den von ihr mitgetragenen Realitäten klafft. Die Partei und ihre Verantwortungsträger*innen, ihre Politik ist nämlich in höchstem Maße mitverantwortlich dafür, dass dieses Projekt Sanierung so aus dem Ruder gelaufen ist – auch wenn sie uns immer wieder glauben machen will, es sei

nicht so.

Von Wowereit über Schmitz über Lüscher über Kisseler über Müller – auch, wenn nicht alle diese Personen mit einem roten Parteibuch ausgestattet sind, sie sind doch alle Teil eines sozialdemokratischen Macht(erhaltungs)systems, das die Geschicke im Sanierungsvorhaben maßgeblich lenkte. Gerade innerhalb dieser Kreise sollten unglückliche Verquickungen, denen durch derlei Engagement auch noch Vorschub geleistet wird, viel kritischer betrachtet werden. Wenn es darum gehen soll, überhaupt einen gesellschaftspolitischen Anspruch durchzusetzen, dann müsste das in der Konsequenz auch bedeuten, sich genau diesen Verbindungen und Formen der indirekten Einflussnahme einmal kritisch zu widmen. Aber das wäre wohl zu viel verlangt, könnte es doch sorgsam austarierte Balancen in der Stadt nachhaltig infrage stellen. Schon am Beispiel Flughafen zeigt sich imposant, wie viel stärker die Netzwerke sind, als es die Politik jemals auch nur zu tangieren vermag. Jedes Handeln im Bereich Staatsopernsanierung ist daher nicht nur Ausdruck ehrlichen Bemühens – dafür ist zu viel Schaden verursacht, sind zu viele Steuergelder verbrannt worden.

Schlimmer ist, dass nicht einmal zu erwarten ist, dass wirklich jemand Verantwortung übernimmt – weder für das Chaos, das angerichtet worden ist, noch für zukünftige und ähnlich gelagerte Bauprojekte. Es gibt keinen Willen in der Stadt, diese Themen ernsthaft anzupacken. In jeder Antwort auf schriftliche Anfragen verbirgt sich daher auch weiterhin eher großes Geschick im Ausweichen als Aufklärungswille. Im Untersuchungsausschuss, der in trauriger Zahnlosigkeit nur rückschauend „aufklären“ kann, dessen Empfehlungen jedoch wieder untergehen werden, ignoriert werden oder nur zur eigenen Profilierung genutzt werden, verhalten sich die bisher gehörten Zeug*innen auch entsprechend. Das Muster ist in jedem Fragenkomplex gleich. Niemand „erinnert“ sich, niemand will zu konkreten Sachfragen Antworten geben und jede*r einzelne Zeug*in weist Verantwortung immer entweder nach oben oder nach unten, jedoch ohne jemals konkret zu benennen, wer nun durch welche Entscheidungen welche Konsequenzen zu verantworten hätte. So sehr das auch an ein Possenspiel erinnern mag, so sehr ist es auch in der politischen Logik der Hauptstadt verankert. Selbstverständlich käme es niemandem in den Sinn, die eigenen Günstlinge oder Förder*innen zu inkriminieren, man machte

sich unmöglich im politischen Berlin. Und so wird jeder schwierigen Frage geschickt ausgewichen, werden Phrasen gedroschen, werden Befragungen und Befragende ins Lächerliche gezogen.

So trugen die bisherigen Zeugenbefragungen im Untersuchungsausschuss kaum zur Aufklärung bei. Es ist selbstverständlich, dass jede*r einzelne Befragte erst einmal ihre eigenen Interessen verteidigt und auf Befragungen jeweils immer so reagiert, dass möglichst wenig Konkretes herauskommen kann. Die Zahl an Stilblüten und Aussagen, die fast an Unverschämtheiten grenzen, ist entsprechend hoch – in allen Fragenkomplexen, die bisher thematisiert wurden. Leider dient der Ausschuss meist mehr der Profilierung der Befragenden – vielleicht winkt ja noch eine Regierungsbeteiligung – oder dem Werfen von Nebelkerzen, wenn wir uns das Gebaren insbesondere der SPD anschauen. Schuld sind immer die anderen, geschützt werden müssen die eigenen Leute, das eigene Erbe, die eigenen Netzwerke.

Besonders entnervt reagieren einige der Ausschussmitglieder immer wieder, wenn das Thema auf die Freunde der Staatsoper kommt. Da werden Augen verdreht, da wird in ungebührlicher (aber leider charakteristischer) Manier mit dumpfen Zwischenrufen gearbeitet. An der Taktik der SPD lässt sich interessanterweise sogar erkennen, dass die Freunde der Staatsoper als bequeme Ausrede dienen, um von den eigenen Verfehlungen abzulenken. Das ist ihr gutes Recht, selbst wenn das Thema Bauen seit 1996 in den Händen der SPD ist in dieser Stadt. Aber im Ausschuss geht es ja auch nicht um Aufklärung oder Wahrheitssuche, es geht um Profilbildung und Schützenhilfe für die eigenen Leute. Wir hegen keine Hoffnung, dass hier in irgendeiner Weise noch das Ei des Kolumbus auftaucht, alle Beteiligten sind zu geschickt im Kaschieren ihrer Verantwortung.

Das Bild, das die Befragten zum Freundeskreis zeichneten, bleibt vage. Niemand würde es wagen, sich mit den mächtigen Freunden der Staatsoper anzulegen. Und niemand hatte jemals Grund, sich der 30-Millionen-Euro-Spendenzusage vernünftig anzunehmen, obwohl man dem Bund selbst über eine lange Zeit suggerierte, die 30 Millionen wären Teil der Finanzierung für das Sanierungsprojekt. Wie wir schon aufzeigten, klaffen hier Suggestion in Richtung Bund und Suggestion in Richtung Öffentlichkeit weit auseinander.

Am Ende kommt für den Schaden ohnehin die Steuerzahlerin

auf – weshalb es wohl auch den meisten Beteiligten so wenig ausmacht, was hier passiert ist. Es ist wohl schlichtweg nicht wichtig genug. Den Freunden der Staatsoper ist es nicht wichtig genug, die restlichen 26,5 Millionen ihres einstigen Versprechens einzulösen. Der Politik Berlins ist es nicht wichtig genug, Schäden für den Landeshaushalt von vornherein zu begrenzen – weswegen das Land Berlin jetzt statt 9 (respektive 39) Millionen Euro auch satte 196,5 Millionen Euro für seine Staatsoper bezahlen darf. Und der Bund, der das Land Berlin 2006 und 2007 so schön gefügig gemacht hat und sich nicht zu schade war, die 30 Millionen Euro der Freunde der Staatsoper wie einen Köder zu nutzen, ist auch fein raus. Der hat nämlich die Ausgaben von vornherein gedeckelt. Den Schaden hat dann die Stadt, die drei Opernhäuser finanziert, für die der Bund zumindest 2007 partout keine zusätzliche Verantwortung übernehmen wollte. Den Schaden hat die Stadt, die sich ganz gehörig über den Tisch hat ziehen lassen von einem Konvolut, das wir heute mangels besserer Informationen kaum noch entwirren können.



„Muss denn die letzte Putte auch noch durchgeplant sein?“

Klaus Wowereit im Kulturausschuss am 1. September 2008
zum Abbruch des Wettbewerbs

Personenglossar

Dussmann, Peter (gest. 2013) – Großmäzen der Staatsoper, Vereinsvorsitzender des Fördervereins bis Oktober 2008 und nebenbei Leiter eines mittelständischen Unternehmens (Dussmann Group) mit den Fachbereichen Kulturkaufhaus, Kulturkindergarten, Facility-Management, Security, Catering, Kühlschrankbau, Altenpflege und ein paar anderen.

Flierl, Dr. Thomas (Die Linke) – Senator mit dem Zuständigkeitsbereich Kultur bis Ende 2006. Vorgänger von Klaus Wowereit. War stets bemüht. Hat versucht, Dussmann eine Bankgarantie aus den Rippen zu leiern. Ohne Erfolg. Von der SPD gern als Sündenbock gebraucht, weil Linkspartei.

Flimm, Jürgen – Intendant der Staatsoper seit 2010 und damit automatisches Vorstandsmitglied der Freunde und Förderer der Staatsoper. Dichter des unvergleichlichen „Oh holde Maid Helvetiens" in Richtung der Senatsbaudirektorin Regula Lüscher.

Fürstenberg-Dussmann, Catherine – Großmäzenatin der Staatsoper, ehemalige Schauspielerin, spätere Ehefrau, Witwe und Erbin des verstorbenen Peter Dussmann. Leitet jetzt die Dussmann Group. Sitzt im Kuratorium des Freundeskreises. Hat Frau Merkel mal aus der Hand gelesen.[118]

von Heydebreck, Dr. Tessen – langjähriges Vorstandsmitglied und von 2009 bis 2012 Vereinsvorsitzender der Freunde und Förderer der Staatsoper. Vorsitzender des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins. Langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Vorsitzender der Deutsche Bank Stiftung. Aufsichtsratsmitglied bei Vattenfall. Gab Freundeskreis-Vereinsvorsitz 2012 aus Zeitgründen ab.

Junge-Reyer, Ingeborg (SPD) – Stadtentwicklungssenatorin bis zur Wahl 2011. Laut Akten nicht so sehr mit dem Thema befasst. Befassung mit dem Thema fällt aber auch in den Kernbereich exekutiver Verantwortung.

Kisseler, Barbara – Kulturstaatssekretärin Berlins von 2003 bis 2006, danach Chefin der Senatskanzlei. Parteilos. Hatte keinen Grund an Dussmanns Spendenzusagen zu zweifeln. Konnte nicht sagen, wer in ihrer Verwaltung sich darum hätte kümmern sollen.

118 morgenpost.de: *Das Prinzip Dussmann: Delegation und Kontrolle*, Bernd Philipp, 09.10.2005

Lüscher, Regula – Senatsbaudirektorin seit 2007, erst unter Ingeborg Junge-Reyer, dann unter Michael Müller. Parteilos. Ihr tut das mit der Staatsoper leid. Hat vieles nicht vorhergesehen. Vertreterin des Bauherren und Mittlerin von Informationen zwischen unten und oben. Nach Jürgen Flimms Rede beim Richtfest jetzt auch bekannt als „Holde Maid Helvetia".

Müller, Michael (SPD) – ehemaliger Stadtentwicklungssenator und jetziger Regierender. Hat die Staatsoper nicht zur Chefsache gemacht. Dafür wollten die Grünen die Staatsoper zu Müllers BER werden lassen. Sieht gerade nicht danach aus.

Renner, Tim (SPD) – Kulturstaatssekretär seit 2014. Zeichnete dritte Vereinbarung mit Freunden der Staatsoper zur Untertitelungsanlage. Sagte einst, Berlin könne anhand der Staatsoper lernen, wie es besser ginge. Ansonsten belanglos.

Roth, Klaus – Sieger des ersten Gestaltungswettbewerbs für den Zuschauersaal der Staatsoper. Begeisterte die Fachjury mit einem modernen Saalentwurf, brachte aber ein paar gewichtige Persönlichkeiten in Opposition. Nach „Saalschlacht" über Medien informiert, dass sein Entwurf der Wettbewerbsaufhebung zum Opfer gefallen war.

Springer, Friede – Großmäzenatin der Staatsoper, Axel Springers fünfte Ehefrau, spätere Witwe und Erbin. Eine der größten Verlegerinnen des Landes. Hat gute Kontakte zur Bundeskanzlerin. Laut Stephan Rosinski und Klaus Wowereit gemeinsam mit Dussmann durchaus in die Frage Zuschauerraumgestaltung involviert. Hatte laut beiden Herren einen Termin zum Thema beim Regierenden Bürgermeister Wowereit.

Schmitz, André (SPD) – Berliner Kulturstaatssekretär von 2007 bis 2014. Heißt eigentlich Andreas Hans Gert Schmitz-Schwarzkopf, Adoptivsohn von Pauline Schwarzkopf und späterer Erbe. Vorstandsvorsitzender der Schwarzkopf-Stiftung und der Mendelssohn-Gesellschaft, Vorstandsmitglied, Vorstand und Kuratoriumsmitglied in vielen weiteren Stiftungen, Vereinen und sonstigen Institutionen. Fürsprecher des Erhalts von Paulick im Streit um den Zuschauersaal. Unterzeichner der zweiten Vereinbarung mit den Freunden der Staatsoper (Apollosaal). Redlich bemüht. Stets.

Wowereit, Klaus (SPD) – Regierender Bürgermeister von Berlin bis 2014 und Chefskeptiker gegenüber den Dussmann-Spendenzusa-

gen. Kultursenator ab 2007. Musste immer die schwierige Balance halten zwischen dem Vorsichtshalber-nicht-etatisieren von Spendenzusagen und dem Motivieren der Freunde der Staatsoper zum Spenden. Traf im Juli 2008 mutmaßlich Entscheidung zum Abbruch des Wettbewerbs. Und zur Deckenanhebung. Wägt alles ab. Nicht beeinflussbar. Schon gar nicht von Friede Springer oder Peter Dussmann.

Anträge und Anfragen

Dieser Text bezieht sich auf Teilaspekte des Staatsopernskandals. Weitere Aspekte beinhalten die folgenden Anträge und Anfragen der Piratenfraktion. Die jeweiligen Volltexte sind mit der Nummer der Drucksache (Drs.) unter *pardok.parlament-berlin.de* abrufbar.

Anträge

- *Endlich Kostenklarheit im Staatsopernskandal: Komplette Aufschlüsselung der bisherigen und künftig zu erwartenden Mehrkosten der Sanierung der Deutschen Staatsoper, Offenlegung aller finanziellen Auswirkungen für den Landeshaushalt und regelmäßiger Zweimonatsbericht*
  Antrag der Piratenfraktion vom 26. Mai 2015 (Drs. 17/2289)
- *Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen bei der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden*
  Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion vom 11. Mai 2015 (Drs. 17/2098)

Anfragen

- *Wieder 600.000 Euro weniger? Was passiert mit der großzügigen Spende der Freunde der Staatsoper, wenn die Untertitelungsanlage nicht umgesetzt wird?*
  Anfrage vom 15. Januar 2016 (Drs. 17/17757)
- *Nachfragen zur Untertitelungsanlage*
  Anfrage vom 15. Januar 2016 (Drs. 17/17756)
- *Theaterferien vorbei! Nachfrage zu ein paar Parametern zur Wirtschaftlichkeit des Unterirdischen Bauwerks aus Drs. 17/16686*
  Anfrage vom 27. Oktober 2015 (Drs. 17/17279)
- *Und ewig grüßen die Staatsopernfreunde. Wann hat sich wer mit wem zur Staatsopernsanierung ausgetauscht?*
  Anfrage vom 27. Oktober 2015 (Drs. 17/17278)
- *Jetzt mal konkret: welcher Gebäudeteil kostet wie viel?*
  Anfrage vom 20. Oktober 2015 (Drs. 17/17223)

- *Was kosten die Schäden an der St.-Hedwigs-Kathedrale?*
  Anfrage vom 20. Oktober 2015 (Drs. 17/17222)
- *Unterirdisches Bauwerk ohne Planungsgrundlage?*
  Anfrage vom 16. Juli 2015 (Drs. 17/16686)
- *Richtfest der Staatsoper – Der Tanz auf dem Millionengrab*
  Anfrage vom 10. Juli 2015 (Drs. 17/16619)
- *Der Kostenstrukturplan – sinnvolles Hilfsmittel oder Papiertiger?*
  Anfrage vom 3. Juni 2015 (Drs. 17/16363)
- *Droht erneut Bauverzögerung bei der Staatsoper?*
  Anfrage vom 18. Mai 2015 (Drs. 17/16229)
- *Drohen weitere Kostensteigerungen bei der Staatsoper?*
  Anfrage vom 13. Mai 2015 (Drs. 17/16203)
- *Ungenügender Brandschutz seit 2001?*
  Anfrage vom 22. April 2015 (Drs. 17/16055)
- *Einsturzgefahren seit 2001?*
  Anfrage vom 21. April 2015 (Drs. 17/16037)
- *Risikobewertung der laufenden Aufträge*
  Anfrage vom 21. April 2015 (Drs. 17/16036)
- *Optimierung, Beschleunigung, Effizienz – Besser bauen mit heißer Luft?*
  Anfrage vom 21. April 2015 (Drs. 17/16035)
- *Implementierung des Troubleshooting an der Baustelle*
  Anfrage vom 21. April 2015 (Drs. 17/16034)
- *Planungsworkshops zur (Dis)Kurskorrektur?*
  Anfrage vom 21. April 2015 (Drs. 17/16033)
- *Meilensteine oder Nebelkerzen? Baufortschritt und Bauziele 2015*
  Anfrage vom 20. April 2015 (Drs. 17/16029)
- *Einsparungen bei der Bühnentechnik die Zweite – Bitte um Konkretisierung der versehentlich nicht vollständig beantworteten Anfrage 17/15871*
  Anfrage vom 20. April 2015 (Drs. 17/16028)
- *Wer berät den Bauherrn?*
  Anfrage vom 14. April 2015 (Drs. 17/16019)

- *Welche Maßnahmen ergriff der Bauherr, um Mehrkosten zu vermeiden?*
  Anfrage vom 14. April 2015 (Drs. 17/16018)
- *Fanden Plausibilitätsprüfungen durch externe Stellen statt?*
  Anfrage vom 14. April 2015 (Drs. 17/16017)
- *Konkretisierungen zur Präsentation des Baufortschritts in der Kulturausschusssitzung am 15.01.2015*
  Anfrage vom 25. März 2015 (Drs. 17/15873)
- *Einsparungen bei der Nutzfläche?*
  Anfrage vom 25. März 2015 (Drs. 17/15872)
- *Einsparungen bei der Bühnentechnik?*
  Anfrage vom 25. März 2015 (Drs. 17/15871)
- *Wie wirkte sich die Liquidation der Freunde und Förderer der Staatsoper unter den Linden GmbH auf die Sanierung der Staatsoper aus?*
  Anfrage vom 24. März 2015 (Drs. 17/15837)
- *Aufträge an KPMG*
  Anfrage vom 24. März 2015 (Drs. 17/15836)
- *Unvorhergesehene Ereignisse beim Bauvorhaben Unterirdisches Bauwerk*
  Anfrage vom 18. März 2015 (Drs. 17/15810)
- *Unvorhergesehene Ereignisse bei der Sanierung des Magazingebäudes*
  Anfrage vom 18. März 2015 (Drs. 17/15809)
- *Unvorhergesehene Ereignisse bei der Sanierung des Intendanzgebäudes*
  Anfrage vom 18. März 2015 (Drs. 17/15808)
- *Unvorhergesehene Ereignisse bei der Sanierung des Operngebäudes*
  Anfrage vom 18. März 2015 (Drs. 17/15807)
- *Wurden planerische Schlechtleistungen festgestellt?*
  Anfrage vom 12. März 2015 (Drs. 17/15762)
- *Welchen Einfluss hatte der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden auf die Finanzierungszusage des Bundes?*
  Anfrage vom 12. März 2015 (Drs. 17/15761)

- *Wurden Schlechtleistungen bei der Projektsteuerung festgestellt?*
  Anfrage vom 12. März 2015 (Drs. 17/15760)
- *Wie ging die Übergabe der Projektsteuerung vonstatten?*
  Anfrage vom 12. März 2015 (Drs. 17/15759)
- *„Schwarzarbeit“ auf der Staatsopern-Baustelle?*
  Anfrage vom 12. März 2015 (Drs. 17/15758)
- *Welche Vereinbarungen hat das Land Berlin seit 2005 mit dem „Verein Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden“ getroffen?*
  Anfrage vom 10. März 2015 (Drs. 17/15712)
- *Ausschüsse zur Planung und Umsetzung der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden*
  Anfrage vom 27. Februar 2015 (Drs. 17/15636)
- *30 Millionen Euro von den Freunden und Förderern der Staatsoper – von Anfang an ein Luftschloss?*
  Anfrage vom 26. Februar 2015 (Drs. 17/15625)
- *Baubeginn ohne Plangrundlagen?*
  Anfrage vom 17. Februar 2015 (Drs. 17/15593)
- *Baufortschritt ohne Plan?*
  Anfrage vom 17. Februar 2015 (Drs. 17/15592)
- *Welche Schadstoffe wurden während der Sanierung der Staatsoper gefunden?*
  Anfrage vom 17. Februar 2015 (Drs. 17/15582)
- *Wie prüft die Senatsbaudirektorin die Berichte der Projektsteuerung?*
  Anfrage vom 17. Februar 2015 (Drs. 17/15581)
- *Aus 30 Millionen wurden 4 – Was ist passiert bei den Freunden der Staatsoper?*
  Anfrage vom 05. Februar 2015 (Drs. 17/15466)
- *Nachfolgende Anpassungen des Bedarfsprogramms*
  Anfrage vom 05. Februar 2015 (Drs. 17/15465)
- *Erstellung und Prüfung des ursprünglichen Bedarfsprogramms*
  Anfrage vom 05. Februar 2015 (Drs. 17/15464)
- *Bauschäden an angrenzenden Gebäuden*
  Anfrage vom 03. Februar 2015 (Drs. 17/15448)

- *Schäden an der St.-Hedwigs-Kathedrale*
  Anfrage vom 03. Februar 2015 (Drs. 17/15446)
- *Wurde bezüglich der angrenzenden St.-Hedwigs-Kathedrale fehlerhaft geplant?*
  Anfrage vom 03. Februar 2015 (Drs. 17/15447)
- *Was wusste der Senat?*
  Anfrage vom 28. Januar 2015 (Drs. 17/15412)
- *Ab wann wurden Kostenerhöhungen festgestellt?*
  Anfrage vom 28. Januar 2015 (Drs. 17/15411)
- *Unter welchen Prämissen wurde die ursprüngliche Bauzeit geplant?*
  Anfrage vom 28. Januar 2015 (Drs. 17/15410)
- *Wer hat den ursprünglichen Kostenrahmen ermittelt?*
  Anfrage vom 28. Januar 2015 (Drs. 17/15409)
- *Welche Rolle spielt der Bund?*
  Anfrage vom 28. Januar 2015 (Drs. 17/15408)
- *Welche Rolle spielt der Regierende Bürgermeister?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15368)
- *Welche Rolle spielt die Stiftung Oper in Berlin?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15367)
- *Wer ist auf Seiten des Bauherrn zeichnungsberechtigt?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15366)
- *Wer wurde mit Projektsteuerung, Kostenplanung, Objektplanung und Bauleitung beauftragt?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15365)
- *Welche Unternehmen wurden beauftragt?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15364)
- *Wer ist der übergeordnete Sachverständige?*
  Anfrage vom 22. Januar 2015 (Drs. 17/15363)
- *Welche Konsequenzen hat der Regierende Bürgermeister bisher aus den Terminverschiebungen und Kostensteigerungen gezogen?*
  Anfrage vom 20. Januar 2015 (Drs. 17/15330)
- *Hintergründe zur Finanzierung der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden*
  Anfrage vom 15. Januar 2015 (Drs. 17/15290)

- *Mitgliedschaft der Berliner Sparkasse im Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden*
  Anfrage vom 15. Januar 2015 (Drs. 17/15289)
- *Hat der ehemalige Projektsteuerer D. & S. Schadensersatzansprüche geltend gemacht?*
  Anfrage vom 15. Januar 2015 (Drs. 17/15288)
- *Welche Rolle spielt der Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden?*
  Anfrage vom 15. Januar 2015 (Drs. 17/15287)

PIRATENFRAKTION
im Abgeordnetenhaus von Berlin

ISBN 978-3-9817262-3-7